

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Maul 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 13. März 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Quittung.

Im Monat Februar sind bei dem Unterzeichneten folgende  
 Parteibeiträge eingegangen:

- Apolda 6.— M. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kr. 50.—, 2. Kr. 200.—, darunter (Z. 2. 43 3., Frühlingelust 50.—, Ueber-  
 schuß vom „Wahren Jakob“ 3.—, Uebererschuß vom Maslenball 4.—)  
 3. Kr. 200.—, 4. Kr. (Südost) 700.— (darunter Berggolde Rus-  
 lanerstr. 7,80.) 6. Kr. (Moabit) 250.—, 6. Kr. (Rosenhale Vorst. u.  
 Gesundbr.) 200.—, Dranienburger Vorstadt und Wedding 290.—  
 Berlin, diverse Beiträge: W. D. 100.—, Von Arbeitern der Eisen-  
 bahn - Hauptwerkstätte 6.—, Dr. L. A. 60.—, Nothe Buch-  
 bind. Grünstraße, 5.—, Sächsischer Genosse in Moabit  
 Januar-März 30.—, L. und H. B. 5.—, Arbeiter von  
 Schuster u. Bar 16,60. Abgelehntes Honorar v. P. N. G. 1,20.  
 Wegen Unwissenheit 1.—, Von Graveuren und Ziseleuren für ein  
 Referat des Herrn Dr. Ehr. 5.—, Rth. 10.—, A. G. G., Brunn-  
 straße, 12.—, Bamberg, Jüdlein Rohrbach 5.—, Cottbus,  
 S. 10.—, Cassel, von Genossen 200.—, Chemnitz, Genossen  
 des 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreises 1000.—, Falkenberg  
 (Oberchl.) 2.—, Frankfurt a. M., abgelehntes Honorar von  
 W. P. D. 9.—, Großenhain 50.—, Greiz und Umgegend  
 von Genossen 60.—, Götlich 300.—, Gießen, E. R. 5.—,  
 Hamburg, C. Im. 20.—, Haffeld, von Genossen 10.—,  
 Hamburg, von den Tabakarbeitern der Firma Pihze & S. 26,90.  
 Hamburg, D. F. 50.—, Hamburg D. R. 50.—, Hamburg  
 R. A. 50.—, Karlsruhe, 10. badischer Wahlkreis 20.—,  
 Leipzig, 12. und 13. sächs. Reichstags-Wahlkreis 1000.—, London  
 Nighl. 61,20. Limbach, 15. sächs. Reichstags-Wahlkreis 100.—,  
 München, Waldläufer 5.—, München, durch den Vertrauens-  
 mann 200.—, Meerane, rother Geburtsort 4.—, Mettmann, Wahlkr.  
 7.—, Sa. 16.—, Neuwied, Fr. L. 50.—, Nürnberg 300.—, Nürn-  
 berg, fürs Recht gesammelt 5.—, Offenburg d. b. Vertrauensm.  
 6.—, Plauen i. V. 20.—, Reichen A. G. 7.—, Sonneberg, d. b.  
 Vertrauensm. 20.—, Spremberg, Geburtsort 2,50. Württem-  
 berg 50.—, Zwickau, von Parteigenossen 300.—

In der Quittung in Nr. 87 des „Vorwärts“ vom 13. Februar  
 dieses Jahres muß es unter Hamburg 2. Wahlkreis nicht heißen  
 Einigkeit 21,65, sondern Hühnerpieker Einigkeit 21,65.  
 Hamburg, Gimsbüttel, den 9. März 1897.  
 Für den geschäftsführenden Ausschuss:  
 H. Gerlich, Eichenstr. 4.

### Agrarische Hoffnungen.

Auf dem konservativen Parteitage in Dresden hat Graf  
 Herbert Bismard, der als Sohn seines Vaters bei den  
 Reaktionsären aller Spielarten im Geruche eines großen Politikers  
 steht, hoffnungsvoll verkündet, er sehe einen Schimmer Morgen-  
 roth, was aus dem Festrednerischen ins Profaische überseht  
 so viel heißt, die politische Konstellation in Deutschland ver-  
 heiße den Reaktionsären, insbesondere den agrarischen Liebes-  
 gabensnarrern die baldige Erfüllung ihrer Wünsche.

Denn zufrieden sind die Edelsten und Besten nicht, trotzdem  
 jedes Jahr ihnen noch finanzielle Vergünstigungen zum Nachtheil  
 der minder bemittelten Steuerzahler gebracht hat; trotzdem  
 Herr v. Miquel als agrarischer Vertrauensmann im preussischen  
 Ministerium ihnen Gewähr dafür leistet, daß immer neue  
 kleine Mittel flüssig gemacht werden, um sie bei guter Laune  
 zu erhalten und trotzdem nach wie vor und gegenwärtig be-  
 harrlicher als je, an dem altpreussischen Grundsatz festgehalten  
 wird, daß den Junkersprohlingen die Anwartschaft auf die  
 fettesten Posten in der Landesverwaltung gebühre.

Sie haben sich nun einmal eingeredet, daß die sieben  
 Jahre seit der Amtsniederlegung des Fürsten Bis-  
 mard für sie den sieben mageren Röhren Pharaos  
 gleichen und nun rechnen sie als bibelfeste Leute  
 auf sieben fettere Jahre. Graf Herbert Bismard ist dazu an-  
 erkoren, ihnen der vorzügliche Josef zu werden. Und da sie  
 wissen, daß den nothleidenden Junkern Schreien hilft, so  
 schreien sie; schreien laut und vernehmlich ihre Sehnsucht  
 aus, wie zur Brautzeit die Hirse schreien in Nominten.

Da wittern sie nun die Morgenluft der Reaktion, die  
 ihrem brünnigen Sehnen nach Liebesgaben Erfüllung verheißt.  
 Nicht ohne Grund geben sie sich freudiger Hoffnung hin.  
 Als sie — tüchtige Schacherer, wie Obelbiens Junker  
 von jeher waren — die gefinnungstüchtige Mühlendampfarole  
 ausgaben: „Kein Kanik, keine Röhne“, haben sie auf die gegen-  
 wärtige Situation gesetzt.

Kein einziger der sozusagen „verantwortlichen“ Staats-  
 männer, der nicht die agrarischen Forderungen für unver-  
 schämte Ansprüche unerwartlicher Habgier hielte; kein einziger  
 aber auch, der nicht eifrig besessen wäre, die unerfülllichen  
 Forderungen in guter Laune zu erhalten. Und dann — wer  
 weiß, wie lange ein preussischer Minister im Amte bleiben  
 wird? Er selbst sicherlich am wenigsten. Die Ansichten  
 preussischer Minister sind keine Werthe, die man als ent-  
 scheidende Faktoren bei Situationserwägungen in Rechnung  
 stellen dürfte. Wer bei uns zu Lande Ministerworten trauen  
 würde, hätte auf einen Sand gebaut, den ein Lucanus-Gauch  
 morgen schon fortblasen kann in alle Winde.

Ganz andere Faktoren als Ministerideen kommen da in  
 betracht. Zwei Tendenzen drängen sich in der Reichspolitik  
 in den Vordergrund, die eine ist auf die Vernichtung der  
 Sozialdemokratie gerichtet, die andere auf eine großmächtige  
 Flotte zur Betreibung einer großmächtigen Weltpolitik. Beide  
 Bestrebungen sind dem Interesse der Großindustriellen angepaßt.  
 Auf dem Halberge bei Reunkircher findet sich der Kompaß des aller-  
 neuesten Kurses. Beiden Bestrebungen stehen die Agrarier kühl gegen-  
 über. Der Kampf mit der Sozialdemokratie brennt ihnen nicht

so auf den Nägeln, wie den Großindustriellen, und an der  
 Flottenverfärbung haben sie gar kein direktes Interesse. Aber  
 man braucht ihre Hilfe. Zur Verdrängung der Sozialdemokratie  
 sind sie zwar jederzeit auch ohne besonderes Jureden bereit.  
 Unterdrückung der Volksfreiheit ist traditionelle Politik im  
 deutschen Junkerthum. Galfen doch auch ihre Vorfahren  
 „aus Haß der Städter“ dem werdenden Absolutismus zum  
 Durchbruch. Für die Bewilligung von Röhnen aber wollen  
 sie sich bezahlen lassen.

Sie können auch der Ueberzeugung leben, daß ihr Ansehen  
 als würdigste und zuverlässigste Stützen von Thron und  
 Altar wieder im hellsten Glanze strahlt. Die Märker, denen  
 Kaiser Wilhelm II. auf dem Feste des Provinzial-Landtages  
 neulich sein Herz ausschüttete, die er aufforderte  
 durch die Bank. Die „Unfreien“ waren alle draußen.  
 Ihre Anwesenheit war auch nicht erforderlich, da sie ja den  
 Edelen als ihren angestammten Herren so wie so Gefolgschaft  
 zu leisten haben. So oft diese Edelen nun aber in die Arena  
 der Volksagitation oder in den Zirkus herabgestiegen sind,  
 haben sie das Bauerngewand angethan. Sie thun stets, als  
 ob die Bauern, die bei dem großen Bauernlegen übrig  
 gelassen wurden von den Junkern, in diesen Junkern jetzt ihre  
 natürlichen Bundesgenossen und Vertreter erblicken müßten.

Zu der Rede, zu der Kaiser Wilhelm angeregt wurde  
 durch das Krauschen der Eichenblätter — natürlich dürrer, denn  
 auch in der Mark tragen die Eichen im Winter kein grünes  
 Laub — hat nun der Monarch mehrfach sein Vertrauen auf  
 die „treuen märkischen Bauern“, die „dinghaften Bauernjöhne“  
 ausgesprochen. Kann man es da den anwesenden Edeln und  
 deren sonstigen Leidensgefährten unter den gestickten Stroh-  
 dächern verdenken, daß sie, die doch nach ihrer eigenen Behaup-  
 tung die wahren und echten Bauern sind, daß sie diese kaiserliche  
 Vertrauensfundgebung an die Bauern für die Sache des  
 gesammten Agrarierthums in Anspruch nehmen?

Sie müßten aber nicht die alten gewiegten Praktiker und  
 Pfliffkuffe sein, als die sie sich von jeher im höfischen Salon  
 und auf höfischen Dintertreppen bewährt haben, wenn sie nicht,  
 eingedenk des agrarischen Sprichwortes: „Wer im Rohr sitzt,  
 kann sich Pfeifen schneiden“, sich nun auch Pfeifen schneiden  
 würden, nach denen sie das preussische Ministerium, sei es  
 dieses oder ein noch gelenkigeres, tanzen lassen können.

Der neuernannte Oble, Herr v. Miquel, wäre als Vor-  
 länger bei dem agrarischen Ernennung gerade der rechte Mann.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 12. März 1897.

Der Reichstag hatte heute wieder eine sehr lange Tages-  
 ordnung, die indes in vergleichsweise kurzer Zeit erledigt  
 ward. Von Interesse — in einigen Momenten von geradezu  
 dramatischem Interesse — war eine Debatte, die sich bei dem  
 Etatsposten: Rölle und Verbrauchssteuern entspann. Oder  
 richtiger: es war ein Gericht, das abgehalten wurde.  
 Auf der Anklagebank saßen zwei arme Sünder —  
 einer weiblichen Geschlechts und unkörperlich: die  
 Zuckersteuer; der andere wohlbeleibt mit glänzendem  
 runden Gesicht und Ahlwardt'scher Stirn: der nationalliberale  
 Agrarier Paasche. Der armen Zuckersteuer ging es er-  
 bärmlich — von der Linken wurde sie gebrandmarkt als  
 ein Unrecht an Volk, dem die Taschen geleeert werden,  
 um ein paar Zuckerbaronen die vollen Taschen noch mehr  
 zu füllen und dem Ausland auf Kosten der deutschen Steuer-  
 zahlter billigen Zucker zu schenken. Und auch von der Rechten  
 erklangen nur Worte des Tadel und des Vorwurfs. Niemand ist mit  
 dem Wechselbalg zufrieden. Niemand, nicht einmal der  
 unglückliche Vater „von das Kind“ — der zweite  
 arme Sünder auf der Anklagebank. Noch unbarm-  
 herziger als mit der Zuckersteuer ging man ins Gericht  
 mit dem Vater des Wechselbalgs, dem national-  
 liberalen Agrarier Paasche. Umsonst leugnete er die Vater-  
 schaft ab — sie wurde ihm nachgewiesen und auf die  
 Ahlwardt-Stirne geheftet. Die zwei freiwilligen Staatsanwälte:  
 Rösike und Barth kannten kein Mitleid, sie meideten  
 sich mit Wollust an den Qualen des Schlachtopfers.  
 Umsonst wischte Paasche sich den Schweiß von der Ahlwardt-  
 schen Denkerstirn — der Wechselbalg hing ihm an den  
 Rockschößen. Umsonst wand und drehte er sich — der  
 Wechselbalg sah ihm auf dem Rücken. Und als endlich  
 der Zuckersteuer-Vater mit der Ahlwardt-Stirn in seiner Ver-  
 zweiflung sich die Worte entschlüpfen ließ: „Ich habe  
 nur für meine Interessen gekämpft —  
 da war unter erdrückendem Aha! das Urtheil gesprochen;  
 und geknickt, zerknirscht sank der Verurtheilte in sich  
 zusammen, rath und halbbewußtlos vor sich himmelmelnd:  
 „das Wort war mir nur entfahnen, ich habe mich nur ver-  
 prochen!“ Armer Paasche! Das weitere werden die Wähler  
 besorgen, vor denen er sich auch schon oft „versprochen“ hat.

Der einzige Punkt der Tagesordnung, der noch eine  
 Debatte hätte veranlassen können: Das Gesetz zur Errichtung  
 einer Gedenkallee, wurde nach einer kurzen farb-  
 losen Begründung durch den Reichskanzler ohne jede Debatte  
 ohne eine Kommission verworfen, die es begraben soll.  
 Wenigstens wird dies von allen Parteien gesagt;  
 das ist in der That sehr bezeichnend, daß alle Parteien des  
 Reichstages sich des Rabau-Patriotismus zu schämen beginnen.  
 Für die sozialdemokratische Partei gab Singer die bündige

Erklärung ab, daß wir dem Gesetzentwurf prinzipiell ent-  
 gegen sind und ihn a liminis — von der Schwelle des  
 Hauses — zurückweisen, ohne uns auf eine Kommissions-  
 berathung einzulassen.

Morgen keine Sitzung. Montag Nebensächliches. Dienstag  
 hofft man die Marinedebatte anfangen zu können. —

Das preussische Abgeordnetenhaus kam auch heute noch  
 nicht mit der zweiten Lesung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung  
 zu Ende. Bei den Einnahmen drehte sich die Debatte weniger um  
 Eisenbahnfragen; der größte Theil der Erörterungen wurde viel-  
 mehr durch das dem Hause zur zweiten Natur gewordene Ge-  
 gant zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und der Industrie aus-  
 gefüllt, so daß man den Eindruck gewinnen mußte, daß eine Inter-  
 pellation über den agrarischen Rothstand, nicht aber der Etat der  
 Eisenbahn-Verwaltung zur Besprechung stand. Als laute-  
 stes Auser im Streite zeigte sich wieder Graf Kanik, der  
 namentlich gegen die Industriellen in Rheinland und in  
 Westfalen eiferte. Abg. Bued (natl.), der seine Angriffe  
 zurückwies, glaubte eine ganz besondere Weisheit aus-  
 zusprechen, indem er als Beweis für die herrlichen Zustände im  
 Rheinland und Westfalen die Thatsache anführte, daß dort die  
 Sozialdemokratie am wenigsten verbreitet sei. Die Folge dieser  
 Bemerkung war eine Auseinandersetzung zwischen Bued und Kanik  
 über die Verbreitung der Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen  
 Industriegebiet, mit deren Resultat unsere Partei wohl zufrieden  
 sein kann, denn Graf Kanik gab zu, daß die Sozialdemokraten  
 feilich nur einen Vertreter aus jener Gegend im Reichstag haben,  
 daß aber die bürgerlichen Parteien und gegenüber einen schweren  
 Stand hätten.

Bei den Ausgaben wurde nach längerer Debatte ein Antrag  
 Nidert, der eine Aufbesserung der Lage der technischen Beamten be-  
 zweckt, abgelehnt. Eine Anfrage des Abg. Nidert, ob es wahr sei,  
 daß den Beamten durch einen Ministerialerlaß vom 18. April 1896  
 verboten sei, sich mit Petitionen an das Haus zu wenden, beant-  
 wortete der Eisenbahn-Minister Thiele dahin, daß ihm von  
 einer Einschränkung des Petitionsrechts der Beamten nichts bekannt  
 sei. Und mit dieser Antwort gab sich das Haus zufrieden! —  
 Morgen wird die Berathung fortgesetzt. —

Bei den Reichstags-Verhandlungen über den sozialdemo-  
 kratischen Antrag betreffs Aufhebung der Gesinde-Ordnungen ist  
 auch erwähnt worden, daß die Klasse der Dienenden jündig  
 aufzunehmenschumpft, weil sich bei der zunehmenden Anflüftung des  
 Volkes mit recht immer weniger Leute bereit finden, sich unter jens  
 unwürdigen und entehrenden Bestimmungen zu beugen, wobei selbst-  
 verständlich auch eine Reihe wirtschaftlicher Ursachen, wie Rück-  
 gang der Wirtschaft und damit Zwang zur Selbstbewirtschaftung,  
 Heranziehung von Wanderarbeitern auf den Pflanzbänden re. mit-  
 wirken. In welchem Maße dieser Rückgang in der Zahl der Dienst-  
 boten thatsächlich stattfindet, das zeigen die Zahlen der jüngsten Berufs-  
 zählung vom Jahre 1895. Im Jahre 1892 gehörten im Deutschen  
 Reich zur Klasse der Dienenden noch von je 100 Personen der Be-  
 völkerung 2,93 Personen, 1895 nur noch 2,59 Personen. Hinsichtlich  
 der männlichen Dienstboten hat eine besonders starke Verminderung  
 stattgefunden, nämlich von 0,19 auf 0,10 pCt. der Bevölkerung, —  
 also um fast die Hälfte. Die weiblichen Dienstboten sind zurück-  
 gegangen von 5,66 auf 4,99 pCt. der Bevölkerung. Die Klasse  
 der Dienstboten ist also für das ganze Reich im verhältniß-  
 mäßigen Rückgang begriffen, für die männlichen Dienstboten  
 sogar in absoluten. 1892 zählte man noch 45 510 Diener, 1895  
 nur noch 25 364! Kein Wunder! Und dasselbe, was hier für das  
 Reich ausgeführt ist, gilt in noch stärkerem Maße für das Königreich  
 Preußen, — dasselbe Land, in dem östlich der Elbe die berühmten,  
 das Junkerparadies bildenden Provinzen liegen, und in welchen  
 Provinzen seitens der „Unfreien“ besonders über ihre unwürdige Be-  
 handlung durch die „Edeln“ geklagt wird. In Preußen ist die Dienst-  
 botenklasse in den genannten Jahren von 8,25 auf 2,65 pCt. der Bevölkerung  
 zurückgegangen; und für die männlichen Personen speziell von 0,23  
 auf 0,11 pCt., also um über die Hälfte, — für die weiblichen  
 Personen von 6,16 auf 5,11 pCt. der Bevölkerung.

Bei dieser Entwicklungstendenz thäten die konservativen Herren,  
 die fortwährend über den Mangel an Dienstboten und ländlichen  
 Arbeitern klagen, in ihrem eigenen Interesse wirklich besser daran,  
 die von unserer Seite angeregte Aufhebung der Gesinde-Ordnungen  
 nicht zu hintertreiben. —

Den Staatskreid zu propagiren waren die Bismard-  
 blätter, allen anderen die „Berl. N. Nachr.“ voraus, eifrigst  
 bemüht. Unsere Geselligkeit ist den landesverrätherischen und  
 verfassungsbrecherischen Anhängern des Herzogs von Lauenburg  
 höchst un bequem und da wir von der Bahn der Gesell-  
 lichkeit nun einmal nicht abzubringen sind, so erklären  
 die weisen Thobauer, daß die anderen von der Bahn des  
 Rechts abweichen müssen. Das wird natürlich überschlau als  
 staatliche Nothwendigkeit begründet. Die Muster jesuitischer  
 Dialektik müssen sich bei dieser Darlegung vor der jesuiten-  
 hassenden und kulturkämpferischen Bismardgarde verziehen.  
 Wie schön ist z. B. die folgende Stelle aus den „Berliner  
 Neuesten Nachrichten“:

Die Sozialdemokratie ist der Feind der Verfassung, der Bruch  
 derselben ist ihre ausgesprochene Absicht und für sie  
 nur eine Frage des günstigen Augenblicks. Wer im Kriege nicht  
 unterliegen will, darf das Gesetz der Schlacht nicht vom Gegner  
 annehmen, sondern muß es ihm vorschreiben. In dieser Lage ist  
 die Monarchie gegenüber der Sozialdemokratie.

Es würde sich somit im gegebenen äußersten Falle nicht um  
 Verfassungsbruch handeln, sondern um einen einmüthigen  
 Schritt der deutschen Fürsten und freien Städte, einem drohenden  
 Verfassungsbruch zuvor zu kommen.

Mit dieser Logik hört jede Verpflichtung, Versprechen,  
 Eide, Gesetze zu achten, auf. Wir können sehr erfreut sein,  
 daß sich unsere erbittertesten Gegner so außer dem Rahmen  
 des Gesetzes stellen. Als Staatsbürger, als staatsbehaltende  
 Elemente darf man sich niemals auf den Boden der Bie-  
 mardker begeben, aber wer sich auch als Politiker jenseits  
 von Gut und Böse stellen will, darf dies nur  
 thun, wenn er sicher ist des Rückhalts im Volke, der Dedung



urch die Macht. Wie dumm und plump aber das Spiel dieser Vurschen ist, beweist ja die fast einmütige Verurteilung ihrer unländeren Politik. Nicht nur die demokratische, freisinnige und Zentrums-Presse verurteilt einmütig das unstützliche Treiben der Wismärder, selbst die „Kölnische Zeitung“ hat sich mehrmals in ungewohnter Weise gegen dieses Gebahren gewandt. Aus der letzten Nummer des rheinischen Blattes führen wir die folgende Stelle an:

Wir haben dieser Tage unserer Entrüstung darüber Ausdruck verliehen, daß deutsche Blätter, die für den Kampf für Ordnung, Sitte und Religion einzutreten pflegen, sich nicht gescheut haben, offen einen Bruch der deutschen Reichsverfassung durch die vereinigten Fürsten zur Abwehr eines von sozialdemokratischer Seite drohenden Verfassungsbruches (! Red. des „Vorw.“) zu befehlen. Jetzt wird auf der ganzen Linie zum Rückzug geblasen und nur noch betont, daß die Reichsverfassung weder vom Kaiser noch von den deutschen Fürsten beschworen wurde. Wir wissen nicht, ob mit diesem Hinweis, der noch dazu theilweise falsch ist, gesagt werden soll, daß wegen des mangelnden Eides die Fürsten die Reichsverfassung brechen könnten. Das würde zur genüge die ganze Gesinnungslosigkeit kennzeichnen, von der die Vertreter dieser Umwälzlehre ausgehen. Jeder Fürst, der König von Preußen ebenso wie jeder andere, hat bei seinem Regierungsantritt den Eid auf die eigene Landesverfassung zu leisten. In Preußen z. B. lautet der Eid dahin: „Ich gelobe, daß ich die Verfassung des Königreichs fest und unverrücklich halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will.“ In diesen Landesgesetzen gehört aber in jedem deutschen Staate auch die Reichsverfassung, die erst am 1. Juli 1871 für Norddeutschland in Kraft treten konnte, nachdem sie in jeder Landesgesetz-Sammlung wie jedes andere Landesgesetz veröffentlicht worden war. Der Verfassungseid, den jeder deutsche Fürst geleistet hat, erstreckt sich also auch auf den Schutz und das Festhalten der Reichsverfassung, und wir zweifeln nicht, daß jeder deutsche Fürst den Verfassungseid, der ihm auch nur den Gedanken eines Eid- und Verfassungsbruches nahelegen wollte, sofort mit einem kräftigen Fußtritt vor die Thür befördern wird. Der Fürst, der dulden würde, daß die festesten Säulen seiner Herrschaft, die unbedingte Heiligkeit von Recht und Gesetz, auch nur durch feine Redensarten angefaßt werden, er würde seinerseits am meisten für die Untergrabung seiner eigenen Stellung wirken.

In Kaiserthum Byzanz waren sämtliche Monarchen „groß“, nur mit der Abwechslung, daß die einen auch göttlich waren und die anderen bloß himmlisch und heilig. Bekanntlich ging die „Größe“ und „Göttlichkeit“ bei einzelnen der Monarchen auf deren Verheerung und sonstiges Hausgehirn über. Das Verbrechen gemacht werden, Byzanz jetzt wieder ausleben zu lassen, ist bekannt. Aber innerhalb unserer Grenzen kößt das Experiment doch auf mancherlei Widerstand, wobei wir natürlich die verhärteten Reichsfeinde, bei denen sich das von selbst versteht, aus dem Spiel lassen. Aber auch in den reichstreuesten Kreisen regt sich die Opposition. So spricht zum Beispiel der ultra-nationalliberale Leipziger Stadtrat in seiner amtlichen Bekanntmachung sehr demonstrativ von einer Gedenkfeste für „Kaiser Wilhelm I.“. Der „Große“ fehlt, und auch die byzantinischen Schmeicheleien und Lobeshymnen des Berliner Oberbürgermeisters und Magistrats fehlen in der Bekanntmachung des Leipziger Stadtrats.

Was mit Griechenland geschehen soll, scheinen die Großmächte noch immer nicht zu wissen. Die Situation ist noch immer unklar, die Einigkeit der Großmächte noch immer nicht hergestellt. Unterdessen erntet Deutschland den Lohn für sein Eintreten für die Türkei. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Athen telegraphirt:

Die Deutschen haben in Athen, wie in ganz Griechenland eine derartige Ausdehnung angenommen, daß ganze Familien flüchten und z. B. die Professoren Dörpfeld und Wolters vom deutschen archäologischen Institut in Athen ihre Familienangehörigen schleunigst nach Italien und Deutschland senden. Frau Prof. Dörpfeld wurde in den letzten Tagen auf offener Straße verhöhnt und bedroht, es wurde auch versucht, Dörpfeld's Haus in Brand zu stecken. Nachts wurde die Familie durch Flintenschüsse erschreckt.

Aus Kanea wird telegraphirt: Die Zahl der muslimanischen Flüchtlinge, Männer, Weiber und Kinder, welche ohne Hilfsmittel und Existenzmittel hierher transportiert worden sind, ist derart angewachsen, daß eine Hungersnot bevorsteht; außerdem sind Maßnahmen dringend notwendig, um die Banden von Plünderern, welche die Städte Kreta's und deren Umgebung verwüsten, aus den Städten zu entfernen.

Die internationale Sanitätskonferenz hat heute ihre Arbeiten beendet, die sich auf die Prüfung der Beschlüsse der verschiedenen Unterausschüsse erstreckten. Die Konferenz wird baldigst auf neue Zusammenkünfte, um den von einem hierfür besonders eingesetzten Ausschusse bearbeiteten Entwurf einer Sanitätskonvention zu beraten. Alsdann soll die Unterzeichnung der Konvention erfolgen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Unser Allonzer Korrespondent schreibt uns: Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am 12. März der Bauer Köhne aus Ellerau vor dem Allonzer Landgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verantworten. Der Angeklagte befand sich am Geburtstage des Kaisers in etwas angetrunkenem Zustande in einer Wirthschaft in seinem Wohnorte und soll sich durch eine unbedachte Aeußerung auf ein Kaiserhoch, die brüthwarm der Behörde durch gute Patrioten überbracht wurde, des ihm zur Last gelegten Vergehens schuldig gemacht haben. Das Landgericht ließ seine Aeußerung, daß er sinnlos betrunken gewesen sei und keine Majestätsbeleidigung beabsichtigt habe, nicht gelten und verurtheilte ihn zu vier Monaten Gefängnis.

### Deutsches Reich.

— Segnadigungen. Den drei infolge des Unfalls auf der „Brandenburg“ im vorigen Jahre verurtheilten Beamten des „Vulkan“, den Herren Schubert, Nicolai und Freyberg, ist der „N. Steit. Ztg.“ zufolge auf dem Gnadenwege die Gefängnisstrafe in Festungshaft umgewandelt worden.

Kiel, 11. März. (Sig. Ver.) Ein landrätlicher Rittmeister abgeblüht. Der Redakteur der „Apenrader Zeitung“, Becker, hatte aus Anlaß des Falles Bräufewitz ein als angebracht bezeichnet, daß die Militärs außer Dienst kein Seitengewehr tragen dürften. Hierdurch fühlte sich der Landrath v. Uelax in Apenrade in seiner Stellung als Rittmeister der Kavallerie beleidigt und stellte deshalb Strafantrag. Die Hensburger Strafkammer erkannte jedoch auf Freisprechung beziehungsweise auf Einstellung des Verfahrens, da ein Reserve-Offizier zur Stellung von Strafanträgen nicht berechtigt sei.

Die Wirkung des Nord-Ostsee-Kanals auf den Handel Kiels zeigt ein trübes Bild. Der Kohlenimport ist in einem Jahre um 18 pCt., der Holzimport in zwei Jahren um 11 pCt. zurückgegangen. Die Einnahmen des Hafens sind in fünf Jahren von 156 000 M. auf 110 000 M. gefallen.

Dresden, 11. März. (Sig. Ver.) Zur nächsten Reichstagswahl machen jetzt schon alle Parteien mobil. Von der konservativen Reklameversammlung berichteten wir schon. Gestern war Söcker da, griff die Konservativen an und machte Reklame für seine Männer. Heute sprach nun Zimmermann vor den Antisemiten und vermittelte den konservativen Plan mit der Aufstellung Herbert Bismarck's ganz gewaltig. Aus dem „einigen

nationalen“ Kandidaten Bismarck, dürfte nun doch nichts werden, dafür wird die nächste Wahl und ihre Vorbereitung ein — Schauspiel für Witter.

Meiningen, 12. März. (Berl. Tagebl.) Der Landtag hat das Lotteriegeld angenommen, wodurch nunmehr die Einrichtung einer gemeinsamen Thüringer Lotterie ermöglicht wird. Ferner wurde ein Darlehen von 25 000 M. zu 3 pCt. für die Kornhaus-Genossenschaft bewilligt. Auch das Kohlensteuergesetz wurde angenommen.

Ludwigshafen, 10. März. (Pfälz. Post.) In seiner gestrigen Nummer giebt der „Landauer Anzeiger“ Kenntniß von einem interessanten Zeugniß aus. Verfahre, das vor einiger Zeit gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes geschmeiht hat. Die Sache hängt mit einer Notiz zusammen, über Ausschreitungen, die sich ein Gemeiner des 18. Inf.-Regt. zu Landau namens Henn im November v. J. in der Kaserne hat zu schulden kommen und wegen deren er am letzten Freitag vom Militärbezirksgericht zu Würzburg zu vier Jahren Gefängnis und Entsehung aus dem Heere verurtheilt wurde. In seiner damaligen Notiz über die Ausschreitung war u. a. gesagt worden, der herbeigerufene Feldwebel der Kompanie habe in der Nothwehr zum Säbel greifen müssen und dem Henn damit eine Verletzung beigebracht, wegen der er habe ins Lazareth gebracht werden müssen. Diese Behauptung erwies sich als unrichtig. Der Militärbehörde gab sie einen willkommenen Anlaß, gegen den Redakteur des „Landauer Anzeigers“ ein Zeugnißzwangs-Verfahren einzuleiten, um den Einsender der fraglichen Notiz zu erfahren, da sie vermutete, daß es eine Militärperson sei. Der Redakteur wurde vor den militärischen Untersuchungsrichter geladen, von dem er aufgefordert wurde, den Einsender zu nennen. Als der Redakteur dies verweigerte, wurde er vor den Zivilrichter des Amtsgerichts geladen und von diesem mit drei Mark gebüßt. Aber das war erst das Vorspiel. Eines schönen Tages erhielt der Redakteur eine abermalige Einladung vor das Amtsgericht, wo ihm die erfreuliche Mitteilung gemacht wurde, daß er gefälligst und zwar sofort ins Loch zu spazieren habe, wenn er nicht den Namen des Einsenders nenne. Da der Einsender — keine Militärperson — seine Ermächtigung dazu schon früher gegeben hatte, so erfüllte er nach kurzer Zeit den Willen der Behörde und gab den Namen bekannt. Damit war die Angelegenheit erledigt. Weder der Redakteur noch der Einsender sind noch weiter behelligt worden. Der Militärbehörde war es also lediglich darum zu thun, den Einsender kennen zu lernen. Und um den zu ermitteln, wurde mir nichts dir nichts über den Redakteur das Zeugnißzwangs-Verfahren verhängt. Wieder eine Illustration zur vielgepriesenen Freiheit der Presse. Weil die Militärbehörde gern wissen möchte, wer die harmlose, nur in einem Punkte unrichtige Nachricht von einer Soldatenausschreitung verbreitet hat, und weil sie eine Militärperson hinter dem Einsender vermutet, nimmt sie sich das Recht heraus, den an der ganzen Sache untheilhabigen, bei Aufnahme der Notiz doch zweifellos in gutem Glauben handelnden Redakteur auf die Beweisschwelle zu spannen und ihn im äußersten Falle eine sechsmonatige Zwangshaft in Aussicht zu stellen. Und da scheidet man noch über verschärfte Maßnahmen gegen die Presse! Das Interessanteste dabei ist noch, daß der „Land. Anz.“ kein Oppositionsblatt ist, sondern ein nationalliberales, das äußerst „militärfromm“ ist.

Am Baden, 11. März. (Sig. Ver.) In Offenburg, an der Geburtsstätte, ist am ersten Sonntag des ruhigen März die Trennung der hessischen Zwillinge vorgenommen worden: Freisinn und Deutsche Volkspartei sind jetzt im Lande Baden zwei getrennte Körperschaften. Die Operation scheint eine sehr schmerzliche gewesen zu sein, denn es drang ein schrecklicher Tumult aus dem Lokale, wo der Landesauschuß der früheren Vereinigung tagte. Die Verschmelzung beider Richtungen des bürgerlichen Landsturmes war vor etwa 10 Jahren das Werk des Anwaltes Muser, der dieser Verstärkung bedurfte, um für sich und seine Volkspartei Wählerfolge zu erzielen. Das Zentrum, mit dessen Hilfe die Muser'schen sich in den Landtag befördern lassen wollten, verlangten etwas mehr Hilfstruppen aus dem „liberalen“ Lager, als die Volkspartei sie bieten konnte. Endlich erschien der Abg. Ridert in der Turnhalle in Offenburg und dort kam die Union zu Stande, zu der sich Politiker der verschiedensten Mänonen zusammensanden. Ob der Erhaltung der Gunst des Zentrums, ohne dessen Hiesmütterliche Liebe den Freisinn-Demokraten nirgends ein Erfolg winkte, ging die Fusion nun wieder aus dem Leim. Es handelte sich um die Proklamierung der Grundzüge, nach welchen bei den bevorstehenden Landtagswahlen resp. Reichstagswahlen Kandidaten anderer Parteien die freisinnig-demokratische Unterstützung finden. Von dem freisinnigen Rechtsanwalter Dr. Friedr. Weill in Karlsruhe (früher sozialdemokratischen Anschauungen huldigend) wurde beantragt, den von der Freisinn-Demokratie zu postulierenden Kandidaten auch die Frage vorzulegen: Ist der Kandidat für Erhaltung der gemischten Schule in Baden. In dieser Fragestellung erblickten die Demokraten Muser, Benezde, Heimbürger und Dellske ein Abdrücken vom Zentrum, somit eine Gefährdung ihrer Chancen. Trotz des vollparteilichen Widerspruchs wurde der Antrag Weill mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen; die „reine Scheidung“ war vollzogen. Bezeichnend ist die Thatsache, daß von dieser Seite in partes, die hinter verschlossenen Thüren vor sich ging, das Organ der Zentrums-Partei, der „Badische Beobachter“, zuerst unterrichtet war.

Der März hat den Sturz alter, morscher Systeme auf sich; nun ist auch die pseudo-demokratische Herrlichkeit der Muser'schen von ihm geschmettert.

Die Stegmüllerei erschien bei der Bürgerauswahlwahl in Lörrach im herrlichsten Lichte. Der unsterblich gewordene Name des bisherigen Landtags-Abgeordneten von Lörrach wird wieder allgemein genannt. Stegmüller sorgte für die Niederlage der sozialdemokratischen Partei, indem er eine antisemitisch-nationalliberale Freischarenkorde sammelte und sie vor dem Wahltage ins freisinnig-ultramontane Lager führte, um durch eine herrliche Koalition der gesammten Ordnungsbücherei zu verhindern, daß die Stadtgemeinde Lörrach durch den Sieg der Rothen nach außen in Mißkredit gerathe. — Es ist ihm auch gelungen, dem Oben!

Mainz, 11. März. (Sig. Ver.) Nachdem vor einigen Tagen sich auch hier ein Komitee gebildet hatte zur Veranstaltung einer Feier für die Wiederkehr des Geburtstages Kaiser Wilhelm I., rückte man auch hier wie anderwärts dem Stadtsäckel zu Leibe und forderte die Bewilligung von eintausend Mark. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung kam dieser Antrag zur Debatte. Unsere Genossen im Stadthause gaben dazu folgende Erklärung ab:

Wir protestiren dagegen, daß aus Gemeindegeldern Gelder bewilligt werden zu einer Feier, für welche bei dem größeren Theil unserer Bevölkerung gar kein Verlangen und keine Veranlassung vorliegt. Man will das Andenken Kaiser Wilhelm I. feiern, weil er die Einheit des Deutschen Reiches bewirkt habe, während aus dem Tagebuch Kaiser Friedrich III., also aus dem Munde des eigenen Sohnes, zu ersehen ist, wie wenig Wilhelm I. der Kaiserthron zugänglich gewesen und wie sehr er sich nur für Preußens Ruhm und Größe begeisterte. Auch können wir nicht vergessen die Haltung des Prinzen Wilhelm im Jahre 1848.

Wir können ferner nicht vergessen, daß während der Regierung Wilhelm I. zwölf Jahre lang ein Ausnahmengesetz bestanden konnte, das namenloses Unglück über viele Familien gebracht hat. Man kann uns nicht zumuthen, für seine Verherrlichung mitzuwirken, zumal von anderer Stelle auf diese Feier direkt mit der Aufforderung zur Vernichtung unserer Partei hingewiesen worden ist.

Wir bebauern, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich einseitig zu politischen Zwecken benutzen läßt, wogegen man seinerzeit eine Resolution gegen die Umzugsvorlage wohl und sicher zu verhindern mußte. Wir protestiren deshalb gegen die Bewilligung.

Selbstredend bewilligte hier wie anderwärts die bestehende Majorität das geforderte Geld, ohne sich auf den Inhalt der Erklärung einzulassen. Dagegen stimmten nur unsere Genossen und sieben weiße Raben aus den bürgerlichen Parteien.

Strasbourg i. El., 11. März. Der Landesauschuß hat in seiner heutigen Sitzung den Etat für 1897/98 ohne wesentliche Aenderung der Regierungsbudgets in zweiter Lesung angenommen. Der Etat beläuft sich auf 57 095 214 M. Zur weiteren Durchführung des Dienstaltersstufensystems für die Subalternbeamten wurden die nöthigen Mittel bewilligt.

### Oesterreich.

Die Wahlnachrichten finden unsere Leser in einer besonderen Rubrik vor den Depeschen.

### Schweiz.

Zürich, 10. März. (Sig. Ver.) Die Zürcherische Regierung hat den Entwurf zu einem kantonalen Gewerbegesetz veröffentlicht, der ein schönes Stück Arbeiter- und Lehrlingschutz enthält. Das Gesetz erstreckt sich auf alle handwerksmäßigen und industriellen Betriebe und ferner auf das Handelsgewerbe. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des schweizerischen Obligationenrechts über den Dienstvertrag, der eidgenössischen Fabrik- und Fabrikpflichtgesetzgebung und des kantonalen Arbeiterentwöhnungsgesetzes. Für Dienstmänner, Drochsenführer, Kaminsager, Informations- und Placierungsbureaus z. können die Gemeindegewerbe besondere Verordnungen erlassen. Auf dem Verordnungswege soll durch die Regierung auch das Verfahren bei Bergung öffentlicher oder vom Staate subventionierter Arbeiten geregelt werden. Von den wichtigsten Bestimmungen bei Bergung öffentlicher oder vom Staate subventionierter Arbeiten sind zu erwähnen diejenigen über die Sicherheit des Betriebes, über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, über die Sonntagsruhe und tägliche Arbeitszeit. Die Bestimmungen über die Arbeitsräume erhalten dadurch besondere Bedeutung, daß sie auch für die Hausindustrie gelten sollen, welche in den Motiven als ein sich immer mehr ausdehnendes Mißbrauch der Unternehmer bezeichnet wird. Wenn Wohnräume als Arbeitsstätten in gewerblichem Sinne benutzt werden, so haben dieselben gleichwohl alle hygienischen Anforderungen zu entsprechen; sie müssen im Verhältnis der Zahl der darin Arbeitenden hinreichend groß, hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sein und dürfen weder zum Schlafen noch zum Kochen benutzt werden. Kellerräume dürfen nicht als Arbeitslokale dienen. Geschäftsinhaber, die Arbeit außer Haus geben, sind dafür verantwortlich, daß die von ihnen Arbeitern als Arbeitsstätten benutzten Wohnräume den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen. — Bezüglich der Schlafräume, welche ein Gewerbetreibender seinen Arbeitern oder Lehrlingen anweist, fordert der Entwurf direktes Licht und mindestens 10 Kubikmeter Luftraum für jede Person; sie dürfen nicht in Kellern gelegen sein, müssen alle vier Wochen die Bettwäsche erneuert werden. Der Lehrling darf nicht durch den Entzug des Essens bestraft werden. An Sonntagen und den gesetzlichen Feiertagen ist daher gewerbliche Arbeit untersagt, wovon nur in bestimmten Nothfällen Ausnahmen zulässig sind. Die Verweigerung der Arbeit an weiteren kirchlichen Feiertagen darf nicht gebüßt werden. Den Gehilfen, Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen ist in jedem Falle mindestens der dritte Sonntag freizugeben. Photographen dürfen an Sonntagen von 9 Uhr vorbis 4 Uhr nachmittags thätig sein. Die Friseurarbeiten am ganzen Vormittag bis 12 Uhr mittags. Dem Personal ist dafür ein halber Wochentag freizugeben. Für die tägliche Arbeitszeit finden die Bestimmungen des eidgenössischen Fabrikgesetzes mit dem Effiziententag Anwendung. In den Motiven wird dazu bemerkt, daß meist nur noch in kleineren Betrieben auf dem Lande die einstündige Arbeitszeit besteht, aber dennoch weitergehende gesetzliche Beschränkungen der Arbeitszeit die Wagnerschaft des Gesetzes verstärken könnten. Es sind also nur taktische, keine materiellen Gründe, welche die Aufnahme des Feststundentages in das Gesetz verbinden. Der Lohn für Ueberzeithunden muß ein mindestens ein Viertel höher sein, als für normale Arbeitszeit. Für die kaufmännischen Bureaus wird die Beschäftigung des Personals an Sonn- und Festtagen untersagt und die wöchentliche Arbeitsdauer auf 54 Stunden festgesetzt. Auf die Bestimmungen über das Lehrlingswesen werde ich noch zurückkommen. Der Entwurf bedeutet einen erheblichen sozialen Fortschritt und wäre deshalb die feinerzeitige Annahme des Gesetzes in der Volksabstimmung dringend zu wünschen.

Zürich, 11. März. (Sig. Ver.) Im Kanton Argau haben unsere Genossen am Sonntag bei der Kantonsratswahl mehr Erfolge erzielt als zuerst gemeldet worden. Zu den bisherigen Arbeitervertretern wurden 8 neue hinzugewonnen, während noch ein weiterer Genosse in die Stichwahl kommt. Wird er gewählt, so steigt die Zahl der Arbeitervertretung auf 6 gegen 2 bisherige. — Neuestens bricht sich der Gedanke der Proportionalwahl immer mehr Bahn und mit dem Vordringen und Erstarren der Sozialdemokratie werden die bürgerlichen Parteien im eigenen Interesse aus Wagnern zu Freunden des Proportionalwahlsystems werden. So hat auch der Verfassungsrath des Kantons Schwyz einen Artikel über die Proportionalwahl in die neue Verfassung aufzunehmen beschlossen. Grundfänglich erhält jede Gemeinde mit wenigstens 200 bis 600 Einwohnern das Recht, einen Vertreter in den Kantonsrath zu wählen; für jede weiteren 600 Einwohner oder für eine Theilzahl von über 800 kann je ein weiterer Vertreter gewählt werden. Bei mehr als zwei Vertretern findet der Proporz Anwendung. Auch die sieben Regierungsräthe werden nach dem Proporz gewählt. Im Kanton Waadt ist vom Kantonsrath das fakultative Proportional-Wahlssystem für die Gemeindegewerbe beschlossen worden. Auch die Liberalen im ultramontanen Kanton Freiburg haben in ihr Programm für die verlangte Verfassungsrevision den Proporz aufgenommen. — Die Frühjahrslandesgemeinden der Kantone Appenzell-Außere Rhoden und Glarus haben sich auch mit der Abstimmung über neue Steuer-Gesetze zu beschäftigen. Nach dem Appenzeller Gesetz bleiben 800 Fr. Vermögen steuerfrei und vom Einkommen 600 Fr. ab: Ledige, 1200 Fr. für Verheirathete, 1500 Fr. für Familien mit mehr als 3 Kindern, sowie für Wittwen. Von jedem Vermögen und Einkommen bis 2000 Fr. dürfen je 400 Fr. als steuerfrei abgezogen werden. Die Progression der Einkommensteuer beginnt bei 2000 Fr., der Vermögenssteuer bei 10 000 Fr., sie steigt bis 200 000 Fr. und variiert zwischen 5 und 25 pCt., die Erbschaftsteuer für die vier Seitenlinien des Erblassers beträgt 10 pCt., die Personalsteuer 2 Fr., die Wirthschaftspatent-Lage 20 bis 180, die Hundsteuer 6 bis 15 Fr. Das glarner Gesetz läßt die Einkommen bis 1200 Fr. für Ledige, bis 1500 Fr. für Familien ohne und bis 1800 Fr. für Familien mit Kindern, sowie für Wittwen mit unter 10 Jahren Kindern bis 2000 Fr. steuerfrei. Die Vermögenssteuer steigt von 50 Ct. per 100 bis zu 3 Fr. bei mehr als 10 000 Fr., 1800 Fr. Einkommen zahlt 1.25 Fr., 10 000 Fr. 3.25 Fr. u. s. w. Auch bei diesen beschiedenen Steuerfällen giebt es noch Steuerbefreiung.

Bern, 11. März. (Sig. Ver.) Nach Droz nun Frey. Die Bundesrath Droz seinerzeit sich zum internationalen Direktor für die Eisenbahn-Frachtwesen wählen ließ, so meldet man heute aus dem Bundesrathshaus die Wahl des Bundesraths Frey zum internationalen Telegraphen-Direktor. Während er früher den internationalen Posten ausgesprochenenmaßen nur suchte und annahm, um sein bundesrätliches Gehalt von 13 000 Fr. gegen das höhere des internationalen Direktors von 15 000 Fr. zu veranschaffen, weil ihm erstere Einkommen — ihm, dem ehemaligen Uhrmacher — zu wenig war, so hat wohl Frey, der ein guter Demokrat und Arbeiterfreund ist, den Wechsel nur gesucht, um den unangenehmen Anrempelungen der Konservativen und Ultramontanen zu entgehen und wohl auch aus Unzufriedenheit darüber, daß alle seine militärischen Reformversuche an dem Willen der Volksherrschaft scheiterten. Von seinen mitunter weitgehenden militärischen Plänen abgesehen, war Frey immer ein sympathischer Politiker und Sozialreformer und man darf sagen, daß mit seinem Scheitern der



Bundesrat ein tüchtiges Mitglied verliert. Wer sein Nachfolger werden wird, das dürfte man vielleicht schon in den nächsten Tagen erfahren. —

### Frankreich.

Paris, 11. März. Die neue Untersuchung der Panama-Angelegenheit ist in flottem Gange. Arton wurde gestern von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends verhört. Er überlieferte dem Untersuchungsrichter zwei Adressen und bezeichnete die Bücher der Panama-Gesellschaft, in welchen dieselbe seine Behauptungen bestätigt finden werde. Diese waren früher von der Gerichtsbehörde noch nicht durchsucht worden, denn damals richtete sich die Untersuchung nur gegen eine Anzahl von Parlamentariern und wurde von einer Kommission ausgeführt, die kein Hausdurchsuchungsrecht hatte. Herr Poitevin begab sich gestern zunächst zu dem Liquidator der Panama-Gesellschaft, Remarquis, beschlagnahmte bei demselben eine Anzahl Geschäftsbücher und fuhr von dort nach der Rue de la Chaussée d'Antin, wo sich das neue Geschäftsbüchlein der Panama-Gesellschaft befindet. Auch hier wurden mehrere Geschäftsbücher beschlagnahmt. Doch soll der Hauptteil der Untersuchungsrichter in den Ermittlungen bestehen, die er vom Personal einzug. Die Zeitungen wollen wissen, daß er Arton jetzt nicht mehr brauche. —

Die Frage der Soldaten-Mißhandlungen beschäftigte vorigen Dienstag die französische Kammer. Wo Militarismus ist, giebt es auch Soldaten-Mißhandlungen — das liegt im Wesen des Militarismus und kann durch kaiserliche Erlasse ebenso wenig geändert werden, wie durch republikanische Befehle. Auch in Frankreich sind es unsere Genossen, die für die armen gesollerten Soldaten eintreten — und auch in Frankreich hält der Kriegsminister und die Regierung den Schild des öffentlichen Interesses über die Urheber der Soldatenmißhandlungen. So verlief die Debatte resultatlos. Unsere französischen Genossen aber werden durch das Schicksal ihrer Interpellation in ihrem Haß gegen den Militarismus und in ihrem Streben, denselben auszurotten, nur bekräftigt werden. —

Auf Madagaskar kommen die Franzosen nicht aus den Schwierigkeiten heraus. Um endlich reinen Tisch zu machen, haben sie es nun mit recht drastischen Mitteln versucht. Ein Telegramm des Generals Gallieni bestätigt die Meldung, daß die Königin von Madagaskar nach der Insel Réunion verbannt worden ist. Sie hat Tananarivo am 28. v. Mts. verlassen. Die Adelskaste und die Führer von Vanden beharren indes dabei, sich des Namens der Königin weiter zu bedienen, um die Bevölkerung aufzureizen. In Tananarivo ist ein eingeborener Generalgouverneur eingesetzt worden. Der Palast der Königin ist zur Benutzung für französische Schulen bestimmt worden. —

### Niederlande.

Amsterdam, 12. März. (Frankf. Zig.) Die zweite Kammer hat gestern das Gesetz betreffend die Errichtung von Arbeiterkammern angenommen. —

### Dänemark.

Kopenhagen, 12. März. Folkething. In der heutigen Sitzung erklärte am Schlusse der dritten Beratung des Budgets der Ministerpräsident Baron von Neehj-Thott, das vom Hause angenommene Budget sei derart, daß das Ministerium damit nicht die Verwaltung führen könne. Wenn an der Verweigerung der Regierungsforderungen festgehalten würde, so könnte das Ministerium die Finanzvorlage nicht annehmen. Der Berichterstatter Christophor Tage erklärte, seine Partei habe den Konflikt nicht gewünscht und bedauere die Äußerungen des Ministers. Die Finanzvorlage ist dem Landsting übersandt worden. —

Im Folkething stand das Prügeln-Gesetz (die neulich erwähnte Verschärfung des Strafbuchbuchs) zur weiteren Verhandlung. Christensen und Winkler sprachen sich gegen die Prügeln-Gesetze aus. Der Justizminister suchte die statistischen Angaben der sozialdemokratischen Redner zu widerlegen. In viele Verhältnisse sei ein Geist der Selbstgerechtigkeit und Eigenmächtigkeit eingeschoben, der mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Im weiteren wurde er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen (H), weil er die Rede Winklers eine thörichte genannt hatte.

Winkler fährt aus, daß der Minister sich in Selbstwiderspruch beuge. Wenn man eine Statistik über die Zunahme der Gewaltthatigkeiten verlangt, sagt er, die Dinge, um die es sich hier handelt, sind so unbedeutend, daß eine Statistik nicht existiert. Es handelt sich nur um kleine Pöbe und Stöße — und dann spricht man wieder von einer Brutalität, die energischer Bekämpfung bedarf. — Sie wollen nur ein Gesetz zum Schutz der Streikbrecher und gegen die streikenden Arbeiter. Ich nenne es „unehrenhaft“, in fremde Länder zu reisen, um die um ihre soziale Stellung ringenden Arbeiter ihres Lohnes zu berauben! Einem solchen Mann noch einen Ehrlohn außer den bestehenden Gesetzen zu geben, ist unmoralisch. Schließlich wurde der Antrag an eine Kommission verwiesen.

In der gleichen Sitzung wurde noch das Zivilehe-Gesetz in dritter Beratung mit 50 bejahenden gegen 24 verneinende Stimmen angenommen. 10 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung! —

Im Landsting stand die Unfallversicherung zur Debatte, die zwei Tage andauerte. Rudsen namens der Sozialdemokratie sprach für Annahme der Regierungsvorlage. So wenig dieselbe auch biete, sei sie doch besser als nichts. Freilich werde er für die Erreichung seiner erheblich weiter gehenden Anträge kämpfen, so lange es möglich sei.

Die Mehrzahl der Redner sprach sich für die Vorlage aus, mochte aber nicht weiter gehen. Auch der Minister des Innern hat den Antrag anzunehmen. Bewähre sich das Gesetz, hände einer Erweiterung auf andere Arbeiterkreise nichts im Wege. Eine Versicherung aller Arbeiter erklärt er für unmöglich. (sic!) Auch für die Staatsversicherung könne er sich nicht erörtern. Einige Redner, wie Widermeister Stilling und Maurermeister Pfiffing wünschten, man möchte mit dem Gesetze noch etwas warten. (Wahrscheinlich auf den St. Nimmermehrstag!) Der Antrag wurde einer Kommission von 11 Mitgliedern überwiesen. —

Das Landarbeiter-Ansiedelungs-Gesetz. In allen Parlamenten ist es das Schicksal der „vermittelnden“ Parteien, bei wichtigen Entschlüssen ihren Anschauungen unterzu gehen, im letzten Augenblick „anzufallen“. So ist es denn nun auch wieder bei der dritten Lesung des Ansiedelungs-Gesetzes gegangen. Während bei der zweiten Lesung 53 für und nur 17 gegen das Expropriationsrecht gestimmt hatten, wurde bei der dritten Lesung dieses Recht mit 46 gegen 33 Stimmen auf Antrag des Ministers abgelehnt! Es sind also sieben „Linke“ umgefallen und außerdem haben die Expropriationsgegner für Heranziehung all ihrer Stimmen Sorge getragen. Dabei hat die Linke seit Jahren den Landarbeitern erzählt, daß ihr Eintreten für das Expropriationsrecht der beste Beweis für ihre Arbeiterfreundlichkeit sei! Nun ja, im entscheidenden Augenblick haben sie ja bewiesen, wie ihre Arbeiterfreundlichkeit aussteht. Die Landarbeiter werden es in Zukunft nicht vergessen! Mit Hilfe des Expropriationsrechts wäre es überall möglich gewesen, den Ansiedlern die höchste im Gesetz vorgesehene Größe von 5 Hektar Land zu beschaffen, nun wird man für die angelegte Summe in vielen Gemeinden (wie z. B. auf der Insel Laninge, wo alles Land einem Gassen gehört) nur 2 1/2 Hektar Land erwerben können. —

### Schweden.

Ojalmar Branting's Antrag auf Veränderung des kommunalen Stimmrechts in Schweden im schwedischen Reichstag. Wir haben schon früher über den Antrag des Sozialistführers Branting referiert. Schweden hat für die kommunalen Wahlen das sogenannte Pluralsystem. Ein Wähler kann bis zu hundert Stimmen haben!

Allein in Stockholm sind 57 pCt. der erwachsenen männlichen Bevölkerung ohne Stimmrecht, weil sie nicht zur Wahlberechtigung genügende Steuern bezahlen, dagegen verfügen 1805 Kapitalisten jeder über 91—100 Stimmen. 3000 reiche Wähler entscheiden über den Ausfall der Wahl, obwohl die Stadt jetzt 26 000 Wähler hat und 60 000 haben sollte! Ojalmar Branting's Vorschlag fordert nun für jeden Wähler nur eine Stimme.

Der Antrag kam zuerst im Landsting (dem Oberhause) zur Verhandlung, wo der Antrag des Ausschusses auf Verwerfung hauptsächlich nach einer längeren Rede des Bischofs Billig angenommen wurde. Der Bischof führte hauptsächlich aus, daß Branting in seiner Begründung gesagt habe, daß der Zweck seines Antrages die Förderung sozialistischer Reformen sei. Für solche Reformen bedankt sich der Bischof Billig und mit ihm der schwedische Landsting. Ja, der Antrag des Herrn Bischofs, nicht nur den Gesetzesvorschlag abzulehnen, sondern auch die Rotierung desselben zu mißbilligen, fand Zustimmung! Nun weiß das schwedische Volk doch wenigstens, was es von seinem Oberhause zu halten hat.

Der Antrag kommt nun noch im Folkething zur Debatte, wo ihn Branting als Mitglied desselben persönlich vertreten wird.

An demselben Sonnabend stand im Folkething das Militärbudget zur Debatte. Branting beantragte eine Herabsetzung des für Gewerksfabrikation angelegten Postens, der mit jedem Jahre größer wird. Natürlich wurde auch dieser Antrag von der willfährigen Kammermehrheit verworfen. —

### Rußland.

Die Regierung als Volksverdummerin. Welche Dimensionen die Furcht der russischen Regierung vor der Ausbreitung auch der elementarsten Volksbildung annimmt, zeigt ein von einem Kreisinspektor verbreitetes Zirkular, das in vielen russischen Zeitungen abgedruckt wurde. Dies Zirkular, worin über das Schicksal der Sonntagsschulen in einem Bezirk von 3 bis 4 Distrikten entschieden wurde, enthält folgende Vorschriften: 1. In den Sonntagsschulen dürfen mit den Männern nur Lehrer sich beschäftigen und mit den Frauen nur Lehrerinnen. Gemeinsame Stunden für Schüler beider Geschlechter sind verboten. 2. Das Ziel der Schule muß sein die Schüler zu lehren, bewußt zu beten und mechanisch russisch und kirchenslavisch zu lesen, ein wenig Schreiben und Rechnen bis 1000. Vergehen gegen diese Bestimmungen werden streng bestraft und die davon betroffenen Sonntagsschulen — so heißt es zum Schluß — werden sofort geschlossen.

Als Ergänzung zu diesem Zirkular kann der Maß der Regierung gelten, gedruckt im „Regierungsbote“ vom 16./28. Februar, dahin lautend, daß es den Semstwo's (den Selbstverwaltungskörpern der Gouvernements) verboten ist, Volksschulen zu gründen, wenn in der Nähe bereits Kirchenschulen bestehen.

### Asien.

Goldwährung in Japan. Daß die japanische Regierung den Uebergang zur Goldwährung beabsichtigt, haben wir schon früher gemeldet. Jetzt erfahren wir, daß die Volkvertretung von Japan den betreffenden Gesetzesvorschlag angenommen hat. Das ist ein hochbedeutender Schritt. Damit läßt Japan sich von den asiatischen Silberländern mit schlechtem Geld los und befreit seine Währung, auf dem Weltmarkt, wo nur die Goldwährung gilt und gelten kann, in Konkurrenz mit den modernen Kulturländern zu treten. Herr Knackfuß wird ein neues abschreckendes Bild gegen die „gelbe Gefahr“ zeichnen müssen. —

### Reichstag.

190. Sitzung vom 12. März 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Posa, Dowlaty.

Eingegangen ist der Entwurf eines Auswanderungsgesetzes. In dritter Beratung erledigt das Haus zunächst die Ueberlicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1895/96 und genehmigt nachträglich vorbehaltlich der Hochrechnung die nachgewiesene Staatsüberschreitung und außerordentlichen Ausgaben.

Es folgt nach der Tagesordnung die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Vorarbeiten für die Errichtung einer Gedächtnisstätte zu Ehren der im Felzuge 1870/71 gefallenen oder schwer verwundeten Krieger. Die Beratung wird zurückgestellt, und das Haus geht über zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes wegen Verwendung überschüssiger Reichs-Einnahmen zur Schuldentilgung.

Nach der Vorlage (§ 1) sollten die Ueberweisungen an die Einzelstaaten, soweit sie 1897/98 die Matrikularbeiträge übersteigen, zur Hälfte zur Schuldentilgung verwendet werden. Nach § 2 sollten aber, falls die Matrikularbeiträge 1899/1900 die Ueberweisungen übersteigen, die Matrikularbeiträge unerhoben bleiben, soweit die Ueberüberschüsse aus dem Jahre 1897/98 zur Schuldentilgung verwendet werden.

Die Kommission hat einen neuen § 1 beschlossen, wonach die nach der Frankenstein'schen Klausel dem Reiche vorbehaltene Summe von 180 Millionen Mark aus den indirekten Steuern für das Etatsjahr 1898/97 behufs Verminderung der Reichsschuld auf 180 Millionen Mark erhöht wird. Von den Ueberweisungen, soweit sie die Matrikularbeiträge übersteigen, sollen drei Viertel zur Schuldentilgung verwendet werden. Der frühere § 2 (jetzt 3) ist dahin geändert worden: Uebersteigen im Etatsjahre 1899/1900 die Matrikularbeiträge das Etatsjahr der Ueberweisungen für die gleiche Periode um mehr als den Betrag der für das Rechnungsjahr 1897/98 über die Matrikularbeiträge hinaus erfolgenden Ueberweisungen, so bleibt der Mehrbetrag insoweit unerhoben, als auf Grund des § 2 Mittel zur Schuldentilgung verfügbar geworden sind. Die in Folge dessen zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat erforderliche Deckung erfolgt zu Lasten des außerordentlichen Etats. Jedoch ist von dieser Bestimmung nur in dem Maße Gebrauch zu machen, als der Bedarfsbeitrag nicht durch Mehrerträge bei den Ueberweisungssteuern Deckung findet.

Berichterstatter ist Abg. Lieber (3). Staatssekretär Graf Posadowsky: Es wird zur Abklärung der Geschäfte dienen, wenn ich erkläre, daß ich begründete Aussicht habe, daß die verbündeten Regierungen die Beschlüsse der Kommission annehmen werden.

Die §§ 1 und 2 werden ohne Debatte angenommen. Zu § 3 bemerkt Abg. Richter (fr. Vg.): Dem vorjährigen Entwurf konnte ich zustimmen, weil er sich auf das Etatsjahr beschränkte. Der neue Entwurf aber verknüpft 2 Jahre mit einander. Die Bedenken dagegen habe ich in erster Lesung vorgebracht. Es liegt darin eine Beschränkung des Einnahme-Bewilligungsbereichs des Reichstages, denn wenn die Ausgaben des Reiches durch Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht gedeckt werden können, so bleibt nichts übrig als neue Steuern einzuführen, oder Anleihen aufzunehmen, wodurch wiederum die Schulden des Reiches erhöht werden. Es ist nur die Einführung des vom Hause zweimal abgelehnten Automaten für zwei Jahre, wodurch die Finanzen des Reiches unübersehlich werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herr Richter will ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung durch den Etat dasselbe erreichen, was die Vorlage will. Aber dieser Weg ist für die verbündeten Regierungen nicht gangbar, weil sie dadurch in eine Zwangslage gebracht werden. Wenn die Matrikularbeiträge nicht in größerer Höhe erhoben werden dürfen, als die Ueberweisungen betragen, so liegt darin eine Stärkung der Finanzverwaltung, die dadurch Mehrforderungen gegenüber einer härteren Stellung erhält. Jetzt befinden sich die Bundesstaaten in einer nervösen Unruhe, weil sie niemals wissen, wie sie die Forderung des Reiches kalküliren und in ihren Etat einstellen sollen.

§ 3 wird darauf angenommen. Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats beim Etat der Zölle und Verbrauchsteuern fortgesetzt.

Die Einnahmen aus den Zöllen 872 480 000 M. und aus der Tabaksteuer 11 288 000 M. werden ohne Debatte bewilligt.

Die Zuckersteuer ist mit 81 Millionen Mark veranschlagt gegenüber 80 Millionen im laufenden Etat.

Abg. Schulz-Supitz (Rp.) führt aus, daß das neue Gesetz große Ungerechtigkeiten mit sich gebracht habe, namentlich durch die Betriebssteuer.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Daß zahlreiche Beschwerden eingegangen sind, ist selbstverständlich bei der großen Ausdehnung der Zuckerindustrie. Bei der Branntweinsteuer haben wir bereits erhebliche Erfahrungen gemacht. Eine andere Frage ist aber, ob die vorgebrachten Beschwerden auf Grund des Gesetzes berechtigt sind. Daß einzelne Fabriken ein Kontingent erhalten haben, welches sie nicht erfüllen können, ist bedauerlich. Es ist aber vorgeschrieben, daß neue Fabriken nach ihrer Leistungsfähigkeit eingeschätzt werden sollen.

Abg. v. Karbors (Rp.): Es sind Fälle vorhanden, daß eine Fabrik, welche ganz geringe Veränderungen vorgenommen hat, ein größeres Kontingent bekommen hat, natürlich auf Kosten anderer Fabriken.

Abg. von Staudy (L.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf die Frage des Verwaltungs-Gerichtshofes will ich nicht näher eingehen; das wäre ein Nouum in unserer ganzen Organisation. Die Abführung von Sachverständigen ist jetzt schon gestattet und es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß man über die Leistungsfähigkeit der Fabriken Sachverständige erteilen läßt.

Abg. Paasche (natl.): Daß neue Zuckersteuergesetz hat infolge einzelner Bestimmungen den Zweck nicht erreicht, den es erreichen sollte. Das ist eine Freude für die Herren von der Linken; aber der Vorwurf trifft nicht mich. Die Absicht des Gesetzes ging auf Einschränkung der Ueberproduktion. Die Interessenten wünschen, daß die Ueberüberschüsse des Kontingents, soweit einzelne Fabriken ihr Kontingent nicht erfüllen können, auf die andern verteilt werden.

Abg. Röske (b. L. F.): Herr Paasche verleugnet das Klud, welches er in die Welt gesetzt hat, weil er es anders gewünscht hätte. Aber wir halten ihn fest, er muß und darf ankommen. Daß neue Einschränkungen der Zuckerproduktion nicht erreicht würden, haben wir immer dem Herrn Paasche vorausgesagt. Die von Herrn Paasche vorgeschlagene Abänderung macht das Gesetz aber noch nicht zu einem guten. Die Preise sind gesunken und die Produktion ist gestiegen, so daß jetzt 6 Millionen Doppelzentner Zucker lagern. Wir wollen doch festhalten, wer daran schuld ist. Das ist die rechte Seite des Hauses unter der Führung des Herrn Paasche. Das einzige Mittel zur Abhilfe ist die Abschaffung der Ausfuhrprämien. Hat die Regierung nach dieser Richtung hin irgend welche Schritte getan? Sind irgend welche Schritte zur Einleitung weiterer Verhandlungen erfolgt?

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Vorwürfe der Vorredner haben sich nicht gegen das Gesetz, sondern gegen die Ausführung desselben gerichtet. Die Verhandlungen über die Abschaffung der Prämien schweben noch gegenwärtig, und es ist ein erfreuliches Symptom, daß in das neueste französische Zuckersteuergesetz die Ermächtigung aufgenommen ist, daß die Regierung die Prämien abschaffen kann. Uns kann es nur erfreulich sein, wenn die Prämien vollständig abgeschafft werden. Abgeschafft werden müssen sie doch einmal, es fragt sich nur, ob wir allein dazu kommen oder in Verbindung mit einigen anderen Staaten oder mit allen beteiligten Staaten.

Abg. v. Staudy (L.): Das Gesetz verleiht zur Ausdehnung der Produktion. Die Kontingentierung kann dabei nicht helfen, weil sie sich auf Deutschland allein beschränkt. Daß das Gesetz etwas verändert ist, schließt nicht aus, daß diejenigen, die das Gesetz mit gemacht haben, alle Schuld daran tragen. Im vorigen Jahre hatte ich der Befreiung aller Prämien zugestimmt, aber jetzt können wir nicht mehr einseitig vorgehen, jetzt muß die Aufhebung international herbeigeführt werden.

Abg. Warth (fr. Vg.): Herr Paasche verwendet doch ganz untaugliche Mittel, um die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen. Er meint, die Linke, und nicht die Mehrheit des Hauses treffe die Schuld. Wir haben jedenfalls gegen die betreffenden Bestimmungen bestimmt. Die Schuld tragen diejenigen, welche das Gesetz eingebracht und schließlich angenommen haben. Das war Herr Paasche und seine Freunde. (Sehr richtig! links.) Daß dieses Gesetz zur Ausdehnung der Produktion reizen müsse, haben wir mehrfach ausgeführt. Das Gesetz hat die Steuerzahler geschädigt und die Zuckerproduzenten. Bedenken können sich nur die Konsumenten des Auslandes für das Gesetz. (Sehr richtig! links.) Wenn ich absehe vom Börsengesetz, welches vielleicht noch schlechter ist, so ist das Zuckersteuergesetz das schlechteste Gesetz und dafür ist Herr Paasche verantwortlich.

Abg. Graf Stolberg (L.) tritt dem Abg. Paasche entgegen bezüglich seines Wunsches auf Befreiung der erheblichen Kontingentierungen. Wenn man Herrn Paasche verantwortlich macht, so thut man ihm Unrecht, denn in der Kommission wurde das Gesetz vollständig umgearbeitet, denn die Vorlage war für uns unannehmbar. Das Gesetz ist schließlich hervorgegangen aus einem Kompromiß des Orients mit dem Westen. Der letztere ist immer noch bedrückt, denn die Fabriken des Westens haben ein größeres Kontingent, und die Betriebssteuer trifft hauptsächlich den Orient. Allen Versuchen, die bewegliche Kontingentierung wieder zu beseitigen, werden diejenigen, die auf meinem Standpunkte stehen, entgegenstehen. Wir müssen erst ein paar Jahre abwarten.

Abg. Paasche: Es fällt mir nicht ein, die Verantwortung dafür abzulehnen, daß ein Gesetz ähnlich dem zu Stande gekommen hier beantragt worden ist. Wenn gesagt ist, ich wollte das Kind verleugnen, weil es nicht so gerathen ist, wie ich es beabsichtigt hatte, so muß ich sagen: Es war nicht bloß ein Vater, sondern viele Väter, die sich mit dem Kinde beschäftigten. (Große Heiterkeit.) Ich habe geträumt für meine Interessen. (Große Heiterkeit links), für meine Ansichten. Ich habe keine Interessen an der Zuckerindustrie. Sie (links) scheinen es nicht zu verstehen, daß man aus Ueberzeugung für eine gute Sache eintreten kann. Wegen meinen Willen ist auf Antrag des Abgeordneten Needer-Danzig die bedenkliche Vorchrift in das Gesetz hineinkommen. (Zuruf: Abstimmung!) Ich weiß nicht, wie ich gestimmt habe. (Heiterkeit.) Ich habe wahrscheinlich schließlich ja gesagt. (Heiterkeit.) Sie (links) werden die Früchte der Abstimmung der Zuckerinteressenten jedenfalls nicht ernten; denn die Herren wissen ganz genau, wer ihre Interessen vertritt, hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die ganze Debatte ist planlos, weil kein Änderungsantrag vorliegt. Die Zuckerinteressenten sind in der ganzen Welt unzufrieden, selbst in Frankreich, wo die größten Prämien bestehen. Die Zuckerinteressenten werden wohl schließlich ganz zufrieden gestellt werden können. In Oesterreich hat man nicht das Quantum der Erzeugung Kontingentiert, sondern die Summe, die zur Prämierung verwendet werden soll. Daß das Sinken des Zuckerpreises in Zusammenhang steht mit dem deutschen Zuckersteuergesetz, muß ich entschieden bestreiten.

Abg. Warth: Daß an eine solche Gesetzgebung sich Spekulationen knüpfen, ist richtig; die Spekulation, die gleichzeitig in allen Ländern stattfand, mußte zur Ausdehnung der Produktion drängen und dadurch ein Sinken der Preise herbeiführen. Der Regierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie diese naturgemäße Wirkung nicht vorausgesehen hat. Diejenigen, welche die speziellen Interessen der Zuckerfabriken vertreten wollten, sind auf einen falschen Weg gerathen und haben ihre Schlinge geschädigt.

Abg. v. Staudy (L.): Nach meiner Ansicht vertritt derjenige die allgemeinen Interessen, der die Erhaltung der so wichtigen Zuckerindustrie sichert. Solange eine so horrenden Konsumsteuer auf dem Zucker liegt, ist auch eine Exportprämie notwendig.

Die Zuckersteuer wird darauf genehmigt, ebenso ohne Debatte die Salzsteuer 45 889 000 M.

Bezüglich der Branntweinsteuer (17 068 000 M. Malzschottelsteuer und 98 711 000 M. Verbrauchsabgabe) berichtet Abg. Paasche und fährt dann unter Widerspruch des Abg. Richter fort über die Erfindung einer Spiritus-Wahlamppe zu sprechen.



Präsident v. Vuol meint, daß Redner als Berichterstatter nicht darauf eingehen könne.

Abg. Paasche nimmt darauf als Abgeordneter das Wort und weist auf eine neu erfundene Spiritus-Lampe hin, die vollständig die Petroleumlampe ersetzen könne.

Abg. Richter: Ich weiß sogar noch mehr; nämlich daß das Staatsministerium bei feierlichen Sitzungen sich durch Spirituslampen erleuchten läßt. (Heiterkeit.) Die Spiritusindustrie verlangt neue Liebesgaben, um dem Petroleum Konkurrenz zu machen. Dagegen muß ich mich verwahren.

Abg. v. Kardorff: Wenn eine Lampe erfunden sein sollte, die ohne Glühstrumpf zu verwenden ist, so wäre das ein enormer Fortschritt.

Abg. Paasche: Herr Richter weiß eben doch noch nicht, daß eine Lampe erfunden ist, die ohne Glühstrumpf brennt. Deshalb habe ich die Sache vorgebracht, weil der Ingenieur Hempel sich vergeblich bemüht, ein Patent darauf zu erhalten. Da von der Exportprämie für den denaturierten Branntwein Uberschüsse vorhanden sind, könnte man solche Dinge unterstützen. (Sehr richtig! richtig!)

Abg. Richter: Wir haben doch keine Ursache, für ein bestimmtes Geschäft Klammern zu ziehen.

Die Branntweinsteuer wird genehmigt. Das Haus lehrt nunmehr zurück zur ersten Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Vorarbeiten für die Errichtung einer Gedächtnishalle zu Ehren der im Feldzuge 1870/71 gefallenen oder schwer verwundeten Krieger.

Zur Einleitung erhält das Wort Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Das Gesetz, das den Gegenstand der heutigen Beratung bildet, betrifft die Vorarbeiten für die Errichtung einer Gedächtnishalle zu Ehren der im Feldzuge 1870/71 gefallenen oder schwer verwundeten deutschen Krieger. Ich weiß, daß nüchternen Auffassung und die Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs der Verwendung einer größeren Summe für einen idealen Zweck entgegenstehen und gegen den Entwurf geltend gemacht werden.

Es stehen sich eben zwei Auffassungen gegenüber: die praktische, materielle, die von dem Grundgedanken ausgeht, daß nur der Lebende recht hat, und daß es besser sei, wenn schon Dankbarkeit geübt werden solle, den überlebenden Kriegern Unterstützung zu gewähren, und die ideale Auffassung derer, die meinen, daß es sich gezieme, an dem Tage, an welchem wir das Gedächtnis des kaiserlichen Feldherrn feierlich begehen, auch neben ihm und den Helden, die ihm zur Seite gestanden — diese können ja nicht vergessen werden — daß es sich gezieme, auch des einfachen Mannes zu gedenken und ihn vor dem Vergessenwerden zu bewahren — des Soldaten, der furchlos und treu, der Gefahr bewußt, mit der überlegenen Waffen ihn bedrohten, dem Feinde entgegenzutreten. Auch ihnen verdankt Deutschland das, was es geworden ist. Mir scheint, daß das Deutsche Reich die Mittel aufwenden kann, um 1 oder 2 Millionen für einen idealen Zweck, für die Bewahrung nationaler Dankbarkeit, zu opfern. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Gesetzentwurfes.

Abg. Wagem (Z.): Die Sache bedarf einer gründlichen Prüfung, deshalb beantrage ich im Namen meiner Freunde die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Singer (Soz.): Wir werden gegen die Ueberweisung an eine Kommission stimmen. Wir weisen die Vorlage a limine ab, weil wir dieser Ehrung, wie sie den Invaliden zugebracht wird, nicht zustimmen. Wir haben eine Kommissionsberatung nicht nötig, wir bedürfen derselben nicht, um unser Urteil zu bilden.

Die Abg. v. Stumm (Rp.), Schneider (rs. Sp.), Beck (rs. Sp.), Speiser (südd. Sp.), Liebermann v. Sonnenberg (Reform-P.) und Graf Oriola (natl.) verzichten darauf auf das Wort.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

Darauf erledigt das Haus die übrigen Titel des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern, ferner den Etat der Reichskampel-Kassen und des Bankwesens.

Ein Titel von 3 120 000 M. zur Vermehrung der Reserven von Verpflegungsmitteln soll nach einem Antrage der Budgetkommission um 2 Millionen Mark vergrößert werden.

Das Haus tritt diesen Antrage bei. Entsprechend einem weiteren Antrage der Budgetkommission wird zum Bau einer zweigleisigen, vollspurigen Hauptbahn von Bismarck nach Dillingen die erste Rate von 1 Million Mark ohne Debatte bewilligt.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Schuldentilgung und Petitionen.)

### Gerichts-Beitrag.

**Wegen Beleidigung des Kaufmanns Hermann Meyer zu Wilhelmshaven** wurde der verantwortliche Redakteur des „Handels-Angeboten“ Genosse Otto Elze am 11. März zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel der genannten Zeitung gefunden, der die ungenügende Befähigung einer bei dem Kläger angelegten Verkäuferin beaufachtete.

**Gegen die Waschbänken-Inhaber** innerhalb des Reichsbildes Berlin geht jetzt die „örtliche Straßen-Polizei“ vor. Der für den Bereich der Gasse 10. März gegen dieselbe vor dem Ober-Verwaltungsgericht einen Rechtsstreit aus; Gasse besitzt in der Uferstraße „Neu-Röhm am Wasser“ das Grundstück Nr. 9, worin sich schon seit mehr als 100 Jahren eine Färberei befindet. Mit dem Grundstück hat G. vom Vorbesitzer auch die im Flußbett am Ufer liegende Waschbank nebst Treppe gekauft; die Einrichtung ist von den zuständigen Behörden genehmigt. Neuerdings hat nun die „örtliche Straßen-Polizei“ als Befizerin des Ufergeländes von ihm verlangt, sich bei ihr die Genehmigung für die im Gelände befindliche Zugangstreppe zur Waschbank nachzusuchen. Gasse erhob die Klage und ergriff sowohl beim Bezirksauschuß wie beim Ober-Verwaltungsgericht obliegende Erkenntnisse. Der Vorsitzende des IV. Senats führte zur Begründung aus, die Straßen-Polizei könne vom Befizer eines schon lange Zeit bestehenden Bauwerkes höchstens verlangen, daß dieses ordnungsmäßig abgeändert werde; die an Gasse ergangene Verfügung entbehre in diesem jeder rechtlichen Grundlage.

**Nicht in Sperenberg**, sondern in Sperenberg bei Jossen wohnt, wie uns berichtet mitgeteilt wird, der dieser Tage wegen Beleidigung verurteilte Sattlermeister Raschpichler.

**Wegen umfangreicher Unterschlagungen im Amte**, sowie wegen Urkundenfälschung ist der Kammerer der Gemeinde Baruth, namens Franz Adolf Fräbe, dieser Tage vom Schwurgericht zu Potsdam zu vier Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

**Der Prozeß Curtols in Brüssel** hat — so schreibt man der „Köln. Volks-Ztg.“ aus der belgischen Hauptstadt unter dem 10. März 97 — heute Vormittag mit dem Verhör des Hauptangeklagten Courtois begonnen. Wissen-Präsident ist der Appellationsgerichtsrath Jamar. Die Fragen, welche in den beiden heutigen Sitzungen an Courtois gerichtet wurden, betreffen die vielfachen Unregelmäßigkeiten und gehetwirdigen Handlungen, welche er sich als Kriminalkommissar im Verkehr mit dem Publikum überhaupt und mit lichtlosem Gesindel im besonderen zu schulden kommen ließ und wodurch seine Amtseinführung beeinträchtigt wurde. Seine Trunksucht war notorisch; er fälschte Protokolle und verfolgte ohne Anlaß und Grund Leute, die ihm mißfielen; gegenüber Verhafteten verübte er grausame Brutalitäten; er pflegte intimen Verkehr mit allerlei Verbrechenskreisen, die jederzeit Zutritt zu seinem Bureau hatten; er spielte den Beschützer zahlreicher Dirnen. Dabei warf er das Geld mit vollen Händen weg, obwohl sein Amtseinkommen insgesamt kaum den Betrag von 4500 Fr. erreichte. Trotz alledem konnte er sich im Amte halten, weil er ein ungewöhnlich intelligenter und eifriger Kriminal-Beamter war, bis zwei große Diebstähle, zunächst bei einem Rentner, dann der berühmte Juweliendiebstahl beim Grafen von Flandern ihn in den

Verdacht der Mithäterschaft brachten. Seine gegenwärtige (zweite) Frau, eine Deutsche, war Kammerzofe der Gattin von Flandern und von ihrer Herrin aufs beste gelitten. Aus Rücksicht auf die Frau ließ der Graf von Flandern, sobald der Verdacht sich auf den Kriminalkommissar gelenkt hatte, die Untersuchung und die Nachforschung nach den Dieben einstellen. Inzwischen wurde Courtois aus dem Amte entlassen und mit fast 1800 Fr. pensioniert. Da diese Pension für seine nach wie vor kostspielige Lebenshaltung bei weitem nicht ausreichte, so suchte er angedlich einen Nebenberuf in der Färberey; diese warf aber wenig für ihn ab, und eines Tages äußerte er, der Hunger treibe den Wolf aus dem Walde. Auf diese Aeußerung machte der Präsident besonders aufmerksam und wies auf die Verbindung hin, welche Courtois mit zwei Leuten abeln Leumundes zum Zwecke der Einrichtung einer geheimen Brauntweinebrennerei abschloß. Damit ging der heutige Sitzungstag zu Ende.

### Soziales.

**Berufstatistik für Baden.** Auch die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der badischen Berufszählung vom 14. Juni 1895 bestätigen, daß die in der Landwirtschaft thätige Bevölkerung verhältnismäßig zurückgeht, während die in Industrie, Handel u. thätige Bevölkerung steigt. Die Zahl der erwerbsthätigen Personen steigt, weil infolge des sich verschärfenden wirtschaftlichen Kampfes mehr Personen und in jüngeren Jahren an der Erwerbsarbeit teilnehmen müssen. Die Zahl der berufslosen Angehörigen geht entsprechend zurück. Ebenso sinkt der Anteil der Dienenden; ein Zeichen, daß der Geist der jüngeren Generation mehr auf freie Erwerbsarbeit gerichtet ist. Besonders zeigt sich ein starkes Zunehmen der Erwerbsthätigkeit von Frauen. Die Zahl der selbstständigen Gewerbetreibenden innerhalb der Gesamtheit der Erwerbsthätigen verkleinert sich, während der Prozentsatz der selbstständigen Arbeiter steigt. Das bedeutet: „Konzentration des Kapitals“ und Proletarisierung der Massen! Da die Unternehmungen sich vergrößern, so steigt das höhere kaufmännische und technische Personal, — der berühmte „sich neu bildende Mittelstand“ der jüngsten Sozialpolitik.

Wir wollen darauf verzichten, dies alles durch die Zahlen zu belegen, da wir ja demnach in der Lage sein werden, die für das ganze Reich zusammengefaßten Ziffern den Lesern vorzuführen. Nur wenige markante Zahlen: Während 1882 noch 49,1 pCt. von der badischen Gesamtbevölkerung der Landwirtschaft angehörten, ist dieser Prozentsatz bei 1895 auf 42,4 gesunken; die der Industrie und dem Handel zuzurechnende Bevölkerung ist dagegen von 40,8 auf 44,7 pCt. gestiegen. Im prozentualen Rückgang begriffen sind in Baden jedoch Textilindustrie, Holzindustrie und die Gruppe Bekleidung und Reinigung.

Zum Schluß sei noch folgende Tabelle gegeben, die in anschaulicher Weise zeigt, wie stark seit der letzten Berufszählung im Jahre 1882 die Zahl der Erwerbsthätigen zu- und die Zahl der Familienangehörigen abgenommen hat. Es waren vorhanden:

	Erwerbsthätige		Angehörige	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1882 . . . .	61,2	21,0	86,1	71,2
1895 . . . .	64,3	28,4	81,4	61,0

Das Verhältnis hat sich also bei den Frauen am meisten verändert; die Tabelle zeigt, daß immer mehr Angehörige des weiblichen Geschlechts dem Familienleben entzogen und in den wirtschaftlichen Kampf gedrängt werden.

**Von der Noth der Rheider.** Die Flensburger-Elensunder Dampfschiffahrts-Gesellschaft zahlt ihren Aktionären für das vergangene Jahr 1896 10 pCt., die Flensburger Dampfer-Kompagnie 7 pCt. und die Sonderburger Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft 12 pCt. Dividende.

Für die kommunalen Arbeitsnachweise hat sich in Altenburg eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung ausgesprochen, unter anderem deshalb, weil diese das geeignetste Mittel zur Befreiung des Stellenwuchers der privaten Gesinde-Bermittlungsbureaus seien.

**Durch Uebergang zur Tagesordnung** haben die Stadtverordneten in Halle a. S. das Gesuch der Buchdrucker „erledigt“, städtische Druckerarbeiten nur bei solchen Firmen herstellen zu lassen, die den allgemeinen deutschen Buchdrucker-Tarif bezahlen. Gegen den Uebergang zur Tagesordnung sprachen nur die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten. Das Gesuch, das sowohl von Gehilfen wie von Buchdruckerbesitzern unterstützt war, richtete sich gegen den Bismärcker Schwetjcke, der die Arbeiten der Stadt Halle druckt, aber seinen Gehilfen den Tarif nicht bezahlt.

**Bauarbeiter-Lohn.** Auf Antrag des Vorstandes der sächsischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft hat die Amtshauptmannschaft in Großenhain für ihren Bezirk bestimmt, daß bei Dachern von Neubauten, sofern dieselben eine Neigung von 45 Grad und mehr haben und mit Schiefer gedeckt werden, einen Sparren um den anderen, das heißt alle zwei Meter unterhalb des Firstes — bei Mansarden unter der oberen Gesimslante — vergankte, schmiedeeiserne, etwa 33 Zentimeter lange und 10—12 Millimeter starke Haken mittels 1—2 Schmiededägeln zur Sicherung der Dachdecker anzubringen sind. Weiter verbot die Amtshauptmannschaft das Arbeiten in Räumen, in denen — zum Zwecke schnelleren Austrocknens derselben — brennende Koakskörbe aufgestellt sind.

**Zu Fürth bei Nürnberg** hatte der Magistrat die Einführung vollständiger Sonntagsruhe in Handels- und Engros-Geschäften beschlossen. Der Gemeinderath aber warf diesen Beschluß durch einen anderen über den Hausen, wonach an zwei Sonntagen im Monat die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in der Zeit von 11 bis 12 Uhr gestattet werden soll. Außer den freisinnigen und Nationalliberalen stimmten für diese Verschlechterung des Magistratsbeschlusses 4 Volksparteiler und — das als Sozialdemokrat gewählte Gemeinderatsmitglied Dr. Morgenstern, während unser Parteigenosse Segl mit Wärme für den Magistratsbeschlus eingetreten war.

**Von den ungeheuren Einnahmen amerikanischer Industrie-Gesellschaften** giebt der letzte Jahresabschlus der Pullman-Schlafwagen-Gesellschaft einen Begriff, der einschließend der ihr gezahlten Patentgebühren neununddreißig Millionen Mark aufweist. Davon wurden zwölf Millionen als Dividende verteilt.

### Die Wahlen in Oesterreich.

Galizien und Böhmen haben vortrefflich gewählt. Dem Bvrrussische Lueger's, des kleinen Badeni in Wien, folgte ein schwerer Schlag für den großen Badeni in seinem Paskall, in Galizien selbst. Die beiden Hauptstädte des Landes, die einzigen Wahlkreise, in denen direkt gewählt wird, entfielen noch glänzender Wahlschlacht Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus. Hierüber liegen uns folgende Privatdepeschen vor:

**Krakau, 12. März.** (Privatdepesche des „Vorw.“). Daszynski (Soz.) mit 19 000 gegen 6000 Stimmen gewählt.

**Lemberg, 12. März.** (Privatdepesche des „Vorw.“). In Lemberg-Stadt wurde Genosse Rozakiewicz mit 15 309 von 25 290 abgegebenen Stimmen gewählt.

**Lemberg, 11. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“). In Dawidow, im Lemberger Wahlbezirk, kam es wegen Beeinträchtigung der Wahlen zu Konflikten mit der Wahlkommission. Das Auftreten der Gewerkschaft riefte die Wähler. Zwei Wähler und ein Mitglied der Wahlkommission blieben todt. 20 Wähler wurden verhaftet.

Nur Schwersten hatten den Schlägen unsere Genossen das Spiel verdorben, weiteren Kerger bereitet ihnen die Wahl eines Mitgliedes

der polnischen Volkspartei, zweier Rutenen und eines Anhängers Stojalowski's.

Aus Böhmen gehen uns die folgenden Meldungen zu: **Bilsen, 12. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Genosse Karl Bratny wurde mit 434 sozialdemokratischen Wahlmännern gegen 196 Wahlmännern der Jungeschehen gewählt.

**Teplitz, 12. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Genosse Jeller hat mit 38 Stimmen Majorität gegen die koalirten Antijemiten und Liberalen gesiegt.

**Eger, 12. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutige Wahl in der hiesigen fünften Kurie, umfassend die Bezirke Eger, Bilsenstein, Königskart, Wsch, Gratzky, Reubel, Falkenau, Eibogen, Joachimsthal, Platten und Karlsbad endete mit einem Siege des Sozialdemokraten Dr. Verkauf. Von 624 Wählern annern übten 593 ihr Wahlrecht aus. Von diesen erhielt Dr. Verkauf 356, der Schönererianer Hofer 224, der Christlich-Soziale Dreßler 11 und der Deutschvölkische Jentscher 2 Stimmen.

**Reichenberg i. B., 12. März.** (Privatdepesche des „Vorw.“) Im Wahlkreise Reichenberg Hannich (Sozialist) gewählt mit 530 von 683 Wahlmännern; im Wahlkreise Trautenau Kiese-wetter (Sozialist) in Stichwahl mit 330 von 642 Wahlmännern gewählt. Außerdem hat Leitmeritz den Genossen Anton Schrammel mit 425 von 598 Wahlmännern gewählt.

**Wien, 12. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das erste Duzend sozialdemokratischer Abgeordneter ist gewählt. Genosse Steiner ist in Smichow (Umgebung Prag) mit großer Mehrheit gewählt. Ueberall, wo wir unterlagen, haben wir sehr große Minoritäten zu verzeichnen.

Von den Telegrammen des Völkischen Bureaus theilen wir zur Ergänzung unserer Meldungen mit:

**Wien, 12. März.** Bei der Reichsrathswahl in der allgemeinen Kurie wurden in Tirol drei Merikale, in Vorarlberg ein Merikale gewählt.

**Prag, 12. März.** Bei den Reichsrathswahlen wurden in der allgemeinen Wählerklasse in Böhmen außer den Sozialdemokraten gewählt: sechs Jungeschehen, ein Deutschortschrittler; fünf Stichwahlen sind nötig. Das Wahlergebnis für Prag steht noch aus.

**Graz, 12. März.** In Steiermark wurden bei den Reichsrathswahlen in der allgemeinen Wählerklasse gewählt ein Merikale, ein Christlich-Sozialer, ein Slovenisch-Konservativer. Für Graz steht das Wahlergebnis noch aus.

Nach der „Frankf. Ztg.“ ist im galizischen Wahlkreise Jaroslau Genosse Kornei Zelasniowicz in Stichwahl mit einem Regierungsgenossen. Außer dieser Stichwahl ist die für Genossen Dybes sehr günstig liegende in Brünn noch ausständig. Damit sind die Wahlen auf grund des allgemeinen Wahlrechts erledigt. In Frage kommt für uns außerdem noch eine am 17. d. M. stattfindende ausschließliche Wahl im Landgemeinden-Bezirk Reichenberg i. B., wo Dr. Victor Adler als Kandidat aufgestellt ist.

Bisher besteht die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses aus folgenden Mitgliedern:

- Weber Hannich (Reichenberg i. B.), Weber Kiese-wetter (Trautenau), Weber Jeller (Saaz), Dreßler Schrammel (Leitmeritz), Rechtsanwalt Dr. Verkauf (Falkenau-Eger), Glasarbeiter Steiner (Umgebung von Prag), Tischlermeister Bratny (Bilsen), Redakteur Berner (Dnäh), Weber Kieger (Mährisch-Schönberg), Bergarbeiter Eingr (Ostschlesien), Maler Rozakiewicz (Lemberg), Redakteur Daszynski (Krakau).

Die Resultate von Prag-Stadt und Graz-Stadt, wo direkt gewählt wird, sind bei Schluß der Redaktion noch nicht eingetroffen. Aus Graz meldet das Bureau Gerold:

Bei der heutigen Wahl kam es zu ernstlichen Streitereien. Zwei Sozialisten wurden durch Messerschläge schwer verletzt.

\* Die eingeklammerten Orte u. bezeichnen die Wahlkreise.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Dorimund, 12. März.** (W. L. B.) Gestern wurden auf der Juche „Monopol“ bei Camen drei Bergleute durch die vorzeitige Explosion einer Dynamitpatrone getödtet und ein Bergmann schwer verletzt.

**Frankfurt a. M., 12. März.** (W. L. B.) Der römische Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erzählt, daß heute in Athen von den Mächten der Mächte eine neue energische Aufforderung überreicht werde mit einer nur kurzen Bedenkzeit, nach deren Ablauf die Zwangsmaßregeln beginnen. Griechenland scheint jetzt zur Nachgiebigkeit bereit und wartet nur das Vorgehen der Mächte ab, um einen anständigen Rückzug zu haben. Italien ist jetzt entschlossen, mit den Mächten energisch vorzugehen, selbst wenn England sich abseits verhält.

**Frankfurt a. M., 12. März.** (W. L. B.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New-York: Eine imposante Bürger-Versammlung besprachwortete warm den englisch-amerikanischen Schiedsgerichts-Vertrag, in dessen veranlassen die Irländer und die Organisten eine heftige Gegendemonstration.

**Leipzig, 12. März.** (W. L. B.) Gegenüber der Meldung auswärtiger Blätter betreffs eines in Leipzig vorgekommenen Verprassalles kann die „Leipziger Wochensche“ nach Einziehung besser Informationen konstatieren, daß hier selbst eine Erkrankung an Verprass nicht vorgekommen ist.

**Bern, 12. März.** (W. L. B.) Die Zahl der ausständigen Bahnarbeiter beträgt 5000. Der Bundesrath trat heute Nachmittag zusammen, um über die Lage zu berathen. Ausschreitungen kamen nicht vor.

**Basel, 12. März.** (W. L. B.) Der von Paris kommende Orientexpresszug Paris-Wien mußte heute früh 6 Uhr wegen des Ausstandes auf der Nordostbahn in Basel liegen bleiben. Man glaubt, daß für einige Tage der Orientexpresszug von Paris und Wien nicht abgelassen werden wird. Der Wiener Zug ist heute Abend in Zürich angekommen, wo die Reisenden warten müssen. Auf dem ganzen Netze der Nordostbahn verkehrt kein Zug, der Postdienst ist vollständig aufgehoben. In Zürich machen sich große Unannehmlichkeiten geltend, besonders herrscht großer Mangel an Milch für Krankenhäuser und Kinder.

**Zürich, 12. März.** (W. L. B.) In den Kreisen des Zentralkomitees hegt man die Hoffnung, daß der Streit bis Sonnabend Mitternacht beendet sein wird. Die Delegation des Bundesraths hofft, durch gegenseitige Zugeständnisse beider Theile eine Verständigung zu erzielen.

**Wien, 12. März.** (W. L. B.) Einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ zufolge wird Bürgermeister Strobach längstens in drei bis vier Wochen seinen Abschied nehmen, um Dr. Lueger Platz zu machen.

**Wien, 12. März.** (W. L. B.) Aus Petersburg geht dem „Neuen Wiener Tageblatt“ die Meldung zu, daß in Yalta ein Zusammenstoß zwischen Türken und Russen stattgefunden hat. Sieben Personen wurden verwundet, zahlreiche verhaftet. Die Kaffeehäuser und Wärdereien wurden gestürmt. Aus Livadia wurde zur Herstellung der Ordnung Militär requirirt. Sämtliche Restaurants und Brauereianstalten sind geschlossen worden.

**Konstantinopel, 12. März.** (W. L. B.) Der englische Gesandte forderte die türkische Regierung auf, Maßregeln zur Verhinderung der in Abana zu beschärfenden Massakres zu treffen.

**Cettinje, 12. März.** (W. L. B.) Wie es heißt, haben die Chesen der Albanesenstämme den Beschluß gefaßt, für ihre der Pforte gegen Griechenland zu leistende Hilfe die Autonomie für Albanien zu fordern.



Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Versuch zu machen, am Sonntag, den 21. d. M. ein Festmahl im Reichstag zu veranstalten. Abhängig ist die Ausführung von der ausreichenden Beteiligung der Mitglieder, was durch Zirkulation einer Liste festgestellt werden soll.

Budgetkommission. Die Kommission tritt in die Spezialberatung der einmaligen Ausgaben ein. Referent Lieber konstatiert, daß bei dem Bau des Panzerschiffes I. Klasse Kaiser Friedrich III. die bisher bewilligte Summe um 1.060.000 Mark überschritten sei.

Zur Waise hat die Parteikonferenz für den 1. pfälzischen Reichstags-Wahlkreis Speier, die am 7. März in Oppau abgehalten wurde und von 16 Orten mit Delegirten besetzt war, wie folgt Stellung genommen: Die würdigste Feier wäre die Arbeiterruhe.

Zu Mannheim wurde an stelle des verstorbenen Parteigenossen Fritz Köber der Parteigenosse Christian Hüll als Vertreter der dritten Klasse in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt.

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Unternehmung der Arbeiter durch den Reichstag zu unterstützen. Die Unternehmung der Arbeiter durch den Reichstag ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lage der Arbeiter.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Ausführung der darauf bezüglichen Bestimmung sind an den Hafenplätzen, für die Unternehmer zugelassen sind, von den Landesregierungen Auswanderungs-Behörden zu bestellen.

Die Margarine-Kommission hat in ihrer Sitzung am Donnerstag Abend beschlossen, den Bundesrat zu ermächtigen, vorzuschreiben, daß der Margarine als Erkennungsmittel, welches weder die Qualität noch das Aussehen der Waare verändert, beigemischt werden muß.

Der Abg. v. Stumm ist aus der Unfallkommission ausgeschieden. Vermuthlich geht es dem edlen Freiherren nicht schnell und schnell genug mit der Verschlechterung des Unfallversicherungsgesetzes.

Partei-Nachrichten.

Zur Waise hat die Parteikonferenz für den 1. pfälzischen Reichstags-Wahlkreis Speier, die am 7. März in Oppau abgehalten wurde und von 16 Orten mit Delegirten besetzt war, wie folgt Stellung genommen: Die würdigste Feier wäre die Arbeiterruhe.

Zu Mannheim wurde an stelle des verstorbenen Parteigenossen Fritz Köber der Parteigenosse Christian Hüll als Vertreter der dritten Klasse in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt.

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Unternehmung der Arbeiter durch den Reichstag zu unterstützen. Die Unternehmung der Arbeiter durch den Reichstag ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lage der Arbeiter.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Kommunalabgaben.

Trotzdem hat die Agitationskommission noch am 11. d. M. einen Versuch gemacht, die Streitigkeiten durch Verhandlungen zu schlichten und hat einen diesbezüglichen Antrag an den Unternehmerverband gestellt.

Dennoch erklärt die Kommission der Arbeiter sich auch jetzt noch bereit, in Verhandlung einzutreten und wird heute (Sonnabend) noch einen letzten Versuch unternehmen.

Sowohl die Erklärungen der Agitationskommission. Was unsere gestrigen Anmerkungen anlangt, so richteten sich diese selbstverständlich nicht gegen die Kommission, sondern nur gegen die Arbeiter der betr. Firmen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Angabe in den Briefen der Unternehmer, die Arbeiter hätten nicht verhandeln wollen, der Wahrheit entsprach.

Der Ausstand der Tapezierer bei der Firma „Berliner Möbelhalle“, Wallstr. 25, ist zu ungunsten der Arbeiter beendet. Als ein Fehler muß es bezeichnet werden, daß die Ausständigen erst nachdem sie die Arbeit niedergelegt hatten, an die Organisation herantreten.

Die bei der Firma Eduard Cohn, Charlottenstr. 49, ausgetretenen Differenzen sind zur beiderseitigen Zufriedenheit geschlichtet. Die Ortsverwaltung des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes, Jüliche Berlin.

Die Sammelliste Nr. 6 zur Deckung der Ankosten des Bauarbeiter-Kongresses ist verloren gegangen. Es wird gebeten, dieselbe abzugeben bei D. Hohensee, Nixdorf, Steinmehstr. 49, Tgb. III.

Deutsches Reich.

Die zwölfte Generalversammlung des Verbandes der Zimmerleute Deutschlands wird in der Zeit vom 20. bis 23. April in Halberstadt im „Odeum“, Braunschweigerstraße, abgehalten.

Die Schuhmacher in Lübben in der Lausitz stellten folgende Forderungen auf: Einführung eines einheitlichen Lohntarifs in sämtlichen Geschäften, Lieferung sämtlicher Fortwärtigen, Einrichtung von Betriebswerkstätten bis zum 1. Januar 1898, sämtliche Arbeiter sollen in der Krankenkasse versichert werden.

Der Beschluß des Gewerkschaftsartikels in Lübeck, den Streik bei Carl Thiel u. Söhne für beendet zu erklären, haben außer den Streikenden die beteiligten Zahlstellen der Verbände der Metallarbeiter und Fabrik-, Land-, Gipsarbeiter und Arbeiterinnen als für sie bindend nicht anerkannt, da zur Aufhebung des Streiks nur die Streikenden selbst berechtigt seien.

Die Maurer und Puhler Stettins befinden sich mit den Unternehmern in Lohnunterschieden. Auf einigen Bauten wird der Versuch gemacht, den Lohn der Maurer auf 42 1/2 Pf. die Stunde zu reduzieren.

Ueber den Ausstand in der Zuckerfabrik in Tangermünde wird telegraphiert: 1600 Arbeiter streiken, darunter 400 Mädchen.

Die Schiffszimmerer auf der Beddel bei Hamburg sind am 10. März d. J. in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderung ist 46 Pf. Stundenlohn, wie derselbe überall in Hamburg gezahlt wird.

Die Schiffskloster der Aktiengesellschaft „Weser“ sind, wie die „Bremer Bürgerzeitung“ meldet, mit der Werkdirektion wegen Lohnunterschieden in Unterhandlungen eingetreten.

Der Tischlerstreik in Ebersfeld-Warmen hat unerwartet eine starke Wendung bekommen. Die Fabrikanten in Ebersfeld haben in einer Sitzung, an der auch aus Warmen mehrere Interessenten theilnahmen, beschlossen, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen.

In einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung, die am Sonntag in Altendorf bei Essen abgehalten wurde, gab der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute, Bergmann Brust, eine wichtige Erklärung ab.

Das ist, bemerkt die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung dazu, eine entschiedene Sprache. Ob die Handlungen des Gewerkschaftsvereins derselben entsprechen werden, muß die Zeit lehren.

Von der Polizeidirektion in Hildesheim waren durch Verfügung vom 28. April 1896 alle dortigen Gewerkschaften auf Grund von § 8 des Vereinsgesetzes als politische Vereine erklärt worden, darunter auch der Ortsverein des Buchdrucker-Verbandes.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Agitationskommission der Schuhmacher erklärt unsere gestrige Notiz betr. die Differenzen bei Kallmann u. Rosenthal und Groß als im wesentlichen von falschen Voraussetzungen ausgehend. Denn es sei von Seiten der Agitationskommission zu wiederholten Malen an den Verband der Unternehmer sowohl, als auch an einzelne Mitglieder des Verbandes das Verlangen gerichtet, zu verhandeln.



mittheil, dem Vorstande des Ortsvereins der Buchdrucker unterm 27. Februar d. J. von der Hildesheimer Polizeidirektion die Mittheilung geworden, daß die Verfügung vom 22. April 1896 zur Ausführung ist.

In Hannover werden die Stuckateure auf einigen Plätzen dafür verantwortlich gemacht, wenn beim Stuckansetzen Fugen springen. Eine Versammlung beschloß nun, daß die Stuckateure die Verantwortung hierfür abzulehnen haben, wenn das Fugenspringen in der Verwendung rohen Materials oder im Aufstellen von Kanktöpfen in den Arbeitsräumen seine Ursache hat. Sollten hieraus Differenzen entstehen, so haben die organisierten Stuckateure auf Kosten der Gewerkschaft den Rechtsweg zu beschreiten.

In Leipzig haben, wie uns berichtet wird, 33 Kollutscher der Expeditionfirma J. Schneider u. Komp. die Arbeit eingestellt, da ihnen ihre Forderung, 18 M. Wochenlohn, nicht bewilligt worden ist. Bisher hatten diese Arbeiter bei 14-17 stündiger Arbeitszeit 14-16,50 M. Wochenlohn erhalten. Die bei der Firma beschäftigten Auslader haben gestern zum Theil die Arbeit der Ausständigen gemacht. Heute haben außerdem noch 12 Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen. Den Streikbrechern sind besondere Gratifikationen gewährt worden, während die Ausständigen insgesamt nur zu den alten Bedingungen wieder in Arbeit genommen werden sollen.

Die Schriftgießer Leipzigs haben am 8. März in allen Schriftgießereien den neuen Tarif vorgelegt.

Gewerkschaftliches. Wegen Verleumdung des Seher's Reputations in Erfurt wurde der Redakteur des „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker, Metzger, vom Schöffengericht in Leipzig zu 20 M. Strafe verurtheilt. In einem Bericht aus Erfurt hatte der „Korrespondent“ verschiedene Mittheilungen über die frühere Thätigkeit des Klägers während des Streiks wiedergegeben.

Der Streik der Steinarbeiter in Niesa dauert jetzt schon fünf Wochen und ist sein Ende noch nicht abzusehen. Wir ersuchen daher die Gewerkschaften Deutschlands, uns thätig zu unterstützen, dann werden wir auch unsere Forderungen aufrecht erhalten können. Es sind zur Zeit 33 verheiratete Kollegen mit 67 Kindern zu unterstützen. Anfragen und Sendungen sind zu richten an Emil Maß in Niesa, Rundtheil 19.

Für den Textilarbeiter-Verband unternahm in der Zeit vom 26. Februar bis 7. März Frau Greifenberg eine Agitationstour durch Sachsen. Die Versammlungen fanden statt in Lindenau, Gohlis, Schönfeld, Großschänke, Meißen, Freiberg, Banzen, Gerzdorf und Albersdorf in Böhmen. Der Besuch war allgemein gut und der Verband hat an Mitgliedern neuen Zuwachs bekommen.

Gewerkschaftlich organisiert waren in der Stadt Altenburg im vorigen Jahre in 20 Berufen 1994 Arbeiter und 207 Arbeiterinnen, zusammen 2141 Personen. 4429 Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter 892 Lehrlinge, gehörten keiner Gewerkschaft an.

In Offenbach-Oberrad haben die Schuhfabrikanten erklärt, daß sie nur mit ihren Personalen, nicht mit der Lohnkommission verhandeln wollen. Eine öffentliche Schuhmacher-versammlung trug dem insoweit Rechnung, als sie die Kommissionen der verschiedenen Fabriken beauftragte, jede für sich mit dem betreffenden Fabrikanten zu verhandeln; endgiltige Abmachungen sollen jedoch nur mit Zustimmung der Lohnkommission der Gesamtheit getroffen werden.

Nachdem eine Anzahl Firmen sich mit den Arbeitern geeinigt haben, sind an dem Kampfe noch 394 Arbeiter und 46 Arbeiterinnen, insgesamt 440 Personen theilhaft; davon sind 209 verheiratet, die Zahl der von ihnen zu ernährenden Kinder beträgt 357.

In Nürnberg war in der Heymann'schen Schuhfabrik ein Streik ausgebrochen, woran ca. 120 Mann theilhaft waren. Nach zweitägiger Dauer wurde der Ausstand beigelegt. Der Unternehmer machte folgende Zugeständnisse: Erhöhung der Akkordpreise um 8-20 pCt.; von den Ausgaben für Provisionen werden 2/3 zurückerstattet; Anerkennung der Organisation; keine Maßregelung.

Der Streik der Textilarbeiter in Erlangen ist noch nicht beigelegt. Von den Arbeiterinnen sind nur 12-15 zur Arbeit zurückgekehrt, die übrigen, 56 an der Zahl, sehen den Ausstand fort. Dagegen hat ein größerer Theil der Männer die Arbeit aufgenommen.

#### Ausland.

Aus der Schweiz liegen über die Bewegung unter den Angestellten der Nordostbahn folgende Depeschen des Wolff's Bureaus vor:

Zürich, 11. März. Der Chef des Eisenbahndepartements, Bundesrath Jemp hat heute Vormittag den Generalsekretär Dr. Sourbed in einem Telegramm eindringlich ermahnt, das Ergebnis der Thätigkeit der Kommission des Verwaltungsraths der Nordostbahn abzuwarten, da die Folgen einer Betriebs-einstellung sehr schwere seien und die Verantwortlichkeit dafür dem Personal zur Last fallen würde. Inzwischen wurde heute Abend in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung von Angestellten der Nordostbahn mit großer Mehrheit der Ausstand beschlossen, während ein Antrag auf Abwarten im Sinne des Jemp'schen Telegrammes nur vier Stimmen erhielt. Die Regierung tagt ununterbrochen und sandte nochmals ein Telegramm an den Bundesrath mit dem Ersuchen, der gegenwärtigen Lage unter allen Umständen ein Ende zu machen. Das Militär ist in der Kaserne konfiguriert. Ein Gerücht, nach welchem die Regierung zwei Bataillone aufgedoten haben soll, ist jedoch unbegründet.

Bern, 11. März. Der Bundesrath hielt heute Abend eine Sitzung ab, um die Lage bezüglich der drohenden Arbeits-einstellung der Eisenbahngestellten zu besprechen. Endgiltige Beschlüsse wurden einstweilen noch nicht gefaßt. Für den Fall des Ausstandes wurden ungefähre dieselben Maßnahmen vorgegeben wie für den vorjährigen ähnlichen Anlaß. Eine Abordnung des Bundesraths soll sich nach Eintritt des Ausstandes sofort nach Zürich begeben und von dort aus Vorschläge an den Bundesrath machen.

Zürich, 12. März. Der Ausstand der Angestellten der Nordostbahn hat heute früh begonnen; auf dem ganzen Bahnnetze verkehrte kein Frähszug; die Mühle ist nicht geföhrt.

Zürich, 12. März. Der Verwaltungsrath der Nordostbahn ist für Sonnabend Vormittag 10 Uhr hierher einberufen worden. In den Kreisen der Direktion ist man der Meinung, der Ausstand werde wenigstens vier Tage dauern. Die Ausständigen verhalten sich ruhig. Zur Aufrechterhaltung der internationalen Verbindungen soll Personal von auswärts herangezogen werden.

Die Glasergesellen in Ropenhagen und Frederiks-borg haben die Arbeit niedergelegt. Bisher erhielten die festangestellten Arbeiter 18 Kr. wöchentlich und die Anstülfe-Arbeiter 4 Kr. täglich. Die Arbeiter hatten nun einen festen Wochenlohn von 20 Kr. verlangt. Die Meister wollen aber nicht nur diesen nicht gewähren, sondern noch den Lohn der Hilfsarbeiter auf 3 Kr. pro Tag herabsetzen. 26 Kleinmeister haben den Tarif der Arbeiter unterschrieben; sie beschäftigen aber nur 28 Arbeiter, während 52 Meister mit 59 Arbeitern sich weigern. Der Streik umfaßt also 59 Personen. Der Sieg ist ziemlich sicher, da alle Glaser organisiert sind.

In Stockholm streiten 800 Telephonistinnen der Allgemeinen Telephon-Gesellschaft. Nur 29 Damen wagten aus Furcht vor Verabschiedung nicht mitzugehen. Ursachen des Streiks sind: das Benehmen des Direktors gegenüber den Damen, daß deren guten Ruf gefährdet. Es laufen darüber in Stockholm die bösesten Gerüchte um. Ferner verlangen die Telephonistinnen monatlich 60 Kr. Gehalt (Statt jetzt 40-45 Kr.), Herabsetzung der Arbeitszeit

und bessere hygienische Einrichtung der Telephonlokale. Die Direktion beschließt jetzt die 29 muthlosen Damen, 40 Schülerinnen und 20 frühere Telephonistinnen, die sich zu Streikbrecherdiensten hergeben. Die 20 Telephonistinnen der Bellgesellschaft haben sich dem Streik angeschlossen. Auch die Reichs-Telephonistinnen fordern 60 Kr. Monatslohn und drohen mit Arbeitsniederlegung. Sie erhalten jetzt, wie es in einem Schreiben an die Direktion heißt, Hungerlöhne.

#### Kommunales.

Der Ausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage wegen Abschluß eines Vertrages mit der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft und der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft über Umwandlung des Pferdebahnbetriebes in einen elektromotorischen Betrieb setzte unter Vorsitz des Stadtverordneten Justizrath Meyer und in Anwesenheit des Bürgermeisters Rischner, des Stadtbauraths Geh. Bauraths Dr. Hohrecht, des Syndikus Neubrunt, des Magistrats-Messors Alberti und des Stadtelektrikers Dr. Kallmann heute seine Beratungen fort. Es wurde in der ersten Lesung fortgefahren. §§ 25 und 26 (Reinigung, Versprengung und Beleuchtung des Bahntörpers), § 27 (Ausschluß von Betriebsunterbrechungen) wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Ebenso gelangten § 28 (Rechtsverhältnisse bei Schadenersatzansprüchen) und § 29 (Anordnung von Behörden) zur Annahme. Eine eingehende Diskussion knüpfte sich an den § 30 betreffend Kreuzung, Anschluß und Mitbenutzung der Anlagen zum Betriebe von anderen Bahnen. Der Paragraph betrifft somit die eventuellen Konkurrenzunternehmungen. Der Magistrat und die Verkehrs-Deputation hatte die Bestimmung getroffen, daß die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft sich diese Mitbenutzung durch andere Unternehmer auf eine Länge von 400 Meter auf je einer Linie des Bahnplans gefallen lassen müsse und nur auf den Strecken Zeltenerstraße und Schöneberger Ufer, Yorkstraße und Landsberger Allee längere Strecken als 400 Meter mitbefahren werden dürfen. Der Ausschuh hat mit 11 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Mitbenutzung der Anlagen durch andere Unternehmer von 400 Meter auf 650 Meter zu erhöhen.

Der kürzlich abgeschlossene Verwaltungsbericht des Magistrats über die städtischen Kanalisationswerke und Nieselfelder für das Rechnungsjahr 1. April 1895/96 gewährt einen interessanten Einblick in das gegenwärtige Entwicklungsstadium des großartigen Werkes. Das Netz von Kanälen und Leitungen ist im Berichtsjahre in gleichen Schritten mit der baulichen Veränderung und Entwicklung des Stadtgebietes aufgebaut worden. Neu angefaßt wurden in den 11 verschiedenen Abtheilungen (Radialsystemen) der Stadt 2493,86 Meter gemauerte Kanäle und 27 103,99 Meter Thonrohr-Leitungen. In den Gebietsstellen der benachbarten Gemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Lichtenberg, denen vertragsmäßig der Anschluß an die Kanalisation von Berlin gestattet ist, sind außerdem 5869,19 Meter Thonrohr-Leitungen und 2,27 Meter gemauerte Kanäle gebaut worden. Am 31. März 1896 bargen die Straßen von Berlin 777 793,84 Meter Kanäle und Leitungen, d. h. 103 1/2 geographische Meilen, und die Straßen des Anschlußgebietes der Nachbar-gemeinden 32 512,76 Meter, d. h. 4 1/2 geographische Meilen. Dem angeschlossenen Stadtgebiet und den Nachbargebieten entspräche während des Berichtsjahres eine Abwässerungsmenge von 69 812 018 Kubikmeter, d. h. 190 717,86 Kubikmeter pro Tag. Die Abwässerung werden mittels Druckrohr-Leitungen durch Maschinenkraft den städtischen Nieselfeldern zugeführt. Sie gelangen während des Berichtsjahres auf eine für die planmäßige Veriefelung hergerichtete Fläche von 5420,21 Hektar, während der ganze Bestands an Nieselfeldern einschließlich der bebauten Flächen, der Gewässer, Gräben, Dämme, des Unlandes und des von der Veriefelung ausgeschlossen oder zur Veriefelung noch nicht hergerichteten Terrains 9251,87 Hektar beträgt. Von den Verwaltungsbezirken im Norden von Berlin haben die Bezirke Fichtenberg und Malchow einen ansehnlichen Anbau an abgeworfen, während der neuere Bezirk Blankensee, der sich noch in einem großen Theil seiner Felder im Uebergangsstadium befindet, einen Zuschuh erfordert. Einen weiteren Zuschuh erforderten auch die im Süden von Berlin gelegenen Güter. Im ganzen beläuft sich der Zuschuh (im vorigen Berichtsjahre noch ca. 188 000 M.) auf ca. 70 000 M.

Das Magistratskollegium genehmigte den Vorschlag der Schuldeputation, daß den Kindern von städtischen Beamten, welche an auswärtigen städtischen Anstalten angestellt sind und daselbst wohnen müssen, bei dem Besuche der Realschulen nur das für die Berliner Einwohner bestimmte niedrige Schulgeld berechnet werden soll.

Mit Bezug auf die an die städtischen Behörden gerichtete Petition des Berliner Gymnasiallehrer-Vereins ist in der letzten Sitzung des Staatsauschusses der Stadtverordneten-Versammlung angeregt worden, in den Etat der höheren Schulen ein Pauschquantum einzustellen, damit für den Fall der Annahme der staatlichen Beförderungsverordnungen für die Oberlehrer an den königlichen Anstalten die nötigen Fonds zur Gewährung von Zulagen an die städtischen Oberlehrer zur Verfügung ständen. Der Staatsauschuh ist auf diese Anregung nicht eingegangen, da er der Ansicht war, daß in dieser Frage zunächst das Zustandekommen der bezüglichen Gesetzesvorlage und sodann die Anträge des Magistrats abzuwarten seien.

Der Oberpräsident hat sich, wie bekannt, mit der von den städtischen Behörden beschlossenen Aenderung der Grundsteuer-Ordnung mit Weglassung der Hauptsteuer einverstanden erklärt. Die in den Zeitungen enthaltenen gewesene Notiz, daß auch die Umsatzsteuer befristet sei, ist insofern unrichtig, als eine allerdings nur unbedeutende Abweichung gegen den Magistratsentwurf sich ergeben hat. Infolge dessen hat die Stadtverordneten-Versammlung sich mit der Erledigung dieses Anstandes noch zu beschäftigen.

Im Bureau für die Kanalisations-Verwaltung will der Magistrat den zweiten und dritten Stock in dem Hause Heiliggeiststraße 13-14, das bis zur Burgstraße durchgeht, zum jährlichen Preise von 40 500 M. mieten. Der Miethvertrag soll auf die Dauer von 10 Jahren geschlossen werden. Der Stadtverordneten-Versammlung wird eine diesbezügliche Vorlage zur Genehmigung zugehen.

Zum Bureau-Vorsicher der städtischen Grundeigentums-Deputation ist an Stelle des am 1. Juli er. in den Ruhestand tretenden Bureau-Vorsichters Hensfelder der Ober-Stadtssekretär Carl Gander I vom Magistratskollegium gewählt worden.

An den Fortbildungsanstalten, Fortbildungsschulen und Fachschulen soll nach Magistratsbeschlusse aus lauter Patriotismus der Unterricht auch am 29. März aus Anlaß der Zentenarfeier ausfallen.

#### Lokales.

Der Kartoffelbau durch Arme, den die Armenverwaltung bisher alljährlich auf zu diesem Zweck gepachteten Ländereien veranstaltet hat, um Linderndes, bedürftigen Familien Gelegenheit zu einem kleinen Ertragsverdienst zu bieten, soll vom nächsten Jahre ab eingehen. Wir haben früher mehrfach dargelegt, daß und warum sich diese Einrichtung längst überlebt hatte. Im Etatsjahr 1895/96 sind, nach dem letzten Verwaltungsbericht der Armenverwaltung, noch 2505 Familien mit 15 545 Personen, darunter 9801 Kinder unter 14 Jahren, berücksichtigt worden. Die Pargellen lagen, wie seit einer Reihe von Jahren, nur noch an der östlichen, nordöstlichen und nördlichen Reichslandgrenze. Der Bericht sagt, sie seien „für die Bedauer in mäßiger Zeit erreichbar“ gewesen. Danach muß angenommen werden, daß nur noch Bewohner dieser Stadttheile zugelassen worden sind; denn von der Gegend des Kreuzbergs, wo ja ebenfalls Arme wohnen, kann man die östliche, nordöstliche oder nördliche Grenze Berlins nicht „in mäßiger Zeit“ erreichen. Der Feldbau soll „im allgemeinen mit

Interesse und sachgemäß“ betrieben worden sein, doch hat, wie immer, „eine erhebliche Anzahl“ der Pargelleninhaber — frühere Berichte nannten hier bestimmte Zahlen, z. B. für 1892: 702 — an regelmäßige Fortsetzung der Arbeit und weitere Zahlung des Kostenbeitrages (7,50 M. in 5 Monatsraten) erinnert werden müssen. In 194 Fällen unterließ schließlich die Beitragszahlung ganz, doch wurde in 167 dieser Fälle den bedürftigsten Familien gestattet, trotzdem abzurufen. Pro Pargelle (à 400 Quadratmeter) wurden durchschnittlich 680 1/2 Kilogramm, das rund 9fache der Ausfaat, geerntet. Der Reingewinn betrug, wenn 100 Kilogramm Kartoffeln mit 5 M. berechnet werden und der von den Theilnehmern geleistete Kostenbeitrag abgezogen wird, durchschnittlich 26,96 M. pro Familie oder 4,29 pro Kopf. Wie viel Zeit und Kraft dafür darangelegt werden mußte, mögen die Fachleute beurtheilen. In schlechten Jahren ist das Mißverhältnis zwischen der geleisteten Arbeit und dem erzielten Gewinn natürlich noch größer. In dem sehr trockenen Jahre 1892 z. B. betrug der Reingewinn nur 13,86 M. pro Familie. Die Armenverwaltung hat freilich den „moralischen Nutzen“ dieser Einrichtung stets höher geschätzt als den materiellen Gewinn. Die Sache besteht hier seit 1838 und wurde namentlich in den ersten Jahren als eine vielversprechende Ertragsquelle gepriesen.

Zur Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser ist in der letzten Stadtverordneten-Sitzung vom Magistratsvertreter angeführt worden, daß z. B. das Krankenhaus Moabit im November 1896 mit durchschnittlich 576, im Dezember mit 645, im Januar 1897 mit 744, im Februar mit 834 Kranken pro Tag belegt gewesen sei, und daß eine so starke Zunahme besonders für den Februar nicht habe vorausgesehen werden können. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß gerade die Anstalt Moabit in den letzten Jahren regelmäßig im Februar die höchste Krankenzahl des ganzen Jahres gehabt hat. Sie war durchschnittlich belegt in den Monaten November bis Februar des Winters 1891/92: mit 599, 675, 733, 752; 1892/93: mit 415, 534, 644, 698; 1893/94: mit 610, 590, 626, 683; 1894/95: mit 624, 623, 682, 1895/96: mit 579, 640, 720, 747 Kranken. Die Steigerung kann also, obwohl sie in diesem Winter allerdings größer war als sonst, doch nicht so ganz unerwartet gekommen sein. Im übrigen weiß ja jedermann, daß die Klagen über zeitweilige Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser nicht erst von gestern und vorgestern sind, sondern sich schon seit mehreren Jahren in jedem Winter wiederholen. Die Komalität, von der in allererster Linie und fast ausschließlich die unbemittelte Bevölkerung getroffen wird, dürfte in den nächsten Jahren bis zur Fertigstellung des vierten städtischen Krankenhauses noch zunehmen.

Die armen Magistratsdamen. Aus dem Rathhause heraus klingt folgender Schmerzensschrei: „Die Magistratsmitglieder haben bereits ihre Karten zur Entpflanzungsfeierlichkeit am 22. d. M. erhalten. Es ist auffällig bemerkt worden, daß die Damen derselben bisher eine solche noch nicht erhalten haben, obwohl dem Vernehmen nach bereits Damenkarten verausgabt worden sind. Sollte das letztere sich bestätigen, so wäre das um so auffälliger, als doch die Gemeindeverwaltung ein reges Interesse für die bevorstehenden Feierlichkeiten gezeigt hat.“ Es ist allerdings in hohem Grade rüchlos, für 160 000 M. Steuergroschen nicht einmal die Magistratsdamen am patriotischen Schaugepränge theilnehmen zu lassen. Wie nun, wenn die männlichen Magistratsmitglieder, durch ihre besseren Gehältern „verhext“, sich unterstützen, die Zentenarfeier zu ignorieren!

Von Vorderindien bis nach Hinterpommern hat sich unser auch in Berlin gebräuchliches „Nanu“ verirrt. Diese lustige Entdeckung hat Professor Neulenz auf seiner Reise in Indien gemacht. Er schreibt in seinem sehr unterhaltenden Buch „Eine Reise quer durch Indien“ (Allg. Verein f. deutsche Lit.) folgendes: „... Auf einmal klang es aus Dscheddys schwachem Munde: „Nanu!“ mit einem so heimlich klingenden Ausdruck des fragenden Staunens, daß wir alle unwillkürlich in ein gemeinsames „Nanu!“ ausbrachen. Dies kleine Impromptu hatte ich fast ganz vergessen, als ich zu meinem Erstaunen ausfaß, daß „nann“ wirklich ein indisches, obenrein ein Sanskritwort ist! Und der drolligste Zufall von der Welt will, daß es ganz und gar dieselbe Bedeutung hat wie bei uns! Frage nach Ursache, Zustimmung, Zweifel, Vorwurf, Bitte, Beschäftigung, kurz alles, was der Berliner je nach Betonung, Achselbewegung, Miene in das ausdrucksreichste seiner Wörter „hineinlegt“, bringt auch der Indier, und unter denselben männlichen Formen damit zum Ausdruck. Der Berliner kann viel; daß er aber auch Sanskrit kann, das haben seine Neider noch nicht gewußt.“

Der „Ev. Kirchl. Anz.“ meldet jetzt bestimmt, daß das Konfistorium der Provinz Brandenburg sowohl dem Prediger Dr. Scipio, der in der Dorotheengemeinde vom Magistrat als Patron präsentirt war, als auch dem in Sophien von der Gemeindevertretung gewählten Prediger Strauß die Bestätigung verweigert hat. Das finden wir sehr bedauerlich.

Ueber eine neue Verschlechterung der Beziehungen zwischen Polizei und bürgerlicher Presse weiß die „Märk. Volks-Ztg.“ zu berichten: „Während die Kriminalpolizei noch am 23. Oktober vorigen Jahres in der Lage war, der Redaktion der Märkischen Volks-Ztg. die kriminalpolizeilichen Mittheilungen zuzustellen, erklärte das Polizeipräsidium endlich im Februar dieses Jahres, daß die dienstlichen Verhältnisse nur eine direkte Verbindung an 16 hiesige Blätter und an das „Wolff'sche Telegraphenbureau“ gestatten würden. Was also im Oktober 1896 noch möglich war, ist im Februar 1897 unmöglich geworden. Der jüngste Merdanfall auf den Fandeleiter Feidler ist indes wieder ein neuer Beweis dafür, daß die Kriminalpolizei allen Anlaß hätte, sich der Presse ohne Ausnahme zu bedienen. Wenn die „Erwägungen“ nichts Besseres zu Stande gebracht haben sollten, als sich der Vermittlerrolle des Wolff'schen Bureaus zu bedienen, dann darf man jede auf die „Erwägungen“ verordnete Stunde bedauern. Dazu kommt, daß das Wolff'sche Bureau der „Märk. Volks-Ztg.“ auf eine Anfrage mittheilte, daß es nicht alle, sondern nur die „interessantesten“ Fälle an die Redaktionen weitergäbe.“ Der geschickte Nachrichtenendienst ist der Polizei und der preussischen Intelligenz würdig.

Die Bezirkskommandos I und II Berlin verlegten am 1. April ihre Dienststrassen nach dem neuen Landwehr-Dienstgebäude auf dem Tempelhofer Felde, an der General-Papestraße bei der Kofonnenbrücke, in dem die Bezirkskommandos III und IV schon seit Jahresfrist untergebracht sind.

In dem gepferrten Lokale von Keller in der Köpcke'schen Straße giebt heute die Futfabrik von F. Bambus u. Co., Chauffee-Str. 67, die sich während des vorigen Jahres am meisten in der Maßregelung der Arbeiter hervorthat, ihrem Personal ein Vergnügen, zu welchem von den Unternehmern baare 250 M. gespendet sind. Wird das eine harmonische Schmelzerei werden!

Die Zahlungsschwierigkeiten der Firma Max Simon sind bedeutend größer, als ursprünglich angenommen wurde. Die Posten belaufen sich auf ca. 1 800 000 M., denen ca. 300 000 M. Aktiven an Baarenbestand gegenüberstehen.

In dem Befinden des Einjährig-Freiwilligen Borties vom 4. Garde-Regiment zu Fuß, der sich am Sonntag vor acht Tagen im Thiergarten in dem Augenblick, als der Kaiser vorüberfuhr, zwei Revolverlugeln in den Kopf jagte, ist gestern eine Wendung eingetreten, die es sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob man den jungen Mann wird am Leben erhalten können. Ein Bruder von ihm, der als Einjährig-Freiwilliger in einem schlesischen Regimente dient, ist seit vier Tagen hier auf Urlaub. Borties's Eltern leben in Pommern, die Kinder sind in Deutschland naturalisirt. Der Schwerverwundete ist Apotheker.

An der Hobelmaschine schwer verunglückt ist der 26 Jahre alte Hobler Hermann Köhler, der in der Chauffee-Str. 28 bei Hoffmann wohnt. Der junge Mann geriet in der Schwachkoppl'schen Maschinenfabrik so unglücklich in das Getriebe der Hobelmaschine, daß ihm die rechte Hand fast vollständig abgequetscht wurde. Da man ihn



us der Sanitätswoche nicht helfen konnte, so mußte man ihn noch in der Nacht in ein Krankenhaus bringen.

Ueber das Schicksal der elektrischen Thurmabahn ist jetzt endgültig entschieden. Der Riesenbau ist von einem Unternehmer gekauft und wird in Barren aufgestellt werden. Der Abriß der Bahn erfordert 30 000 M.

Von einem Pferdebahnwagen wurde am Freitag Morgen 8 Uhr die 17 Jahre alte Tochter Alma der Pförtner Rochmann'schen Eheleute aus der Wilhelmstr. 8 a vor dem Hause Oranienstr. 135 so unglücklich an beiden Beinen überfahren, daß die Wundverwundung in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Mit dem wegen des Diebstahls im Hohenzollernmuseum verhafteten Kaufmann Adolf Kay aus Pforzheim hat die Behörde einen vorzüglichen Gang gemacht. Adolf Kay ist ein sehr gewiegter Verbrecher. Er war bereits anfangs dieses Monats als der Mordthat in Reichen verhaftet worden, wurde jedoch, da sich seine Unschuld dortselbst herausstellte, alsbald wieder entlassen. Kay reiste unter allen möglichen Namen und Verkleidungen. Er ist in Leipzig wegen verschiedener Schwundersachen verhaftet, trieb sich dann eine Zeit lang in Dresden als Lieutenant Baron Sternheim in Offiziersuniform herum und verübte dort verschiedene Gaunerstreiche. In Berlin ist er wiederholt „thätig“ gewesen.

In der Ludwigschen Juwelen-Diebstahlsache hat die Staatsanwaltschaft hinter den russischen Kaufmann Rosenzweig und Samokowicz Stedtrische erlassen. Ihre Spur wird nach zwei Richtungen hin verfolgt. Während die verhafteten Einbrecher Schmidt und Hertel und der als Helfer in Haft genommene Arbeiter Sommerfeld übereinstimmend angeben, daß Rosenzweig und Samokowicz über Amsterdam nach England entflohen sind, sprechen Anzeichen dafür, daß Beide ihren Weg nach Rußland genommen haben, und wahrscheinlich in Warschau sich noch aufhalten. Dort befindet sich, wie in Spigubenskreisen bekannt ist, eine förmliche Gesellschaft von Diebheuern, die nur Gold, Silberfachen und Juwelen kaufen, und diese dann nach dem Innern von Rußland weiter verschicken. Man nimmt auch an, daß die Baarenlager aus den großen Juwelen- und Schmuckfabriken von Linder, Oranienstraße, Janus u. Friedrich, Friedrichstraße, Reismüller, Kommandantenstraße, und Graumann, Kommandantenstraße, bei welchen vier Diebheuern es sich um Objekte von zusammen 130 000 Mark handelte, ebenfalls nach Rußland verschoben worden sind.

Die freie Liebe in der Praxis einer Ordnungsförderung. Der durchgegangene Polizei-Nachmeister H. Schmidt, von welchem dieser Tage gemeldet wurde, daß er ein Dienstmädchen aus der Straße „An den Felten“ unter der Marke des Liebenden Bräutigams um 11 000 M. beschwindelt habe und am Tage vor der festgesetzten Hochzeit nach Amerika verflücht sei, scheint den Heirathsschwindel Gangzettel betrieblen zu haben. Bisher haben sich acht weibliche Personen gemeldet, welchen Schmidt, der verheiratet und Familienvater ist, die Ehe versprochen hat und die er ihnen ließ, nachdem er denselben unter falschen Vorpiegelungen ihr Vermögen abgenommen hat. Sämtliche Fälle liegen aber in neuester Zeit, so daß es wahrscheinlich ist, daß der noch verhältnismäßig junge Mann, der sich auf Kosten der Steuerzahler pensioniren lassen mußte, doch von seiner Pension nicht hätte leben können, nach einem großen und einseitigen Plane gehandelt hat, und den Heirathsschwindel als bestes Mittel ansah, um leicht und schnell zu Gelde zu kommen, mit welchem er ins Ausland gehen konnte, womit er gleichzeitig seine Familie, Frau und drei Kinder, von denen er getrennt lebte, los wurde. Die Pensionierung ist im November erfolgt, die Diebstahlsverhältnisse, die er vor der Pensionierung eingeleitet, hat er bis zu seiner Flucht fortgesetzt. Unter einigen tausend Mark hat er aber kein Verhältnis angeknüpft, wenn er fand, daß die Mitgift geringer war, sprang er bald ab. Außer der erst bekannt gewordenen 11 000 M. hat er einer Wittwe 8000 M. abgeschwindelt.

Die Duffenstraße von der Bernauer- bis zur Straßburgerstraße wird wegen Umpflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Unteroffizier der Reserve beim 2. Garde-Regiment, Ingenieur Paulmann aus Hannover, hat sich am Freitag Morgen in der Kaserne erschossen. Er soll wegen geschäftlicher Verluste den Selbstmord begangen haben.

### Aus den Nachbarorten.

In Regel steht der Arbeiterchaft nur das Lokal von R. A. B. f. a. m. Schloßstr. 7, 8, zu Verfügung zur Verfügung. Den Vorwärts legen folgende Gastwirthe aus: Rentner, Spandauerstraße 15; Walter, Spandauerstr. 18; Kulina, Egelsstraße; Dirchholz, Schloßstraße.

In Adlershof weigern sich die folgenden Gastwirthe, der Arbeiterchaft ihre Lokalitäten zur Verfügung zu stellen: Wölffstein's Lustgarten und Stehbierhallen; Leopold, an der Bahn; Warschow, Bismarckstraße; Stippeloh, Oppenstraße; Haßmann, Oranienstraße; Wöhmer, Hadenbergstraße; Konrad, Kaiser Wilhelmstraße; Göpke, Bismarckstraße; und Schmalzer, Bismarckstraße. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß im Lokal des Herrn Schmalzer am Sonnabend, den 18. März, vom Naturheilverein ein Vortrag für Herren stattfindet. Wir bitten die Parteigenossen, sich streng nach der Lokalliste zu richten. Die Lokalcommission.

Die Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche dürfte in R. A. B. f. a. m. wesentlich durch eine Steuermaßregel verstärkt werden, welche dort von den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden ins Werk gesetzt ist. In diesem Vororte steht es mit den kirchlichen Finanzen äußerst miserabel. Die kirchlichen Körperschaften sowohl der evangelischen wie der katholischen Kirchengemeinde haben zur Deckung des Fehlbetrages der Kirchenkasse für das Rechnungsjahr 1896/97 die Erhebung einer procentualen Umlage von der staatslicherseits veranlagten Einkommensteuer beschlossen, zu welchem Beschlusse die Genehmigung der kirchlichen Ausschüsse nunmehr erteilt worden ist. Von den Mitgliedern der evangelischen Gemeinde werden 12%, pEt. der Staatsinkommensteuer und zwar bereits von dem niedrigen Einkommen von 900 M. an (Steuerjah 8 M. jährlich) und von den Mitgliedern der katholischen Gemeinde allerdings nur 10 pEt., aber sogar schon von einem Einkommen von 600 M. an (Steuerjah 4 M. jährlich) noch in diesem Monat durch die Rixdorfer Gemeindefolge erhoben werden.

Ueber die gegenwärtige Bevölkerungszahl der sich an Berlin unmittelbar anschließenden, also räumlich vollkommen zu der Reichshauptstadt gehörenden 12 Vorortgemeinden enthält die vor einigen Tagen an das Abgeordnetenhaus gesandte Petition des Eingemeindungs-Ausschusses der Societe sehr bemerkenswerthe genaue Feststellungen, aus denen hervorgeht, daß Berlin, wenn die betreffenden Vororte zur Zeit bereits ein „reines“ wären, schon heute eine Seelenzahl von 2 380 aufweisen würde. Das wichtigste dabei ist aber der weitere ziffermäßige Nachweis, daß die Bevölkerung dieser Orte, (Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Tempelhof, Rixdorf, Nimmelsburg, Treptow, Stralau, Lichterberg, Weißensee, Reinickendorf, Pankow) welche zusammen ein Gemeindegebiet von 12 731 Hektar, (Berlin 6450 Hektar) besitzen, in den letzten 7 Jahren, d. h. von der Volkszählung im Dezember 1890 bis zum 1. Januar d. J. um 50 000 angewachsen ist. Die praktische Regierungsweisheit bewirkt nun nicht, daß dieser immer rascher anwachsende Gürtel an Berlin angegliedert werde, sondern stützt mit Leibschmerzen darüber nach, wie es möglich sei, einer Vereinigung der Vororte mit der Hauptstadt vorzubeugen.

Die Spree, welche in diesem Jahr bei dem Thauwetter einen sehr niedrigen Wasserstand zeigte, steigt seit gestern ganz enorm. Während der Wasserstand am 10. d. M. im unteren Laufe normal war, stieg er innerhalb 24 Stunden um ca. 8 Zoll. Diese kolossale Anschwellung hält noch an und hat bereits, wie aus Ortser berichtet wird, dort zur Ueberschwemmung der Wiesen geführt.

## Kunst und Wissenschaft.

Friedrich-Wilhelms-Theater. Donnerstag wurde die Berliner Gesangsposse „Moderne Jungfrauen“, zu deren Ueberarbeitung sich die drei Herren Schmalow, Lewin und Bicher begeben, in diesem, auf die vielseitigste Weise den dramatischen Künsten gewidmeten Institut zum ersten Male aufgeführt. In dem Stück ist Herr Bicher am wenigsten schuldig, er hat nur ein bißchen Mühe dazu gemacht. Was aber Herrn Schmalow, den vielbeliebten Herrenabend-Dichter und Komiker des Schiller-Theaters betrifft, so scheint ihn der Hafer zu köchen. Warum mußte er dramatisch dichten? Es war der reine unnütze Uebermuth, daß er sich mit einem Kompanon hinsetzte und ein Stück wie die „Moderne Jungfrauen“ fabrizirte, deren Witz von so matronenhaftem Alter sind, daß sie einen wahren Spott auf den Titel bilden. Daß in Herrn Schmalow's Pöffe auch nicht andeutungsweise erwähnt ist, warum sie den angegebenen Namen trägt, möge noch hingehen; aber wie kann ein vernünftiger Mensch so alte Mäggchen, wie die Verlobung armer Schauspieler in Kleiderpinde und ihre Besichtigung mit bunten Schminkefarben in einem neuen Stücke als Hauptspäße darbieten? Es thut uns leid um Herrn Schmalow, wie um Herrn Direktor Samt, der am Abend vorher erst in einer verunglückten Vorstellung von Schiller's „Don Carlos“ wieder den mageren Trost des Entpelters Bräutig als Pfalter hinnehmen mußte, daß er und sein Personal in der Frigidität obenan, in der Nichtigkeit dagegen sehr hintenan sind. Möge das Friedrich-Wilhelms-Theater in der nächsten Saison reputirlicher, dem Publikum wie dem Künstlerpersonal näherliegende Stücke und entsprechend weniger Experimente bringen, die — ach! — so selten einmal glücken! —

Im Volks-Theater wurde gestern vor vollbesetztem Hause zum ersten Male die Posse „Signor Piffarello“ gegeben. Wenn Poffen den Hauptzweck haben, die Lachmuskeln des Publikums anzuregen, so hat das Stück diesen Zweck im höchsten Maße erreicht. Die Schauspieler, die zum Theil recht flott spielten, riefen, namentlich durch die theilweise recht guten Komplets, wahre Lachsalven hervor. — Der süddeutsche Postillon hat dieses Jahr eine sehr ansprechende Märznummer herausgebracht. Besonders Lob verdienen die Bilder. —

London, 10. März. Das „Strand Magazin“ berichtet über eine Unterredung, die ein Vertreter mit dem Italiener Marconi hatte, der mit seinen Apparaten eine Telegraphie ohne Drähte ermöglicht hat. Mr. Marconi, der noch nicht 22 Jahre alt ist, hatte sich längere Zeit damit beschäftigt, mit den Herz'schen Wellen zu Signalzwecken zu experimentiren. Er änderte die Herz'schen Apparate verschiedentlich ab und fand dabei eines Tages ganz zufällig, daß er mit einem abgeänderten Apparat im Stande war, Wellen zu erzeugen, die eine ganz andere weitreichende Wirkung besaßen, als die von Herz. Diese Wirkung besteht hauptsächlich in einem unbeschränkten Durchdringungsvermögen, während die Herz'schen Wellen durch Metall und Wasser aufgehalten werden. Marconi hat nicht wie gewöhnlich einen kugelförmigen Reflektor angewendet, weil die erzeugten Wellen eben alles durchdringen und weder gebrochen noch zurückgeworfen werden. Er hat im Gebäude des Hauptpostamts auf einer Entfernung von hundert Metern durch acht starke Wände hindurch Drahtmeldungen gesendet und empfangen. Er erklärte, im Stande zu sein, durch ganz London hindurch von seiner Wohnung nach dem Hauptpostamt zu telegraphiren. Die Entfernung hinge lediglich von der Stärke der erzeugenden Kraft und den Abmessungen der beiden Kondensatoren ab, von denen die Wellen aufgingen. Die Kraft der Wirkungen auf zwei Entfernungen verhalte sich wie bei dem Licht umgekehrt wie das Quadrat dieser Entfernungen. Mr. Marconi hält es nicht für unmöglich, späterhin mit seinen Apparaten eine Verbindung zwischen Newyork und London herzustellen. Er glaubt, daß als erzeugende Kraft hierzu 50—60 Pferbekräfte genügen werden. Die Kosten der Anlage würden wahrscheinlich noch nicht 10 000 Pfd.-Sterl. betragen. Da die Wellen von ihrem Erzeugungsort überall hingehen, so werden sie allerdings auch alle Orte erreichen, die ebenso weit entfernt sind, wie Newyork. Marconi ist aber der Ueberzeugung, daß es gelingen wird, ihnen eine bestimmte Richtung vorzuschreiben. Einen besonderen Vortheil erblickt er in der Nachbarmachung der Wellen für Leuchthäuser und Leuchtthürme u. s. w., wenn Nebel ihrem Licht ein Hinderniß entgegenzusetzen sollten. Die Leuchtanstalten würden dann eine händliche Quelle elektrischer Wellen sein. Der Aufnahme-Apparat auf den nahenden Schiffen würde rechtzeitig die Lage des Leuchthauses melden. Der Apparat läßt sich auch in gleicher Weise auf den Schiffen anwenden, um die Gefahr des Zusammenstoßes von 2 Schiffen für die Zukunft auszuschließen. Somit sich 2 mit den Apparaten versehenen Schiffe einander nähern sollten, würde die Alarmglocke auf beiden Schiffen ertönen und ein Jeder die Richtung des anderen Schiffes anzeigen. Augenblicklich arbeiten Mr. Marconi und Mr. Preice, der Chef des elektrischen Departements der englischen Postverwaltung, daran, die Verbindung zwischen der Küste von Wales und den Leuchtanstalten daselbst herzustellen. Marconi ist der Ansicht, daß seine Apparate sich sehr gut zu Kriegszwecken eignen würden. Bei leichten, kleinen Apparaten seien Stäbe und Vorhut zu versehen, um eine einfache, sichere Verbindung zwischen beiden zu erzielen. Zur Entzündung von Land- und Wasserminen eignen sich die Apparate ebenfalls vortreflich, sie seien also zum Küstenschutz sehr gut verwendbar. Da die Wellen jedes Metall, überhaupt jedes Material durchdringen, ist also auch eine Entzündung des Pulvermagazins jedes nahenden Schiffes von jedem Leuchthaus aus möglich. In der Kriegsmarine aber selbst, von Schiff zu Schiff, sind die Apparate nicht verwendbar, weil der betreffende Signaltrabe sein eigenes Pulvermagazin zugleich zur Explosion bringen würde. Es fehlt eben hier noch die schon oben erwähnte Verbesserung, daß es ermöglicht wird, die Wellen nur in einer Richtung zu entsenden. — Anmerkung der Redaktion: Es wird sich empfehlen, erst weitere Berichte abzuwarten, ehe man sich über die Marconi'sche Entdeckung ein Urtheil bildet. —

## Gerichts-Beitrag.

Die Wäthe der Nation. Es ist heutzutage keine Art mehr mit den Studenten, daß sie jetzt so oft die Gerichte wegen Gewaltthatigkeiten, Beleidigung und dergleichen beschäftigen; nächste Woche habe ich wieder 4 Termine wegen Landfriedensbruchs, meinte der Vorsitzende der 133. Abtheilung des Landgerichts I in einer Verhandlung, in welcher sich der Kandidat Jacobus aus Soldau wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte eines Nachts auf der Straße ein natürliches Bedürfnis verrichtet und war dabei von dem Polizei-Nachmeister Bleil wiederholt, aber ohne Erfolg aufgefordert worden, bei Seite zu gehen, so daß sich der Beamte schließlich veranlaßt sah, den Angeklagten zur Wache zu führen. Es kam zwischen beiden zu einem Wortwechsel, der beiderseits ziemlich erregt geführt wurde; der Angeklagte meinte u. a., der Beamte solle sich mit seiner Pöbelhaube nur nicht für mehr halten, während der Nachmeister Bleil von „Freiheit“ sprach und den Angeklagten beim Arm faßte. Der laute und erregte Disput wurde bis zur Wache fortgesetzt; hier lärmte der Angeklagte während der Festhaltung seiner Personalien so laut, daß ihn der Nachmeister wiederholt zur Ruhe auffordern mußte. Plötzlich trat der Angeklagte ganz nahe an den Nachmeister heran und rief: „Sie sind ein ganz unverkennbarer Dummel!“ Darauf wurde er von dem Beamten zurückgestoßen, daß ihm sein Knie auf den Boden fiel und zerbrach. Vorher hatte er den Beamten noch damit verhöhnt, daß er ihm seine Sprachfehler verbesse, z. B. wenn der Nachmeister „mir“ sagte, wo es „nich“ heißen mußte und umgekehrt. Der Angeklagte behauptet nun, der Nachmeister Bleil habe zuerst von Unverschämtheit gesprochen und er ihm dann allerdings hypothetisch erwidert: wenn das eine Unverschämtheit ist, dann sind Sie u. s. w. Auch behauptete der Angeklagte, der Nachmeister habe ihn nicht zurückgestoßen, sondern ihm einen heftigen Schlag ins Gesicht versetzt. Die übrigen als Zeugen vernommenen Beamten haben von diesem

Schlage nichts gesehen, sie haben auch nicht gehört, daß der Nachmeister das Wort „Unverschämtheit“ gebraucht u. s. w. Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe, der Angeklagte dagegen Kompensation. Der Gerichtshof erkannte auf nur 30 M. Geldstrafe. Wie hoch wäre ein ausständiger Arbeiter bestraft worden, der sich ähnlicher Freigeleiten schuldig gemacht hätte?

Ein Landfriedensbruch am Todensontage beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht I. Die Anklage richtete sich gegen den achtmal vorbestraften Lötzer Richard Binder, den gleichfalls vorbestraften Arbeiter Max Berchner, den Arbeiter Heinrich Hecht, den neunmal vorbestraften Händler Max Stein und den Lötzer Emil Wachsmuth. Den Angeklagten standen die Rechtsanwälte Dr. Bielschowski, Dr. Volter!, Jac. Cohn, Dr. Berthauer und Cohn ein als Vertheidiger zur Seite, den Vorsitz führte Landgerichts-Direktor Weinmann. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Kaysow. Die Angeklagten hatten am Todensontage, 22. November, an einem Begräbniß in Weiskensee theilgenommen, waren dann in einer Gastwirtschaft eingelebt und gingen gegen 2 Uhr nachmittags mit anderen Personen ihren Weis in der Prenzlauer Allee belegenden Wohnungen zu. Dabei hatten sie das Gehöft des Stellmachers Wilhelm Thew's, Prenzlauer Allee 147 zu passiren. Thew's hatte Tags vorher hart an dem Wege eine Umfassungsmauer aufrichten lassen, bei welcher als Bindemittel Lehm gebraucht worden war. Als die Angeklagten an der Mauer vorüberkamen, meinte der eine: „Die hat ein Lötzer gemacht!“ und Berchner und Hecht machten sich sofort daran, aus der obersten Steinreihe der Mauer Steine heraus zu reißen und auf das Gehöft zu werfen. Thew's, der dies wahrnahm, stürzte mit den Worten: „Ihr Lämmel, Ihr Strolche, was macht Ihr denn da?“ auf den Hof los, die Angerufenen ließen sich aber nicht hören, sondern rissen die Mauer weiter ein. Als Thew's dem Zerwürfswerke wehren wollte, stürzten die Angeklagten auf ihn und schlugen mit allem, was sie gerade in die Hände belamen, auf ihn ein. Der Sohn des Thew's, der mit dem Abfahren eines Wagens mit Müll außerhalb des Gehöfts beschäftigt war, sprang seinem Vater auf dessen Hilferufe bei und schlug mit dem umgekehrten Peitschenstiel auf die Angreifer ein, Binder entwand ihm aber die Peitsche und nun wurde er selbst von allen Seiten mit Hieben und Stößen mißhandelt. In seiner Nothlage rief der alte Thew's einem Gefellen zu, ihm sein Gewehr herauszubringen und als er im Besitze desselben war, rief er den Angreifern zu, Platz zu machen, widrigenfalls er einen niederschließen würde. Er legte auch auf Berchner an und drückte ab; es stellte sich aber heraus, daß das Gewehr nicht geladen war. Dies war das Signal für einen allgemeinen Aufruhr auf den alten Thew's. Alle stürzten über ihn her und bearbeiteten ihn mit Schirmen, Stöcken, Steinen. Der Kravall hatte etwa 30—40 Personen herbeigezogen. Uebel zugerichtet mußten die beiden Thew's sich durch die Mauerlücke auf den Hof und von da in das Haus zurückziehen. Nun begannen die Thew'schen Bombardement mit Steinen; sie begannen sich aber nicht damit, einige Fensterheiden zu zertrümmern, ihre Wuth richtete sich vielmehr auch gegen das schuldige Pferd von dem Thew'schen Wagen, welches sie mit Steinen bewarfen. Das Pferd hat acht Tage im Stalle stehen müssen. Der junge Thew's ist 14 Tage arbeitsunfähig gewesen, der alte Thew's ist infolge der erlittenen Verletzungen noch heute nicht im Stande, irgend eine Arbeit zu verrichten, ist vielmehr krank und elend geworden.

Der Staatsanwalt kam auf grund der Beweisaufnahme zu dem Ergebniß, daß die Angeklagten im vollen Umfange der Anklage überführt seien. Er empfahl aber den Geschworenen, den Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen.

Die Vertheidigung suchte den Nachweis zu führen, daß der Begriff des Landfriedensbruchs durch das Verhalten der Angeklagten noch nicht erfüllt sei.

Die Geschworenen vernahmten die Schuldfragen betreffend den Landfriedensbruch, bejahten dagegen die Schuldfragen betreffend die schwere Körperverletzung unter Ausschluß von mildernden Umständen. Bei den ersten drei Angeklagten, sprachen den Angeklagten Stein der schweren Körperverletzung nichtschuldig und den Angeklagten Wachsmuth schuldig unter Zubilligung von mildernden Umständen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Binder und Hecht je ein Jahr, gegen Berchner zwei Jahre, gegen Wachsmuth neun Monate Gefängniß, gegen Stein die Freisprechung.

Das Urtheil lautete genau nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Eine wüthliche Schlägerei in der Passage beschäftigte gestern die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagten, der Fabrikant Johann Meyer und dessen Bruder, der Student Kurt Meyer, waren vom Schöffengericht, der erstere zu 500, der letztere zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Wegen dies Erkenntniß hatten sowohl der Staatsanwalt, wie die Angeklagten Berufung eingelegt. Die erneute Verhandlung endete für die Angeklagten noch ungünstiger als die erste. Es wurde für festgesetzt erachtet, daß die Angeklagten in der Nacht zum 16. November in angetrunkenem Zustande in das Englische Buffet in der Passage gekommen waren und sich hier so ungebührlich betragen hatten, daß sie hinausgewiesen wurden. Als der erste Geschäftsführer die Thür hinter den Hinausgehenden zu machte, erhielt er von draußen einen heftigen Schlag über die Hand. Er ging hinaus, um den Angreifer zur Wache bringen zu lassen, erhielt aber sofort von dem ersten Angeklagten einen Schlag mit dem Stock über den Kopf, daß er zu Boden stürzte. Beide Angeklagte schlugen dann noch weiter auf den am Boden Liegenden ein. Auch der zweite Geschäftsführer, der dem Bedrängten zur Hilfe eilen wollte, wurde von den Angeklagten geschlagen. Auf dem Wege zur Wache beleidigte der erste Angeklagte die Schutzleute. Der Staatsanwalt meinte, daß die Angeklagten gerade ihrer Bildung wegen besonders scharf angesehen werden müssen, er beantragte gegen den ersten Angeklagten vier, gegen den zweiten drei Monate Gefängniß. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten zu drei Monaten und einer Woche, beziehungsweise zu zwei Monaten Gefängniß.

Nachklänge zum Olympia-Theater. Der Bühnen des Olympia-Theaters, Herr Kiraly, hatte in Hamburg mit einem großen Desijt gearbeitet. Seine Gläubiger, die Herren Basse und Krüger, unternahmen zunächst nichts, weil doch nichts zu holen war. Sie glaubten aber, in Berlin zu ihrem Gelde kommen zu können, und sie täuschten sich auch insofern nicht, als das Olympia-Theater während der Gewerbe-Ausstellung gute Einnahmen brachte. Es wurde mündlich verabredet, daß Basse und Krüger als Sozjen für ihre Hamburger Forderungen aus dem Berliner Gewinn vorab befriedigt werden sollten. Zu einem schriftlichen Vertrage kam es nicht, weil Kiraly zu viel auf Reiten war. Der Ueberbruch aus dem Olympia-Theater wurde bei einer hiesigen Bank niedergelegt. Als es nun zur Theilung des Gewinnes kommen sollte, strengten Basse und Krüger, da sie auf gütlichem Wege nichts erreichen konnten, die Klage auf Herausgabe von 80 000 M. an und erwarfen einen Arrest auf das bei der Bank niedergelegte Geld beziehungsweise den Antheil des Direktors Kiraly. Die dritte Zivilkammer des Landgerichts I wies jedoch die Kläger ab und hob den Arrest auf, da die mündliche Vereinbarung nicht genüge, den Klägern das Recht zu sichern, sich an dem Gewinne in Berlin für ihre früheren Forderungen zu bedien.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Suchsland von Lindenwalde war Genosse Juhl als Redakteur der „Brandenburgischen Zeitung“ neuerdings zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden. Das Vorgehen gegen ihn hat eine nicht uninteressante Vorgeschichte. In einem Verwaltungsstreit zwischen dem Lindenwalder Konsumverein „Vorwärts“ und dem Bürgermeister der Stadt wurde vom Ober-Verwaltungsgericht zu Gunsten des Bürgermeisters entschieden. Dieser liquidirte dann später für die Wahrnehmung eines bestimmten Termins an Reisekosten und sonstigen Spefen 31 Mark. Der Vorstand des Konsumvereins zahlte dies Geld in den Gerichtskosten, deminigte aber zugleich Suchsland mit der Begründung bei der Staatsanwaltschaft, daß er jenen Termin gar nicht wahr-



genommen habe. Es wurde das auch thatsächlich festgestellt, die Kasse unterließ aber. Die Behörde glaubte den Angaben Suchlands, der sich nur geirrt zu haben erklärte. Suchland war am fraglichen Tage zur Hochzeit seines Bruders in Halle gewesen. Die „Brandenburger Zeitung“ brachte nun über die Affäre einen Artikel, durch den sich der Bürgermeister beleidigt fühlte. Schöffengericht und Landgericht stimmten ihm bei. Die Strafkammer nahm an, daß seine Ehrlichkeit in Zweifel gezogen worden sei, und glaubte auch aus der ganzen Fassung des Artikels auf die Absicht der Beleidigung schließen zu können. Der Angeklagte hat seiner Meinung nach auch nicht in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Er wäre nicht berufen gewesen, die Interessen des Konsumvereins wahrzunehmen. In der Revision, mit der sich der Strafensatz des Kammergerichts am 11. März beschäftigte, berief sich Genosse Huth darauf, daß Suchland doch unstreitig aktiv und nicht passiv gehandelt habe, wenn er die Kasse liquidirte. Aus den Akten der Verwaltungskreissache hätte er ersehen müssen, daß er jenen Termin nicht wahrgenommen habe. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision. Ohne Rechtsirrtum hätten die Vorinstanzen das Delikt der öffentlichen Beleidigung festgestellt.

### Vermischtes vom Tage.

— Dr. Fritz Friedmann, der ehemalige Stern des Berliner Thiergarten-Biertels hat sich in Paris als „internationaler Rechtsanwalt“ niedergelassen. In einem Zirkular giebt er bekannt, daß er auch die „gesamte Thätigkeit von Detektivs“ und das „Incasso von Forderungen“ besorge. — „Deutsche Eichen“ in Töpfen werden hier in verschiedenen Läden zum Verkauf angeboten. Das soll wohl patriotisch sein. Schon vor 50 Jahren hat Humboldt geschrieben, daß in ganz Deutschland seit dem Anfang der 20er Jahre bloß amerikanische Eichen gepflanzt worden sind, weil diese besseres Holz haben und besser wachsen als die „deutschen“ Eichen. — Der Germanist Daniel Sanders, dessen Tod wir gestern gemeldet, hat ein dreibändiges „Wörterbuch der deutschen Sprache“ geschrieben. Seine „Deutschen Sprachbriefe“ sind auch in Arbeiterkreisen bekannt und werden häufig zu Rathe gezogen. — Freuet Euch, deutsche Dichter, jauchzet und lachet mit der Trommel, Euch wieder ist ein Hoher zu Euch herabgestiegen. Herr Krupp, der Kanonendonk, hat vor einigen Tagen ein Herren-Frühtück gegeben. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Lied gesungen: „Endlich allein.“ Zu diesem Koupлет hat Herr Krupp höchst eigenhändig zwei Verse hinzugefügt. — Jetzt wird es nicht mehr lange dauern, und der Jüngste der „Jünglingsdeutschen“ ist hoffähig. — Essen. Auf der Zeche Centrum, Schacht II, sind bei Abgabe eines Sprengschusses zwei Bergleute ums Leben gekommen. —

W. Der in Kiel beheimathete Dampfer Sprotte ist mit 16 Mann Besatzung an Bord seit 11 Tagen überfällig. Das Schiff ist am 9. Februar von Neuport nach Hamburg in See gegangen und hätte die Reise in 16—18 Tagen machen müssen, ist jedoch an seinem Bestimmungsort nicht angekommen. — Ein Vielseitiger. Die Gemeinde Kleinobringen bei Weimar sucht einen Mann, der die Aemter eines Gemeindevorstehers, Nachwächters und Gänsehüters zugleich zu bekleiden hat. Unter den eingegangenen Meldungen befindet sich auch eine solche, deren Abfender „gute Schulbildung“ zu haben behauptet und gern bereit ist, auch auszuweichen als Organist und Steuerrevisor thätig zu sein. — Eine Typhusepidemie ist in Webra infolge schlechten Trinkwassers ausgebrochen. 30 Personen sind lebensgefährlich erkrankt. — In Radutz (Kroatien) stürzte ein verschämter Liebhaber das Mädchen, das ihm einen Korb gegeben, in einen Brunnen und erhängte sich hierauf. Das Mädchen starb bald, nachdem man es herausgezogen. — In London ist in der Heilsarmee eine Rebellion gegen das Booth-Regiment ausgebrochen. 250 Heilskrieger sollen bereits den Dienst quittirt haben. — eo. Auch eine Heirathsanzeige. Im „New-York Herald“ erschien unlängst folgendes Ehegesuch: „Gentleman, der im Besitze eines Bades, eines Autos und eines Kutschers-Kostüms ist, wünscht zwecks Verheirathung die Bekanntschaft mit einer reichen, gebildeten und schönen jungen Dame. Heirathes Geselle 400.“ — In Fez (Marokko) ist ein Theil der alten Stadtmauer eingestürzt und hat 180 Arbeiter getödtet. —

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 7—8 Uhr statt. G. V. Ag. R. d. Pr. Dr. J. Hansen d. Herrn Antia d. Zubeil, Lindenstr. 106. — Handelskassenscheine. Durch den heutigen Verfallungsbericht geschieht die Überlegung des betr. Vorwurfs viel besser, als durch Ihren Sprechsal-Artikel. — Knowledge. Beides wird gebraucht. — Zwineimünde. Pungenhallaustal am Grabowsee bei Dranienburg. G. N. 32. Ihrem Großvater steht ein Anspruch auf Alters- oder Invaliditätsrente leider nicht zu, da er Beitragsmarken nicht gefest hat und bereits vor dem 1. Januar 1891 invalide war. — R. W. 9. So lange die Erb- und Geld nicht erhalten hat, steht nach dem Inhalt des Testaments ein Anspruch auf das Geld nicht zu. — W. 2. 281. 1. Gines Arbeitsbuches bedürfen die aus der Volksschule Entlassenen beiderlei Geschlechts, so lange sie minderjährig sind. 2. Vehrlinge, die nur Unterhalt, also nur Logis und Kost erhalten, sind nicht versicherungspflichtig. —

— B. 100. Der Abzahlungsgenosse-Eigentümer kann nach Durchbringung mit seiner Zahlungsflagge alles das pfänden, was ein anderer Gläubiger pfänden darf. — 121. Die Zinsen werden Ihnen, soweit ohne mündliche Rücksprache die Sachlage sich übersehen läßt, mit unredt vorzuenthalten; Sie können sie einlagern. — 100 Z. Strafbar haben Sie sich nicht gemacht; der Inhalt der von Ihnen unterschriebenen Schriftstücke ist für Sie verbindlich. — Viehste. Verjährung liegt nicht vor. — Triebwasser 100. Der Arbeitgeber hat für geeignetes Trinkwasser in dem Gewerksbetrieb Sorge zu tragen; wenden Sie sich an den Gewerbeinspektor. — Genosse Kaus. Ihre Kaufine mußte Interventionsklage erheben und Einstellungsantrag stellen. — P. Mch. Strahburg. Der betreffende ist krank und invaliden-versicherungspflichtig. Strafbar ist nur der Arbeitgeber, nicht der Arbeiter. — Knitter. Eine Klage wäre aus-sichtslos. — G. W. 1000. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — H. 3. Rein. — H. 2. 23. Sie können Zahlung der Erbschaftsschulden gegen Herausgabe der Sachen verlangen. — R. 2. 20. Sie könnten nur bei Verweigerung im Aufsichtsweg einlegen. — 300. W. C. Wenden Sie sich direkt an den Verband mit Ihrer Anfrage. — W. 2. 73. Die Aufschlagsgebühren bei fälligen Besuchen betragen, falls nichts anderes vereinbart ist, sechs Wochen; bei monatlich gemieteten Dienstboten kann am 15. zum 1. gekündigt werden. — B. 100. R. W. 9. Wiederholen Sie die Anfrage. — H. 3. 18. Ja. — Zwei Bettende. Ist bumm, aber nicht strafbar. — R. Nr. 14. 10—12 Mark und eine Mark für jeden Besuch. —

### Witterungsübersicht vom 12. März 1897.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (50° F.)
Swinemünde	766	NO	3	wolfig	1
Hamburg	763	OEO	2	Rebel	1
Berlin	765	EO	1	halb bedeckt	3
Wiesbaden	760	NO	2	bedeckt	3
München	763	SW	1	bedeckt	-0
Wien	766	Stil	—	wolkenlos	1
Saparanda	777	Stil	—	halb bedeckt	-20
Petersburg	773	NO	1	Schnee	-11
Cord	752	W	4	heiter	4
Abedeen	753	EO	8	bedeckt	5
Paris	758	SW	3	halb bedeckt	7

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 13. März 1897. Kühl, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Metallarbeiter!

Montag, 15. März, abends 8 Uhr:  
**2 öffentliche Versammlungen**  
im Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8,  
und im Konzerthaus Sanssouci, Kottbusserstr. 4a.  
Tages-Ordnung:  
Die Metallindustriellen, die Centenarfeier und der 1. Mal. Referenten: Paul Litfin und Otto Naether. 118/14  
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
Otto Naether, N. Anklamstr. 44.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.**  
Sontag, Sonnabend, den 13. März 1897, abends 8 1/2 Uhr.  
**Vertrauensmänner-Konferenz**  
für den Norden.

Sonntag, den 14. März 1897, vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Branchenversammlung**  
der Rohrleger und Helfer  
im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16.  
112/11 Der Vorstand.

**Allgem. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter.**  
(G. S. 29.) Filiale Berlin I.  
Die zum 13. März bei Zubeil angelegte Mitglieder-Versammlung findet nicht statt.  
Beiträge werden in den Zahlstellen entgegengenommen.  
119/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Möbelpolier.**  
Montag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, Andrastraße 26:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Wagner über: Volksschule und Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Bericht-Angelegenheit und Verschiedenes. 145/13  
Die Kollegen von Baumgart u. Söhne, Gr. Frankfurterstr. 31, Reichel, Thierstr. 41, Reichel, Langestr. 71, sind hiermit eingeladen.  
Am 21. März ist gemeinsames Besammensein der Kollegen speziell des Nordens, mit Familie bei Ramlow, Schönhauser Allee 135.  
Die Vorstellung in der Urania findet am 2. Osterfesttag, nachmittags 1 Uhr, Taubenstraße, statt.  
Der Vorstand.

**Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
Sonntag, den 14. März 1897, abends 6 Uhr, im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:  
**Gr. öffentl. Versammlung.**  
Tagesordnung:  
Vortrag des Genossen Waldeck Hansse über: Wanderslämpfe. Nachdem: Gesellschaftliches Besammensein. — Eintritt 10 Pf.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten  
Der Vertrauensmann. 142/5

**Leder- und Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
Am Montag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
im Lokale des Herrn Roll, Adalbertstr. 21.  
Tagesordnung: 1. Die Beschlüsse des Verbandstages zu Halle und deren Wirkungen auf die Lederarbeiter-Bewegung. 2. Verschiedenes.  
Zahlreiches Besuch erwarten  
Die Vertrauensleute. 25/14

**Ristenmacher.**  
Sonntag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung mit Damen**  
im Lokal Annenstraße 16.  
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Nassifsch.  
Nach der Versammlung: Tanz. — Gänge willkommen. 94/9

**Robert Scheere,** Restaurant „Sängerheim“, O. Blumenstraße 38. Telefon: Amt VII Nr. 3760.  
Arbeitsnachweis der Möbelpolier, Brauer, Brauerei-Arbeiter u. l. w. Gr. Vereinszimmer noch an mehreren Tagen zu vergeben. Franz, Bilsdorf, Gr. Frühstücks-, Mittag- und Abendessen. Jeden Sonntag: Musikalische Soiree.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Weuthstraße Nr. 2 Berlin SW. Weuthstraße Nr. 2.  
Soeben ist bei uns erschienen: 234/1  
**Handbuch für Vereins- und Versammlungsleiter**  
Zugleich ein Wegweiser für Reichstagswahlen.  
Mit ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für die Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafschwarzparaphen. 72 Seiten. — Kart 0,30. — Porto 3 Pfennig.  
In handlichem Taschenformat giebt das Büchlein nicht bloß für Anführer, sondern auch für erfahrenere Vereins- und Versammlungsleiter über alle Vorkommnisse im Vereins- und Versammlungs-wesen Gewerkschaftswesen bündige Auskunft, Belehrung und Rath für die Mitglieder sowohl der Gewerkschaften als auch der politischen Vereine, enthält Formulare für Beschwerden und Eingaben, Reden und Vortragsnotizen. Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen ist auch das Reichstags-Wahlgesetz und die Bestimmungen der Reichstagsparaphen graphen und des Sachregisterbüchleins der Reichstagswahlrecht des Büchleins noch gegeben sein.

**Wo? machen wir unsere Herren-Partie hin? Zum alten Freund auf Bichelswerder.** 1077/2

**Ginsegnungs-Anzüge**  
in blau u. schwarz, Ramngarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber feinen Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

**Monopol-Cheviot!!**  
Unsere bekannte Spezialität **solid u. modern bewiesen durch zahllose Empfehlungen**, liefern wir in schwarz, blau oder braun 3/4 Meter zum Anzuge für **10 Mark. — Extra prima, 140 Centimeter breit, 3 Met. zum Anzuge 12 Mark, reine Wolle, echte Farbe.** Muster hiervon und allen anderen Herrenstoffen in überraschend schöner Auswahl zu bekannt niedrigen Preisen franco an Jedermann. Kein Kaufzwang.  
**Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.**

**Ginsegnungs-Anzüge**  
in blau, schwarz, Cheviot, Satin, Ramngarn, etc. feinsten Stoffen u. 10—30 W. Streng reelle Bedienung, auch n. Maß l. eig. Aufst.  
**A. Worman, Dresdenerstr. 2, am Rotth. Thor, 2. Haus**  
2. Geschält: Statuerstraße. Gde. Rauteckstraße.

**Album- u. Lederwaaren-Fabrik Oskar Gundau, Oranienstr. 30.**  
Gde. Adalbertstraße.  
Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmutzlachen zu billigen Preisen  
In Sammet von **2,75 Mark** an in größter Auswahl.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren**  
Roelle Waare. Ganze Wohnungs-Einrichtungen in Nassbaum u. Mahag. zu soliden Preisen.  
**Franz Tutzauer,** Tischlermeister, Nischensstr. 14.

**160 000 Cigarren** verkauft Binneböse, Schillstr. 38.  
Wichtig für Zigarrenmacher. Zigarrengeschäft billig zu verkaufen Charlottenburg, Spreerstr. 10/11.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, **Rudolf Wittke**, Zimmerer, am 9. d. Mts. aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr statt. Neuer Sophienkirchhof, Frei-waldbergstr. 376b  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter, meine innigstgeliebte Braut, meine gute Schwester **Wilhelmine Becher** am Mittwoch Abend 10 1/2 Uhr nach kurzem, aber schwerem Krankenlager im Alter von 24 Jahren am Herzleiden im Krankenhaus zu Brig verstarb ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, vom Kreis-Krankenhaus Brig nach dem Briger Gemeinde-Kirchhof statt. Dies zeigen hierdurch an. Die trauernde Hinterbliebene. **Elst** besonderer Mittheilung. Am Donnerstag, den 11. d. Mts., verstarb plötzlich nach kurzem, schwerem Kampfe am Herzschlage meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Henriette Beyer**, verm. **Tacke**. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 2 Uhr von der Veldehalle des Neuen Doutschstädtischen Kirchhofes aus statt. **Hermann Beyer**, **Hans Banke** und Familie, **Carl Tacke** und Familie.

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Restaurateurs **Ernst Raschke** sage allen Freunden und Bekannten, meinen Kollegen, sowie dem Gesangsverein Immergrün meinen innigsten und tiefgefühltesten Dank. Die trauernde Wittwe **Anna Raschke**.  
**Danksagung.**  
Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes **Johannes Sommer** sage ich allen Freunden und Kollegen meinen innigsten Dank. Die trauernde Wittwe **Ida Sommer**.  
**Danksagung.**  
Hiermit sage ich allen Freunden und Bekannten, namentlich dem Verein der Plätterinnen für die Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirths **Emil Möhring**, sowie für die reichen Kranzspenden meinen innigsten Dank. **Emma Möhring**, geb. **Denbel**.  
N.B. Gleichzeitig theile ich mit, daß ich das Geschäft meines Mannes in aller Weise fortführe und bitte alle Freunde und Bekannte, das meinem Manne bezugte Wohlwollen auch auf mich zu übertragen.

**Nachruf.**  
Ein Zuhammere fauft in der „Genoffen“ dem früh dahin gegangenen Genossen **Baderstr. Hasenleder**, Köpenick. **M. S.**  
**Herm. Jenchen**, Königsbergerstr. 22. Kranzbinderei u. Blumenhandl. **Vereinskränze** 35/35 mit Widmungsschleifen. **Kränze, Guirlanden und Widmungen** Empfehle mich den Parteigenossen, blüht und sauber zu liefern. **Julius Springwald**, Blumenstr. 68.  
Warme hiermit jeden, meiner Frau etwas zu bezogen, da ich für nichts aufkomme. **Fritz Schulze**, Maurer, Liebenwalderstr. 63.

**Arbeitsmarkt.**  
Tüchtige Plätterin sucht Privat-stellen Schwarzkopfr. 3, Schirmer. **Korbmacher** 36/35 auf Bureau-Möbel sofort verlangt **R. Lankau**, Kleinendenerstr. 24.  
Ged. Plättenschneider verlangt Steinmühl-Knopffabrik 36/26 **Richard Pape**, Oranienstr. 183.  
Ein Klempner-Gebrüder wird verlangt Kronprinzengasse 30. 37/25  
Wäsche-Waschensalberinnen im Hause finden **Gebrüder Raben**, Poststr. 6. Tapeziererlehrling verl. Zischer, Oranienstr. 74.  
**3 Zinkstzer** für Autotypie u. Strich Webl u. Co., Ritterstr. 60. 33/16  
Ged. Licht fort mehrere tücht. Glas-Bergarbeiter oder Bergarbeiterinnen auf engl. Korngläser, bei dauernder Beschäftigung. 33/26  
**Mahl, Schmidt & Co.**, Glasbläserstr. 37, Hamburg.

**Gustav Fischer,** Verlag in Jena.  
Soeben erschien: **Sozialismus und soziale Bewegung** im neunzehnten Jahrhundert. Von **Werner Sombart** Professor a. d. Universität Breslau **3.—12. Tausend.** Preis: 50 Pfennig.  
**Sopha**, rothbraun, verkauft billig. Stube, Stubend., Pyram. 3. IV  
**Obst-, Gemüsegeschäft** Brunnstr. verkauft. Bernauerstr. 76, Zigarrenladen.  
**Pofamentier-Geschäft** zu verl. Tempelhof, Berlinerstr. 41. 35/5b  
**Schürzen und Wäsche** eigener Fabrikation äußerst billig. 35/5b  
**U. Mittelstrass**, Invalidenstr. 5, Gde. Adersstraße.  
Vand zu verpacht. Zu erfahren bei **Krummel, Falkenbergstr. 6, G. 3. Tz.**  
Kaude mit Vand ist billig zu verl. **Rieshofstr. 5, Dallmann.** 36/5b  
**Wohnungen** von 3, 3 u. 1 Stube, Küche u. Zubehör, Pferdehülle u. Remisen, Vagerteller bild. u. dera. **Frankfurter Allee 16/16a. Rde a. Bahnhof.**  
**Zwinnmünderstr. 82** sind kleine Wohnungen billig zu vermieten.  
Freundl. Hofwohnungen von 12 bis 16 M. **Zwinnmünderstr. 51/52.**  
Wöbl. Schlafstelle zu verm. 7 M. **Brunnenstr. 6, 2. G., Dugh. 3. Tr. I.**



Literarische Rundschau.

Die Diskussion über die materialistische Geschichtsauffassung in der „Neuen Zeit“.

In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ vom 6. März ist die sehr anregende Polemik der Genossen Kautsky und Bog über die materialistische Geschichtsauffassung zum Abschluss gekommen. Die Diskussion begann im Herbst vorigen Jahres mit der Kritik, die Kautsky gegen einen in der Wiener „Zeit“ veröffentlichten Artikel von Bog richtete, und zog sich dann mit Unterbrechungen durch sechs Hefte hindurch. Eine große Reihe einzelner, auch historischer Fragen ist in höchst anregender Weise berührt worden. Wenn wir hier auf den Gang der sicher auch für weitere Parteikreise interessanten Erörterungen einen Rückblick werfen, so geschieht das, um aus dem Reichthum des Stoffes einige der wichtigsten Gesichtspunkte herauszugreifen, durch welche Kautsky, der in der Diskussion weitläufig überlegene, das Wesen des historischen Materialismus bestimmter verdeutlicht.

Man wird die Bedeutung der allgemeinen Frage, um welche hier mit sehr ungleichen Kräften gekämpft wird, am leichtesten verstehen, wenn man sich an das bekannte Bild erinnert, durch welches Marx das Verhältnis der Ökonomie gegenüber den anderen Lebenssphären und Tätigkeitsformen der Gesellschaft anschaulich macht. Die Ökonomie, sagt er, sei die „Grundlage“, Politik, Recht, Religion, Wissenschaft und Kunst dagegen der „Ueberbau“; der ökonomische materielle Lebensprozess als Grundlage bedinge und bestimme den gesamten Lebensprozess der Gesellschaft. Diese allgemeine Formulierung ist vortrefflich, indem sie marant und plastisch mit der Schärfe des Schlagwortes den Gegensatz des neuen historischen Standpunktes gegenüber dem alten hervorhebt. Aber wie jede epigrammatisch kurze Ausprägung eines Gedankens notwendig mit einer gewissen Einseitigkeit behaftet ist, weil Kürze und Anschaulichkeit nur durch Unterdrückung der komplizierten Nuancen erreicht werden können, so auch die Marx'sche Formel.

Dies war für eine äußerliche, an Worte sich haltende Polemik der Boden trefflich gegebene. Wie kann die Ökonomie, so wird superflüg eingeworfen, im Unterschied von den übrigen gesellschaftlichen Lebensprozessen als „Grundlage“ bezeichnet werden? Ist nicht jede „Grundlage“, richtig aufgefaßt, etwas selbständig bestehendes, das, selbst unabhängig vom „Ueberbau“, auf die Gestaltung dieses bestimmend einwirkt? In Wirklichkeit kommt aber der Ökonomie eine selbständige Existenz offenbar nicht zu, die Ökonomie ist eine Tätigkeit der Gesellschaft, die ohne andere Tätigkeiten derselben, ohne Familienorganisation, ohne politische Zusammenfassung, ohne Recht, ohne erfindendes Denken und Wissenschaft gar nicht bestehen kann. Und wie sehr auch die Ökonomie auf alle diese Lebenssphären einwirkt, haben andererseits diese gegenüber der Ökonomie doch eine relative Selbständigkeit. Die mannigfachen Anlagen der menschlichen Natur leben sich, das ist das Gemeinsame, in den verschiedensten Gebieten, aus, diese Anlagen selbst aber sind offenbar aus den wirtschaftlichen Verhältnissen allein nicht abzuleiten. Die Ökonomie, daraus würde die Argumentation mithin hinauslaufen, dürfe nicht als „Grundlage“ bezeichnet werden, da sie mit den anderen Lebenssphären, die aus der Ökonomie allein nicht abgeleitet und begriffen werden können, in dem Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit stehe; ebenso wie die Ökonomie, das Handeln der Menschen anregend, auf die übrigen Lebenssphären einwirke, ebenso wirkten diese auf die Ökonomie zurück. Die Ökonomie sei nicht die Grundlage und nicht das bestimmende und bedingende Moment der gesellschaftlichen Entwicklung, sie sei nur ein bestimmender Faktor unter anderen. So aber stelle sich als wirkliche Form, in der das historische Leben verläuft, die allgemeine Wechselwirkung dar, und diese fundamentale Wahrheit werde von der materialistischen Geschichtsauffassung, welche die Ökonomie, als das „Bestimmende“, den anderen Lebenssphären, als dem „Bestimmten“, einseitig gegenüberstelle, prinzipiell verkannt.

Das etwa ist in allgemeinen Zügen der Gedankenengang, welcher der Polemik gegen den historischen Materialismus zu grunde liegt. Wie unfruchtbar und leer diese Kritik auch erscheint, die sich an den engen Wortlaut einer Formel klammert, um daraus zu deduzieren, daß Marx förmlich blind für die bekannten, im Leben überall herüber und hinüberspielenden Wechselbeziehungen gewesen sei, so hat sie doch wie alles in der Welt auch ihre guten Seiten: Sie treibt die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung notwendig zu Versuchen, ihre wirklichen Ansichten in ausführlicherer und mehr mannichter Formulierung darzustellen, in einer Formulierung, die von vornherein alle solche billigen Einwendungen abschneidet. So treibt sie damit zu immer neuem schärferen Durchdenken des historischen Materialismus selbst.

Was Bog ausführt, läuft gleichfalls im wesentlichen auf den oben angezeichneten Gedankenengang hinaus, er glaubt aber, wie es scheint, selber nicht, durch drei Erwägungen die materialistische Geschichtsauffassung als solche, sondern nur eine extreme Auslegung dieser Lehre, den „Neumarkismus“ der Kautsky, Mehring und Plechanow treffen zu können. Die ganze Unstimmigkeit, die sonst der Marx'schen, wird hier beweislos der „Neumarkistischen“ Geschichtsphilosophie in die Schuhe geschoben. „In ihrer schärfsten Form genommen, erklärt Bog, besagt die materialistische Geschichtsauffassung nichts weniger, als daß Sittlichkeit, Religion und Kunst durch die ökonomischen Bedingungen nicht etwa nur beeinflusst werden, sondern daß sie ganz allein dem Gedankenreflex eben jener Bedingungen im sozialen Bewußtsein entspringen.“ Religion, Moral, Kunst seien danach „zufällige Erscheinungsformen, deren Neukräftungen sich direkt oder indirekt auf ökonomische Ursachen zurückführen lassen.“ Nicht Marx, wohl aber die Plechanow, Mehring, Kautsky hätten in

ihren neuesten Leistungen diesen Standpunkt eingenommen. Den großen Einfluß der Ökonomie auf diese Lebensgebiete erkenne er willig an, nur dürfe man über diesem „Einfluß“ nicht die Wirkung all der mannigfaltigen seelischen Anlagen, die aus der Ökonomie nicht ableitbar sind, übersehen. Alles stehe in wechselseitiger Abhängigkeit.

Das, wogegen Bog als die „extreme“ Richtung des historischen Materialismus ankämpft, ist offenbar nicht nur eine „extreme“, sondern eine widersinnige, in dogmatische Hirngespinnste verlaufene Richtung. Kautsky weist diese Art von „Materialismus“ mit Recht weit von sich. Die materialistische Geschichtsauffassung habe es gar nicht mit einer Erklärung der menschlichen Natur und ihrer ursprünglichen Anlagen zu thun. Sie setze vielmehr diese menschliche, ebenso wie die äußere Natur bei ihren Betrachtungen als einen gegebenen Faktor voraus, und beschränke sich darauf, die Veränderungen, welche die Betätigung der ursprünglichen Anlagen im Laufe der Geschichte aufweist, zu begreifen. Die Veränderungen aber könnten natürlich nicht durch den Hinweis auf die konstanten, bleibenden, sondern nur durch den Hinweis auf die veränderlichen Faktoren des geschichtlichen Prozesses erklärt werden. Was sich ändert, das ist aber nicht das menschliche Wesen und die Außenwelt, sondern die Gesellschaft, „das heißt, in letzter Linie die ökonomischen Verhältnisse“. In ihnen also sei der Grund dafür zu suchen, daß die ursprünglichen Anlagen selbst sich in den verschiedenen historischen Epochen verschieden betätigen.

Man kann diesen Gedanken auch so fassen: Die Marxisten betrachten die geschichtliche Entwicklung in Uebereinstimmung mit den Vertretern anderer geschichtsphilosophischer Richtungen als eine Entfaltung der menschlichen Natur, die durch ihre eigenen Werke zu immer neuer, die Gesellschaft umgestaltender Betätigung gedrängt wird. Sie unterscheiden sich von den anderen Richtungen hingegen dadurch, daß sie von allen Erzeugnissen der Gesellschaft die Organisation des ökonomischen Lebens als dasjenige Moment hervorheben, welches auf das schaffende Handeln und Verhalten der Menschen innerhalb der Gesellschaft den am meisten bestimmenden Einfluß ausübt. Wenn also Werth darauf gelegt wird, können die Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung ohne weiteres zugeben, daß in letzter Linie die menschliche Natur als die Grundlage aller sozialen Gestaltungen anzusehen sei. Die wechselseitige Bedingtheit aller sozialen Gestaltungen weist schließlich auf die wechselseitig einander bedingenden Anlagen, Triebe und Bedürfnisse der menschlichen Natur als gemeinsamen Hintergrund und verbindendes Band zurück. Wenn Marx die Ökonomie als „Grundlage“, die anderen Lebensgebiete als „Ueberbau“ bezeichnet, ist es also unmöglich seine Absicht, etwa zu befreiten, daß man in dem oben entwickelten Sinne sehr wohl auch die menschliche Natur als Grundlage und alle gesellschaftlichen Lebenssphären als wechselseitig einander bedingende Erscheinungen dieser Grundlage auffassen könne. Das Eigentümliche der materialistischen Geschichtsauffassung ist es, nicht die psychologischen Vorbildungen des historischen Geschehens oder die Wechselwirkung der gesellschaftlichen Lebenssphären zu leugnen; vielmehr akzeptiert sie, richtig aufgefaßt, diesen Gedanken, aber sie strebt über die triviale Allgemeinheit desselben hinaus, indem sie, auf ihm fußend, weitere Fragen stellt, vor allem: Welche dieser verschiedenen in sich zusammenhängenden Lebenssphären stellt sich einer ins Innere dringenden Geschichtsbetrachtung als die wesentlichste und wirksamste dar? An dem im Anschluß hieran: Wie wird ferner die menschliche Natur durch die Gestaltungen dieser (der ökonomischen) Lebenssphäre in ihrem ganzen Verhalten bestimmt? Der Unterschied zwischen den Bekämpfern und den Anhängern des Neumarkismus ist schließlich der, daß die Geschichtsphilosophie jener da stehen bleibt, wo die Geschichtsphilosophie dieser erst anfängt. — Die Fragen, auf welche die materialistische Geschichtsauffassung antworten will, sind unabwieslich. Je klarer, ausführlicher und bestimmter die Beantwortung derselben formuliert wird, umso mehr muß jeder Schein von Einseitigkeit, der einem epigrammatisch kurzen Ausdruck des neuen Standpunktes etwa noch anhaftet, verschwinden.

Doch lehnen wir zu Kautsky's Polemik, die mancherlei zur Aufhellung jener Grundfragen beiträgt, zurück. Sehr wichtig eben im Sinne schärferer Bestimmtheit ist seine prinzipielle Sondernahme von Bog zusammengeordneter Momente: von ökonomischen „Interessen“, welche die bewußten Motive des Handelns einzelner Personen bilden“, und von „materiellen Bedingungen“, die einer bestimmten Gesellschaft und damit auch dem Denken und Fühlen der Mitglieder dieser zu grunde liegen.“ So lasse sich, z. B., erläutern er, „aus den materiellen Bedingungen der römischen Kaiserzeit die Ablehnung vom Jüdischen, die Todessehnsucht des Christenthums seiner Meinung nach wohl erklären. Aber es wäre doch ungeheuerlich, hinter der Todessehnsucht ein materielles Interesse zu suchen!“ Diese scharfe Gegenüberstellung fährt über den allgemeinen Gedanken, daß die ökonomischen Verhältnisse bestimmend auf das menschliche Handeln einwirken, bereits hinaus, indem auf das „Wie“ der Entwicklung näher eingegangen und eine zwiefache Wirkungsweise der Ökonomie unterschieden wird.

Der Hinweis auf die Ökonomie als den Erklärungsgrund historischer Erscheinungen hat offenbar in beiden Fällen einen ganz verschiedenen Sinn; im ersten Falle, wenn nämlich die ökonomischen Verhältnisse den einzelnen bestimmen, indem sie seiner Interessiertheit, seinem Streben nach Wohlleben ein gewisses Verhalten als das unter den gegebenen Umständen allein zweckmäßige vorschreiben (man denke an die Regeln, denen Kautsky und Plechanow, Kapitalisten und Arbeiter bei freier Konkurrenz-wirtschaft auf dem Markte folgen), erscheint die Ökonomie annähernd als ausreißender und zwingender Erklärungsgrund für das menschliche Handeln; im zweiten Fall aber, das Kautsky'sche Beispiel des Christenthums kann das

am besten verdeutlichen, wirkt die Ökonomie nicht als eine zweiseitige, sondern als eine bloß prädisponierende Bedingung. Nur unter der Voraussetzung gewisser Denkweisen und Traditionen, die selbst nicht unmittelbar aus der Ökonomie abgeleitet werden können, vermag sie die ihr zugeschriebene, über den Kreis ökonomischer Interessiertheit hinausgehende Wirkung auszuüben. In solchen Fällen kann aber wegen der Bedeutung und Komplexität der andern mitwirkenden Faktoren, die Ökonomie als causa sufficiens, als genügender Erklärungsgrund nicht mehr bezeichnet werden. — Diese Folgerungen, durch welche die Wirkungsweise der Ökonomie einmal als Bestimmungsgrund, das andere Mal als Bedingung näher charakterisiert wird, scheinen sich mir unmittelbar aus der Kautsky'schen Unterscheidung zu ergeben; sie dürften bei einer genaueren Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung jedenfalls nicht übergangen werden. Der fallische Schein, als ob nach dem historischen Materialismus alles Handeln der Menschen in gleichmäßiger Abhängigkeit von der Ökonomie stehe, und damit viele mißverständlichen Einwendungen würden so von vornherein verfallen. Auch Bog würde gegen eine solche Formulierung, welche auf die inneren Grad- und Artunterschiede jeder ökonomischen Erklärung von vornherein aufmerksam macht, nichts einwenden können. „Psychologie“ und „Wechselwirkung“ finden dabei innerhalb der gebotenen Grenzen volle Berücksichtigung.

Wie falsch es ist, der Marxistischen Geschichtsauffassung vorzuziehen, sie unterschätze den menschlichen Geist, der, wie gesagt, sogar als Grundlage und treibendes Element der ganzen historischen Entwicklung aufgefaßt werden kann, sagt Kautsky, auch hier die Wirkungsweise der Ökonomie näher analysierend, in einem späteren Artikel auseinander: „Der Geist bewegt die Gesellschaft, aber nicht als der Herr der ökonomischen Verhältnisse, sondern als ihr Diener. Sie sind es, die ihm die Aufgaben stellen, welche er jeweils zu lösen hat; sie sind es, die ihm die Mittel zu ihrer Lösung geben. Und daher sind sie es auch, welche die Resultate bestimmen, die er unter gegebenen historischen Bedingungen erzielen kann und muß.“ Jeder Schritt nach vorwärts erzeugt neue und vorhergesehene Verhältnisse und damit neue weiter drängende Aufgaben und Mittel. In dieser Bewegung aber spielt natürlich auch das einzelne Individuum eine bedeutende Rolle, die der Marxismus, hier auf eine der Grenzen ökonomischer Erklärungsweise stoßend, durchaus nicht verkennt. „Das Individuum kann keine neuen Probleme für die Gesellschaft erschaffen. ... Es ist auch in bezug auf die Lösung dieser Probleme an die Mittel gebunden, die seine Zeit ihm liefert. Dagegen ist die Wahl der Probleme, denen es sich widmet, die des Standpunktes, von dem aus es an deren Lösung herantritt, die Richtung, in der es diese sucht, und endlich die Kraft, mit der es sie vertritt, nicht ohne Rest auf ökonomische Bedingungen allein zurückzuführen.“ Hier kommt noch außerdem die besondere individuelle Eigenart, die Begabung und die Entwicklung derselben in Betracht; und dadurch können einzelne Individuen, als Denker, Künstler, Organisatoren, Taktiker, ja auch als Feldherren, „ihre Zeit viel, sehr viel geben“. Die Klagen über den „Personenkultus“, auch innerhalb der sozialistischen Partei, sind danach auf ihr richtiges Maß zu reduzieren.

Eben dieses bedeutende, aus ökonomischen Verhältnissen allein nicht genügend verständliche Eingreifen einzelner Individuen in den Entwicklungsgang der Gesellschaft weist uns nach Kautsky auf das eigentliche Gebiet der materialistischen Methode hin. Die unendlich verschiedenen, vielfach individuell bedingten Besonderheiten der wirklichen Geschichte vermag sie ohne Rest nicht anzulösen. Aber sie liefert die Grundlagen, von denen aus diese bunte Mannigfaltigkeit des Wirklichen erst recht verständlich wird, indem sie die verschiedenen Entwicklungsstufen der Ökonomie sondert, ordnet, vergleicht und so den Kern von Gesellschaftsformen und Ideen, der bei allen äußerlichen Abweichungen den Völkern einer gewissen ökonomischen Entwicklungsstufe gemeinsam ist, herauszufinden sucht. Sind diese allgemeinen Zusammenhänge erst erkannt, so lassen sich die Gründe der im Rahmen des Gemeinsamen auftretenden Mannigfaltigkeit dann leicht erkennen. Dieses hier von Kautsky als Hauptaufgabe der Marx'schen Geschichtstheorie bezeichnete Verfahren erinnert an die Methode der theoretischen Nationalökonomie, welche ja auch die Besonderheiten der Preisbildung in einzelnen Fällen nicht erschöpfend angeben kann, die aber die allgemeinen Zusammenhänge der Preisbildung und damit die Grundlage, den Rahmen und die Grenzen, in denen die besondere Preisbildung sich bewegt, untersucht. Auch hier sind die Besonderheiten nur zu verstehen, wenn erst die allgemeine Regel, das Richtmaß, von welchen die Besonderheiten mehr oder weniger abweichen, gefunden worden ist.

Zum Schluß spricht Kautsky von dem Unterschiede polemischer und systematischer Behandlung eines Gegenstandes. Unseres Erachtens liegt die Bedeutung dieser Polemik gerade in der Vorkarbeit, die sie im Verein mit Marx-Engels'schen und Neumarkistischen Schriften für eine systematisch genaue Darstellung des historischen Materialismus liefert. Die mannigfaltigen hier behaupteten Gesichtspunkte (Rolle der menschlichen Natur in der Geschichte; Unterschied von ökonomisch interessierten und ökonomisch bedingtem Handeln; Bedeutung und Grenzen individueller Tätigkeit; Unterschied der allgemeinen Grundzüge und der besondern Ausgestaltung eines Gesellschaftszustandes) sind für die Einsicht in die Marx'sche Geschichtsauffassung so wesentlich, daß sie in eine systematische, über die epigrammatische Form hinausgehende Formulierung derselben notwendig heringearbeitet werden müßten. Erst so kann die neue Lehre eine völlig selbstbestimmte, gegen alle vorseitigen Einwürfe wohl gesicherte äußere Gestalt erhalten. C. S.

Soziale Rechtspflege.

Der Mühlbursche Wehner machte sich eines Morgens bei einer Turbine der Mühle zu schaffen, in der er arbeitete. Er stürzte hinein und es wurde ihm der Arm zermalmt. Seinen Anspruch auf Unfallrente wies Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht ab. Beide Instanzen nahmen an, B. hätte an der Turbine nichts zu thun gehabt. Der Refus des Klägers gegen das Schiedsgerichtsurtheil blieb ohne Erfolg. Das Reichs-Versicherungsammt hatte nochmal Beweis erhoben und festgestellt, daß Wehner sich Male aus der Turbine holen wollte, die sich darinnen gefangen hatten. Es führte aus, dies sei keine Betriebsbehandlung gewesen und so habe B. abgewiesen werden müssen.

Der gereizte Restaurateur. Das Dienstmädchen D. verlangte von dem Restaurateur Fischer in der Köpenickerstraße eine Lohnentschädigung von 45 M., obwohl sie selbst ihre Stellung bei Fischer aufgegeben hatte. Sie begründete ihre Forderung vor dem Gewerbegericht damit, daß Fischer sie gezwungen habe, die Stellung vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit zu verlassen. Dem sehr nervösen Fischer hätte sie es nie recht machen können, und als sie gar am kritischen Tage ein Glas zerbrochen habe, da sei er in furchtbarer Erregung auf sie losgefahren und habe sie so derbe geohrfeigt, daß ihr künstliches Gebiß in die Brüche gegangen sei. Dann habe er ihr, als sie flüchtete, das Glas nachgeworfen, sodas die Splitter in der Thüre stecken geblieben wären. Einige Zeugen bekräftigten im wesentlichen die Angaben der Klägerin über das Er-

eignis. Der Beklagte, ein wahrer Hüne, wollte durch die Klägerin „furchtbar“ gereizt worden sein; er berief sich auf das Recht zu Züchtigungen des Gefindes, das in der Gefinde-Ordnung gegeben ist. Die Klägerin machte demgegenüber geltend, daß sie vorwiegend im Restaurationsbetriebe thätig gewesen sei, also als Gewerbegehilfin und nicht als „Gefinde“ betrachtet werden müsse. Ferner gab sie ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die riesige Hand des Beklagten sie nicht gleich getödtet habe. Das Gewerbegericht verurtheilte den Restaurateur, nachdem die Klägerin ihre Forderung ermäßigt hatte, nach dem Klageantrag. Der Gerichtshof war der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen der Klagebegründung zuzustimmen sei.

Durch einen unthätigen Streich eines Kollegen wurde der Wertungsmacher Fränkel in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Während er in der Vesperpause sich mit Arbeitsgenossen am offenen Fenster unterhielt, schloß der erwähnte Kollege aus dem gegenüberliegenden Fabrikflügel vermittelst eines Rohres ein Brotflügelchen nach ihm und traf ihn damit ins Auge. Das Rohr war ein bei Seite geworfener, nicht verwendeter Theil eines Werkzeugens. Fränkel brachte seine Verletzung mit dem Betriebe in Verbindung und verlangte von der zuständigen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Genossenschaft und auch das Schiedsgericht lehnten jedoch den Anspruch mit der Begründung ab, daß ein Unfall „beim Betriebe“ im Sinne des Gesetzes nicht vorliege. Das Reichs-Versicherungsammt hat jetzt ebenfalls zu ungunsten des Klägers entschieden. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, daß aller-

dings Gefahren als Betriebsgefahren angesehen werden könnten, die aus dem Zusammenarbeiten vieler Arbeiter an einer Betriebsstätte hervorgingen. In jedem einzelnen Falle sei indessen von dem ganz bestimmten Gesichtspunkte auszugehen, daß die Gefahr aus dem Betriebe selbst erwachsen müsse. Das sei hier nicht anzunehmen. Hätte der betreffende Arbeiter zu dem Wundschuß statt eines Brotflügelchens ein Eisenstückchen aus den Vorräthen des Betriebes benutzt, dann wäre die Entscheidung anders ausgefallen.

Eine den Berufsgenossenschaften sehr unangenehme Auslegung des § 67 c des Kranken-Versicherungsgesetzes hat der III. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts getroffen. Aus dem genannten Paragraphen beruht die Berechtigung der Berufsgenossenschaften, in Erkrankungsfällen, die durch Unfall herbeigeführt werden, das Heilverfahren auf ihre Kosten zu übernehmen. Vom Tage der Uebernahme an bis zur Beendigung des Heilverfahrens oder bis zum Ablauf der 13. Woche des Krankengeldbezuges geht der Anspruch des Erkrankten auf Krankengeld aus der Berufsgenossenschaft über, die von jenem Rechte Gebrauch macht.

Die Berliner Sektion der Bauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft glaubte nun in einem solchen Falle außer dem durch den Unfallzuschlag erhöhten Krankengeld auch noch das gewährte Angehörigen-Krankengeld erstattet verlangen zu können. Sie hatte nämlich den Verletzten in einer Unfallstation behandeln lassen und somit auch der von der Kasse ja mitübernommenen Verpflichtung, den Angehörigen des Mannes Krankengeld zu zahlen, nachkommen müssen. Den betreffenden Nachanspruch erklärte indessen



das Ober-Verwaltungsgericht für unberechtigt. Der Vorsitzende führte begünstigt, sobald die Berufungseinstellung erklärt, das Teilverfahren übernehmen zu wollen, gingen die Rechte und Pflichten der Kasse in vollem Umfange auf sie über. Lasse sie Krankenhausbearbeitung eintreten und müsse sie infolge dessen die Angehörigen unterstützen, dann habe sie das auf ihre Kosten und nicht auf Kosten der Kasse zu thun.

## Verfassungen.

Die Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend, welche am 7. März stattfand, erlebte die laut Statut vorgeschriebene Tagesordnung. Der Vorsitzende gab zunächst den Rechenschaftsbericht. Dem Bunde gehören gegenwärtig 202 Vereine mit 5600 Mitgliedern an. Diese zerfallen in 197 Männerchöre und 5 gemischte Chöre. In Berlin domizilieren 129, in der Umgegend 79 Vereine. Aufgenommen wurden im verflochtenen Verwaltungsjahre 17 Vereine, ausgetreten, aufgelöst und ausgeschlossenen sind 22 Vereine. Der Vorstand hatte sich in seinen Sitzungen verschiedentlich mit Vereinen zu beschäftigen, welche der Unsolidarität beschuldigt waren. Der Besuch der Liederkunden und Auskutschungen ließ oftmals zu wünschen übrig, wie der gedruckte Rechenschaftsbericht nachweist. — Der Ausschuss führte verschiedene wichtige Beschlüsse, unter anderem Gewährung von Rechtschutz und Bewilligung von Geldern für streikende Arbeiter, insgesamt 1700 M. (für die Hamburger Hafenarbeiter 800 M.). Von den Festen des Bundes ist insbesondere das Sängerkonzert in Pichelsdorf erwähnenswert, welches alle bisher stattgefundenen übertraf. Es wurde ein Ueberschuß von circa 1500 M. erzielt. Nachwehen hatte das Sängerkonzert insofern, als der Vorsitzende angeklagt war, die Erlaubnis zum Vertrieb von sozialdemokratischen Partei-Broschüren zu haben. Jedoch wurde derselbe freigesprochen, da kein Nachweis hierfür erbracht wurde. Zwei Schreiben, welche dem Vorstande eingelaufen sind, und zwar 1. Aufforderung des Bundes zur Vorkaufleistung an der Zentnerfeier und 2. von der Berliner Packer-Gesellschaft. Entgegennahme von Bestellungen von besonders gekennzeichneten Wertzeichen zur Zentnerfeier, versetzten die Versammlung in große Heiterkeit. — Der Spezialliste Rechenschaftsbericht des Kassiers ergab eine Einnahme von 2333,98 M., eine Ausgabe von 1914,05 M., verbleibt demnach ein Kassensbestand von 419,93 M. Dem Kassier wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. — Bei der hierauf folgenden Wahl des Vorstandes wurden Reumann und Häbner durch Stimmentel wieder gewählt. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes wurden per Affirmation gewählt und zwar sind wiedergewählt: O. Rasche und Fr. Kortum als Schriftführer, A. Kaiser und Robert Meyer als Kassier. — Die eingelaufenen Anträge auf Abänderung des Statuts wurden als solche nicht anerkannt und dem Ausschuss überwiesen. Mit einem dreifachen Hoch auf das fernere Gedeihen des Bundes und mit dem Gesang des Liedes: „Wir glauben an der Freiheit Sieg“, schloß die Versammlung.

Eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung fand am 9. d. März, in Hente's Lokal, Rausnysstr. 27, statt, zu welcher die Arbeiter und Arbeiterinnen der Belvefäbrrik, Köpenickerstraße, sowie die der Färbereien von Niedel und Cabanis eingeladen waren. Kollege Kohle hielt einen von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die kapitalistischen Produktionsformen. Eine Diskussion fand nicht statt. Sodann brachte Kollege Kohle verschiedene Mängel in der Belvefäbrrik zur Sprache. Dort müssen Arbeiter in einer Hitze von 30–40 Grad arbeiten, dergleichen in den Färbereien, wo die Arbeiter bei elfstündiger Arbeitszeit 9–12 M. verdienen. Diesem könne nur entgegengetreten werden, wenn sich alle Arbeiter ihrer Gewerkschafts-Organisation anschließen, um dann mit vereinten Kräften den Kampf gegen das Kapital führen zu können. Zu derselben Sache sprachen noch die Kollegen Häblich und Lehmann. Zum Schluß ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

Die Schuhmacher waren am Mittwoch in dem Saale der Königshaus, Große Frankfurterstraße, versammelt, um Stellung zu nehmen zu den gegenwärtig in ihrem Beruf schwebenden Streiks und der von den Fabrikanten geplanten Ausperrung sämtlicher in den Kartellfabriken beschäftigten Arbeiter. Willner hielt das einleitende Referat. Nach seinen Ausführungen wurden die bei den Firmen Kallmann und Rosenthal u. Groß schwebenden Differenzen noch immer nicht beigelegt, die Arbeiter seien aufgefordert worden, dort die Arbeit wieder zu beginnen, ohne daß ihren Wünschen Rechnung getragen wurde. Im Verigerungsfalle drohe nun der Verband der Berliner Schuhfabrikanten mit Repressalien. Redner verliest die in letzter Nummer (Seider mußte der Bericht in letzter Stunde zurückgestellt werden, um wichtigen Tageschen Platz zu machen.) unter Gewerkschaftliches abgedruckten Briefe und meint, daß die Fabrikanten ihre Drohung, am Sonnabend alle Kartellfabriken zu schließen, nicht wahr machen würden, sondern nur leere Drohungen niedergeschrieben hätten. Andersfalls seien aber die Berliner Schuhmacher gewillt, den Kampf aufzunehmen, da sie der Solidarität der deutschen Arbeiter gewiß und im Rechte seien. Es sei Sache der Arbeiter dieser beiden Fabriken gewesen, sich zu entscheiden, nachdem aber dieselben fast einstimmig für Fortführung des Streiks seien, schlossen sich die übrigen Schuhmacher ihrem Vorgehen als gerechtfertigt an und würden sie weiter unterstützen. Jetzt sei es an den Fabrikanten, sich nicht ins Unrecht zu setzen. In der recht lebhaften Debatte betheuerte ein angeblich unparteiischer Lederfabrikant, Herr Salomo, der Verleger der Fachschrift „Schuh und Leder“, daß beste sei die Harmonie, er empfehle Frieden zu schließen, da die Fabrikanten gelernt hätten, sich zu organisieren und an einen allgemeinen Arbeitgeber-Verband dächten. Alle übrigen Redner, wie Bauer, Wenzel, Weber und Frau Schädlich und Krüger sprachen im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt, es dem Personal der Rosenthal'schen und Kallmann'schen Fabrik selbst zu überlassen, zu den vom Fabrikantenverein gestellten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen oder nicht! Falls dies nicht geschieht, verpflichtet sich die Versammlung, diese Arbeiter während des Kampfes zu unterstützen. Falls aber der Verband der Berliner Schuhfabrikanten seine Drohung wahr macht, so erklärt die Versammlung die Sache der Ausperrten zu der übrigen zu machen. Aus der darauf folgenden Abrechnung des Vertrauensmannes Willner ergab sich eine Einnahme von November 1896 bis 1. März 1897 von 5126 M., Ausgabe 4670 M., Bestand 256,90. Zur Prüfung der Abrechnung wurden gewählt zu Revisoren: Runge, Hilbrandt und Wittig.

Eine öffentliche Schuttele-Versammlung tagte am 10. März in der Alexanderstr. 27c. Eingangsbild behandelte Genosse Gwald die Frage, was für Lehren aus dem letzten Streiks für die ferneren Kämpfe der Arbeiterschaft zu ziehen seien. Dem Referat schloß sich eine kurze Diskussion an. Der Vertrauensmann Dalm gab hierauf seinen Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht. Zu letzterem erklärte der Revisor Bosin, daß er seiner Aufgabe als Revisor nicht gewachsen gewesen, da die Abrechnung ihm zu kompliziert erschien; er versuchte auf das Amt eines Revisor. Die Versammlung wählte vier Kollegen, die mit Kassenwesen und Buchführung vertraut, um die Abrechnung zu prüfen und in nächster Versammlung darüber zu berichten. Bericht und Renwahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission wurden, des schwachen Besuches wegen, ebenfalls in dieser Versammlung zurückgestellt. Zum Schluß wurde es scharf verurteilt, daß der neue Herbergsbrater Klub in Berliner und Provinz-Zeitungen Annoncen losgelassen, laut welcher Schmiedegesellen bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung nach Berlin gesucht würden.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer tagte am Mittwoch im Lokale „Sausonci“, Kottbuserstraße 4a. Zunächst berichtete Silberstein für die Lohnkommission über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe. Nachdem Ausführungen des Redners sind die Verhältnisse im allgemeinen für die Berliner Maurer be-

deutend günstiger als zu derselben Zeit im Vorjahre. Nicht nur, daß die Maurer im Gegensatz zu den früheren Jahren die Notwendigkeit des Zusammenhaltens gegenüber dem Unternehmertum erkannt haben, halten sie auch mit anerkanntem Verstand Energie an den gestellten Forderungen fest. Dieses, selbst für die Leiter der Bewegung unerwartete Vorgehen hat ohne Zweifel auch den Unternehmern Achtung vor den Berliner Maurern abgerungen, ein Erfolg, der ebenfalls nicht zu unterschätzen ist. Die Behandlung auf den Bauten ist eine weit bessere als früher, wo der Unternehmer der Meinung war, den Maurern, denen das Selbstvertrauen fehlte, alles bieten zu können. Die in den letzten Wochen und noch in diesen Tagen vorgenommenen Bausperrten, ca. 80 an der Zahl, sind ausnahmslos günstig für die Maurer verlaufen. Nach der am 9. März d. J. vorgenommenen Baukontrolle waren 550 Bauhöfen vorhanden, auf denen 5683 Maurer beschäftigt wurden. Bearbeitet wurde auf 498 Bauten von 5218 Maurern zu den gestellten Forderungen: neunstündige Arbeitszeit und 55 Pf. Stundenlohn. Auf 85 Bauhöfen mit 461 Maurern wurde neun Stunden, aber unter dem Minimallohn von 55 Pf. gearbeitet. Auf 15 Bauten mit 177 Maurern ist noch die zehnjährige Arbeitszeit vorhanden und wird ein Lohn von 50 bis 55 Pf. bezahlt. Auf 2 Bauten mit 27 Maurern wird Akkord gearbeitet. Mit diesem gewiß günstigen Resultat, führt der Redner an, erscheint der neunstündentag sowie der 55 Pf. Stundenlohn gesichert. Aber es muß nicht nur die Aufgabe der Kollegen sein, das Errungene zu erhalten, sondern auch auf die Bauten einzuwirken, wo die Forderungen nicht erfüllt sind, und versucht werden, die daselbst arbeitenden Maurer für die Bewegung zu gewinnen. Im Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren ersucht der Redner die Versammlung, dem Vorschlag der Lohnkommission zuzustimmen und auch denjenigen Kollegen, die unter den Forderungen gegenwärtig noch arbeiten, mit Ausnahme der Akkordarbeiter, die Sammel- und Kontrollkarte auszufertigen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Kollegen auf den Akkordbauten auf das entschiedenste verurteilt. Der Vorschlag der Kommission wird hierauf gegen 8 Stimmen angenommen. Wie ein Redner mitteilte, soll der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister nun auch dem Stundenlohn von 55 Pf. zugestimmt haben und der Beschluß mit dem 1. April in Kraft treten. Mithin wären die Forderungen von der Unternehmern-Vereinigung, trotz der Beschränkung im vorigen Jahre, anerkannt. Die Kommission ersuchte, auf allen Bauten eine rege Agitation zu entfalten, da noch auf circa 160 Bauhöfen, wo allerdings verhältnismäßig wenig Maurer arbeiten, das Kartellsystem noch nicht im vollen Umfange eingeführt ist. Nachdem beschlossen worden war, für Charlottenburg und Akkord an einem bestimmten Tage eine Kontrolle an einem bestimmten Orte einzurichten, um es den Kollegen bequemer zu machen, wurde dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, die Abstempelung der Arbeitslosigkeit nur einmal, und zwar in den letzten drei Tagen der Woche vorzunehmen. Einstimmig wurde hierauf beschlossen, auf den Gräbern der Märzgefallenen am 18. März einen Kranz niederzulegen. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß das Resultat der Baukontrolle in gedruckter Form am Sonnabend zur Ausgabe gelangt.

In einer öffentlichen Versammlung der Klempner am Donnerstag referierte Genosse Zahn über: Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Der Vertrauensmann Zimmermann erstattete hierauf Bericht über die Lohnbewegung der Klempner im vergangenen Jahre und verwies u. a. darauf, daß der Arbeitsnachweis der Organisation mehr in Anspruch genommen und jener der Unternehmer gemieden werden sollte. Dergleichen ist es unbedingt erforderlich, das Vertrauensmann-System in den einzelnen Betrieben und Werkstätten besser als bisher durchzuführen. Da man erwartet, daß wegen der Hundertjahrfeier den Arbeitern wieder ein Feiertag aufgedrängt wird, möge man vorsichtig sein und sich nicht provozieren lassen, denn es sei zu erwarten, daß in einzelnen Betrieben wieder Ausperrungen vorgenommen werden sollen. Auch möge man die Werkstättenkonferenzen fleißig fortsetzen und dem Vertrauensmann über alle Uebelstände rechtzeitig Mitteilung machen. Von Lippig, Müller, Panning, Richter und Brandt wurde unter Schilderung der jammervollen Zustände in den einzelnen Fabriken, eine lebhaftere Agitation als bisher verlangt. Zimmermann wird hierauf wieder einstimmig als Vertrauensmann gewählt.

Eine öffentliche Versammlung der Puher, die am Donnerstag in der Königshaus tagte, beschäftigte sich mit der Frage: Welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um das weitere Sinken der Preise zu verhindern. Eingangsbild berichtete Reumann für die Kommission über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse. Nach den Ausführungen des Redners hat sich die Situation seit der letzten Versammlung nur insofern verändert, als auf den Bauten, wo die Junepuher bisher für 19 Pf. gearbeitet haben, der Preis von 20 Pf. erzielt worden ist. Nicht in dem Maße wie bei den Junepuherern ist, der in der vorjährigen Lohnbewegung festgesetzte Tarif von den Fabrikanten, die in vielen Fällen weit unter dem Preis arbeiten, durchgeführt. Die von der Kommission vorgenommenen Untersuchungen haben ergeben, daß wo minderwertig die Arbeit angenommen ist, der Minimallohn nur dadurch erreicht wurde, daß die neunstündige Arbeitszeit überschritten und die Pausen verkürzt wurden. Der Redner verwirft im weiteren auf die Schäden, die durch diese Ueberanstrengung nach jeder Richtung hervorgerufen werden, und ersucht die Versammlung, für die allgemeine Einführung des aufgestellten Tarifs energisch einzutreten. Die gegenwärtige Zeit hält der Redner als hierzu geeignet, indem die Konjunktur günstig, die Arbeitslosigkeit nur minimal und vollständig schwinden wird, da in der nächsten Woche noch mehrere Bauten in Angriff genommen werden müssen. Ein größerer Widerstand seitens der Unternehmer ist unso weniger zu erwarten, als es sich um keine neuen Forderungen, sondern nur um die Wiederherstellung des früheren Preises handelt, der von ihnen bereits anerkannt wurde. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Dietrich, Lempski, Simonski und andere beteiligten, wurde die Notwendigkeit, durch gemeinsames Vorgehen geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen, betont. Von mehreren Rednern wurde das leidige Inzueinander, die Zwischenunternehmer im Puhergewerbe, wieder angeregt und gewünscht, daß das Vorgehen dieser Leute energisch bekämpft werde. Nachdem noch die Aufforderung an die Arbeitnehmer ergangen war, in ihre Kolonnen so viel wie möglich Kollegen einzuschließen, um die Arbeitslosen unterzubringen und damit die Konkurrenz zu beseitigen, gelangte eine Resolution mit allen gegen zwei Stimmen zur Annahme, wonach auf den Bauten, wo unter dem Tarif gearbeitet wird, am 15. März der Abwehrstreik zu beginnen hat. Sodann wurde beschlossen, die Streikunterstützung in derselben Weise wie im Vorjahre (4 M. pro Tag) zu regeln. Einigen Kollegen, die sich durch die Bewegung eine Anklage zugezogen haben, wurde Rechtschutz gewährt. Zum Schluß wurde den Arbeitslosen empfohlen, bei einer event. Arbeitslosstellung auf der Arbeitshilfe zu bleiben, um nicht, wie es bereits vorgekommen ist, von den Unternehmern regreppflichtig gemacht werden zu können.

Die Notwendigkeit der Organisation der Rabis-Puher stand in einer am Donnerstag Abend tagenden öffentlichen Versammlung als alleiniger Punkt auf der Tagesordnung. Nach dem einleitenden Referat ließ die Debatte, an der sich die Anwesenden rege beteiligten, erkennen, daß die Lehren von Nutzen und Zweck der gewerkschaftlichen Organisation überzogen und gewillt sind, für dieselbe einzutreten und zu agitieren. Man gedenkt vor allem mit Hilfe der Organisation den neunstündentag zu erreichen, in zweiter Linie soll die Aufhebung der Löhne angestrebt werden. Vorschläge, sich einer der bestehenden Maurervereinigungen oder der der Puher anzuschließen, gelangten nicht zur Abstimmung, vielmehr nahm die Versammlung einen Antrag an, nach welchem das leitende Bureau beauftragt ist, eine neue Versammlung einzuberufen, in welcher endgültig Beschluß zu fassen ist.

Die hiesige Mitgliedschaft des Zentralvereins der Bureau-Angestellten hielt am 4. d. M. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Genosse J. Sassebach referierte über „Die Ver-

fassung des Deutschen Reiches“, wobei er zugleich die Aufgaben und Pflichten der verschiedenen Verwaltungszweige des Reiches erörterte. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage wurde beschlossen, zum Andenken an die Märzgefallenen wie stets einen Kranz auf deren Gräber niederzulegen. Derauf erfolgte noch eine Erörterung über die Verhältnisse der Reichsvollzieher-Bureau's, auch ersuchte Bauer die Anwesenden, sich das Ortsstatuten-Kassen-Statut des Reiches genauer anzusehen, späterhin eventuelle Abänderungsvorschläge zu machen, damit dieselben in der demnächst stattfindenden Generalversammlung der Delegierten in geeigneter Weise verwerthet werden können. Brille richtete dann noch an die Anwesenden das Ersuchen um pünktliche Zahlung der Beiträge, während ein Mitglied der Bibliothekskommission die Ablieferung von Büchern in Erinnerung brachte.

Die Filiale II des deutschen Maurerverbandes verhandelte am 7. d. M. über die Anträge zum Verbandstag. Ein Antrag, daß der Hauptkassier keine Beiträge mehr in Empfang nehmen solle, wurde abgelehnt. Ein Antrag, zum 18. März einen Kranz niederzulegen, fand Annahme. Außerdem forderte der Bevollmächtigte zum Schluß noch auf, in die Partei einzutreten und unsere Wähler zu lesen.

Verband der Konditoren. In der am 7. d. M. bei Babil tagenden Mitglieder-Versammlung hielt Kollege Koch einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „1000 000 Bagabunden“; von einer Diskussion wurde abgesehen. Sodann wurde Kollege Haase zum Delegierten für den diesjährigen Verbandstag, der am 20. April in Osera zu tagen beginnt, gewählt. Hierauf erklärt der neugewählte Gewerkschaftsdelegierte, Kollege Stoll, daß ihn, wenn die Konditoren bei der letzten Delegiertenversammlung als „gefeselt“ bezeichnet waren, keine Schand trübe, da diese Sitzung kurz nach seiner Wahl stattfand und die Einladung noch an den vorigen Delegierten gesandt worden war, welcher bereits Berlin verlassen hat. Zum Schluß wurde beschlossen, auch in diesem Jahre am 18. März an den Gräbern unserer 1848 gefallenen Genossen einen Kranz niederzulegen und sodann nach Erledigung von internen Angelegenheiten die Versammlung geschlossen; die nächste findet Sonntag, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, in demselben Lokal statt.

Der Verband der Möbelpolier (Filiale Norden) hielt am Montag, den 8. d. M., seine regelmäßige Versammlung ab. In derselben referierte das Mitglied Dandel unter regem Beifall. In der stattfindenden Renwahl der Zahlstellenverwaltung wurde Malchow als Bevollmächtigter wiedergewählt. Als Kassier wurde Bruck und als Beisitzer Faßmann gewählt. Es wurde dann noch auf die am 2. Osterfesttag stattfindende Vorstellung in der Urania und die Generalversammlung am 10. April hingewiesen und um rege Theilnahme ersucht.

Die Arbeiter der Holzbearbeitungs-Industrie (Filiale I) hielten am 8. d. M. bei Wille, Andreastr. 26, eine Versammlung ab, in der Herr Dr. Wegl einen Vortrag hielt über: „Hypnotismus und Suggestion“. Als Delegierte zu der am 18. und 19. April hierseits tagenden Generalversammlung wurden die Kollegen Piehl und Zimpel gewählt. An zwei Kollegen waren vom Vorstande je 15 M. Unterstützung bewilligt worden, was die Versammlung genehmigte. Ferner wurde beschlossen, am 27. Juni eine Dampferpartie nach Rauchfangswerder zu veranstalten. Ein Antrag des Kollegen Gantner, den Arbeitsnachweis zu verlegen, wurde dem Vorstand überwiesen.

Die Drechsler hielten am 9. d. M. im Englischen Garten, Alexanderstr. 27, eine Branchenversammlung ab, in der Kollege Lotz einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Welche Lehren haben wir aus dem Hamburger Hafenarbeiterstreik zu ziehen, hielt. Nachdem wurde zur Wandrechtlerfrage geschrieben. Nach den eingelegten Informationen betreffend die Geschäftslage, wurde in diesem Frühjahr von einer Lohnforderung Abstand genommen, und dafür der Spätsommer empfohlen. Es soll nunmehr in Betracht des noch vorherrschenden Indifferentismus in den Bauwerkstätten der Drechsler und der in Frage kommenden Stellmacher, eine unermüdete Agitation entfaltet werden. Unter Verschiedenem gaben die Mitglieder in diesen Werkstätten noch Veranlassung zu einer regen Diskussion. Allen voran die Werkstätte von Weber Nachfolger, Sebastianstraße, die übrigens schon seit unserer Lohnbewegung als gespart zu betrachten ist. Ferner sei den Berliner Drechslern noch dringend anheim gestellt, die jeweiligen Versammlungen rege zu besuchen. Die Kommission hat des weiteren noch beschlossen, in den einzelnen Bezirken besondere Drechsler-Versammlungen abzuhalten, und es ist deshalb erwünscht, daß jede Werkstätte vertreten ist.

Im Zentralverband der Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes hielt Herr Walded Manasse einen Vortrag über: Friedensgedanken. Zu Geschäftlichem theilte der Bevollmächtigte mit, daß am 21. März das erste Familienfest in Cohn's Festsaal, Benthstraße 22, stattfindet. Außerdem wurde noch bekannt gegeben, daß gegenwärtig ein Mitglied krank und vier Mitglieder arbeitslos seien. Nachdem beschwerte sich E. Kahler über die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen. Er erklärte die Sache folgendermaßen: Bei seinem Abgang aus dem Bureau sei allerdings ein Mantel vorhanden gewesen. Dieses habe er soweit beglichen, daß noch ca. 100 M. bei dem Vertrauensmann für Deutschland verblieben, worüber Kahler einen Schein ausstellte mit der Verpflichtung, diese Summe nach Möglichkeit schnellstens zu begleichen. Mithin, so meinte Redner, könne von einer „Entrechnung“ keine Rede sein, auch sei ihm jedes Mantelgeld, welches bisher alle Kassierer bekommen haben, von dem derzeitigen Vorstande versagt worden. Es wurde hierzu beschlossen, den Sachverhalt im „Vorwärts“ bekannt zu geben, um so den Verleumdungen die Spitze abzubrechen. Die Wahl einer Sektionsleitung wurde erteilt.

Der Fachverein der Bäcker hielt am 9. d. M. bei Grindel, Brunnenstr. 188, seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorliegt, ist zu entnehmen, daß in dem nun vollendeten zweiten Jahre seines Bestehens der Verein 12 Mitgliederversammlungen mit 11 Vorträgen abgehalten hat. Als Syndikus des Vereins ist Rechtsanwalt Kay ernannt. Weiter wurden, um den Mitgliedern ein Bild von dem Verhalten der bürgerlichen Parteien im Reichstage der Bundesrats-Verordnung gegenüber zu geben, 250 Exemplare der Broschüre „Arbeiter- und Bauern der bürgerlichen Parteien im Reichstage“ mit einem Nachwort von A. Nebel angeschafft und gratis verteilt. Uebertragungen des Maximal-Arbeitstages wurden im vergangenen Jahre 29, Uebertretungen der Sonntagruhe 51 den Behörden angezeigt. Dem Kassierbericht war zu entnehmen, daß sich in dieser Zeit 268 Mitglieder ausnehmen ließen. 114 mußten wegen Zahlungsverschämung ausgeschlossen werden. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 800. Die Jahreseinnahme betrug 1588,55 M., die Ausgabe 572,75 M. Unter der Ausgabe befanden sich 3 M. für Agitation 204,25 M., für Rechtschutz nach Abzug des Guthabens beim Rechtsanwalt 128,05 M., für Streiks 90 M. und für Vorträge und Broschüren 114,90 M. Den arbeitslosen Mitgliedern wurden insgesamt 896 Wochenbeiträge unentgeltlich abgestempelt. Die Bibliothek zählt 151 Bände im Werte von 312,60 M. und wurde von 196 Mitgliedern in 407 Fällen in Anspruch genommen. Dem Kassier und dem Bibliothekar wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Derauf wurde eine geringfügige Statutenänderung vorgenommen. In den Vorstand wurden gewählt: Rosk. 1. Vorsitzender, J. Klammes, 2. Vorsitzender, Rehefeld, 1. Kassier, Rosenbergs, 2. Kassier, Bauer, 1. Schriftführer, Eisenstadt, 2. Schriftführer, Thams, Märzhaus, Wöllner, als Beisitzer. Als Revisor wurde Kruick, in die Rechtschutzkommission Dally, als Bibliothekar Fischer und als Stellvertreter Reumann gewählt. Zu dem am 21. März in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75, stattfindenden Stiftungsfest sollen arbeitslose Mitglieder, die mehr als 18 Beiträge bezahlt, freien Eintritt haben. Zur Ehrung der Märzgefallenen wurde beschlossen, 30 M. dem Komitee zur Errichtung eines Denkmals (?) zu überweisen.







**Herrenhüte**  
in neuesten Formen und Farben  
**Engl. Haarhüte 4,- M.**  
Einsegnungshüte 1,- M.  
verkauft wieder einzeln zu be-  
kannt billigen Preisen 11102\*  
**Die Fabrik, Grüner Weg 2**  
1. Etage.

**Herren- und Knabenhüte** billiger als  
überall  
Fabriklager **G. Klettmann**,  
Mariannenstr. 33 pt., fein Laden.  
Wägen u. Cravatten enorm billig.

**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Bessere Hüte, enorm billig,  
verkauft aus der Fabrik  
im Komptoir  
**Sarnim-Strasse 4/5,**  
Katholiken-Allee 101.  
Sonntags geöffnet.

**Möbel**  
unter Garantie guter Arbeit. Theil-  
zahlung gestattet. 11549\*  
Hrz. Müller, Alte Jakobstr. 65.

**Möbel-Kaufgelegenheit,**  
passendste Gelegenheit für Brautleute.  
In meinem Möbelspeicher, Neue König-  
straße 59, und Möbel-Magazin,  
Gneissauftrage 15, sollen viele  
Wohnungseinrichtungen, verleiht ge-  
wese und neue Möbel zu jedem an-  
nehmlichen Preise verkauft werden.  
Besonders zu empfehlen ist der große  
Vorrath verleiht gewesener Möbel,  
welche fast neu sind und zum halben  
Preise abgegeben werden. Durch große  
Gelegenheitskäufe ist es mir mög-  
lich, schon ganze Wirtschaften für  
100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls  
hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen  
von 500 bis 5000 Mark, Theilzahlung  
gestattet. Beamten ohne Anzahlung.  
Kleiderständer 15 Mark, Kommoden,  
Schrank 12, Stühle 2 Mark, Auf-  
baum-Kleiderständer, Verticovos 36 M.,  
Küchenschrank 35, Vertikalen mit  
Korallen 18, Sophas 18, Schrank-  
stühle, hochlegant, Truhen mit  
Schloß und Kristallglas 60, Buffets  
in allen Größen, Herrenschreibtisch,  
Damen-schreibtisch, Schreibstühle 30,  
Garnituren 60 Mark, Paneeleppas,  
Küchenschrank, Kaffeevollautomat,  
Chaiselongues, Salonarmaturen, Porti-  
eren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen,  
Kissen 6 Mark. Vollständig aus-  
gestatteter, dekorierter Salon, Speise-  
zimmer und englisches Schlafzimmer  
sind zur Ansicht. Gekaufte Möbel  
können 3 Monate kostenfrei lagern,  
werden durch eigene Gespanne trans-  
portiert, auch nach außerhalb.

**Reell und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuh-  
fabrik von **W. Hiltchke**, ge-  
gründet 1872, Stalitzerstr. 13. Ede  
Admiralstraße, am Kolonnen-Tor.

**Jede Uhr**  
reparieren und reinigen  
kann bei mir unter  
Garantie d. Gutgehens  
nur 1 Mark 50 Pf.  
außer Bruch, keine Reparaturen  
billiger. Grobes Lager neuer und  
gebrauchter Taschenuhren, Regu-  
latoren und Wecker, alle Arten  
ketten, sowie Uhren u. Vincennes.  
**Carl Lux, Uhrmacher,**  
35 Chaussee-Strasse 35.

**Billigste Bezugsquelle**  
**Gardinen-Spezial-Geschäft**  
Saarbrückerstr. 26, parterre, für Gar-  
dinen, Stores und Gardinenstoffe.

**Koska's Lebens-Elixir.**  
Dieser wohlschmeckende, den Appetit  
anregende u. die Verdauung befördernde  
Tafel-Liquor ist aus Kräutern und  
Sämereien genau nach Vorschrift des  
im Alter von 114 Jahren ver-  
storbenen Försters Chr. Koska  
zubereitet. Magenleidenden sehr zu  
empfehlen. Preis pr. Literflasche  
1,50 M. exkl.  
Groß-Deffillation Berlin C.  
**Lettau & Keil,**  
Zophienstr. 12, an der Kofenthaletstr.

**Künstliche Zähne.**  
Dr. Steffens, Kofenthaletstr. 61, 2 Et.  
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

**Lanolinseife!**  
macht die Haut zart u. geschmeidig.  
1 Stück Lanolinseife und ein reines  
Handtuch liefern ich 1,10 Pf. v. Woche.  
Handtuch-Beizele-Just. S. Piquier.  
Neue Königstr. 17.  
Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

**Musikinstrumente**  
aller Art. Vortheilhafte  
Bezugsquelle. Garantie. Illustri-  
erter Katalog 112 Seiten portofrei.  
**G. Schubert & Co.**  
Berlin SW., Beuthstr. 17, 1.  
(Rein Laden.) 9822\*

**Achtung!**  
Künstliche Zähne von 3 M. an,  
Theils wöchentlich, wird abgeholt.  
Zahnärztliche, Zahnärztliche, Kardiologen  
bei Behandlung umsonst.  
**Guckel,** Vaußbergerplatz 2, Altes  
Str. 12, Steglitzerstr. 71

**M. Pinkus & Co.'sches Konkursmasse**  
Wilsnackerstraße 48  
bestehend in fertiger Herren- und Knaben-Garderobe, Konfir-  
manden- und schwarzen Herren-Anzügen, modernen Stoffen  
und Stoffresten zu Anzügen, Paletots und Hosen (sollen  
schleunigst geräumt werden).  
Sämmtliche Waaren werden bis zum  
**Schluß des Ausverkaufs**  
zu Taxpreisen abgegeben.  
Auch Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

**Hut-Engros-Geschäft**  
**Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.**  
Größte Leistungsfähigkeit der Hutbranche.  
Herren-Hüte, weiche oder steif, von 1,75 an bis 3,50 M.  
Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 M. an.  
Hochleganter Zylinder Ia 7,50 M.  
Plüschhüte Ia 7, 7,50, 8,- M. 12829\*  
**Saison-Neuheit** „weicher Herrenhut“ in allen Farben pr. St. 2,75 M.  
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

**Uhren, Goldwaren** Grosse Auswahl! **H. Zimmermann**  
Billige Preise. Uhrmacher u. Juwelier  
Oranienstrasse 206.

**Was bringt Mampé's Flaschenpost?**



Der Flaschenpost wurde nachstehender Brief entnommen:

*Montevideo, an Bord des  
Postdampfers „Pala“  
den 10. Januar 1897.*

**Lieber Herr Mampé!**

*Sie sind ein sehr lieber Mann  
und von Berlin und nach noch  
schon länger ist von dem besten aller  
Lieber: Gull und Gull, Mampé mit  
Vermögens. Ich werde wohl eine Fla-  
sche mit auf's Schiff genommen,  
aber mit der Zeit verpöfcht sich der  
beste Luder. Jetzt ist für Luder.  
Als Luder meine Wunschliste  
für Sie unbedeutend. Aber,  
bei der Zeit ist der beste Luder  
meiner Wunschliste. Mampé's  
Gull und Gull ist der beste Luder!*

*Mit Freude!  
Fritz Propp*

**Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof**  
**Edle Neue Promenade. J. Brünn „Börse“.**

Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner

**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Leinentwaaren!**

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum

**Ausverkauf!**

**Für 36 Mark**  
feine Anzüge nach Maß für 30 M.  
H. Sommer-Paletot nach Maß für  
8-12 M. feine Hosen nach Maß  
Wendel-Anzüge zu billigen Preisen.  
Groß-Stocklager. 11354\*  
**Krausenstr. 14, I, kein Laden.**

**Wassersucht, Magenleiden,**  
Asthma ist heilbar, auch wenn  
durch F. Nardankötter.  
Eudamula, Weizen (Aur. ge. Cellan).

**Hüte** Parteigenossen!  
nur mit  
**Kontrollmarke**  
Schirme, Stöcke, Kravatten  
**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2.**  
Ede Stalitzerstraße 2.

**Unsinn!!**  
ist es, viel Geld für  
Hüte auszugeben, man  
erhält auch zu billigen  
Preisen gute und ele-  
gante Sachen z. B.:  
von M. an  
Knaben-Filzhüte 1,-  
Herren-Filzhüte 1,50  
Zylinderhüte 4,-  
Haarfilzhüte 4,80  
Einsegnungshüte 1,-  
Chapeaux claires,  
Reise-, Loden- u. Jagd-  
hüte enorm billig im  
Einzelverkauf bei  
**Arnold & Eggert, Hut-Engros-Lager, Waldemarstr. 44,**  
part. rechts im Komptoir, kein Laden.  
Nur moderne Waaren in grosser Auswahl.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
**Erfurt**  
liefert  
**Schuhwaaren en gros & en detail**  
in eleganter und solider Ausführung.

**Arbeiter Berlins!**  
Die Fabrikate der ausgeperrten  
Zahnmacher in Erfurt werden jetzt,  
außer in den bekannten Verkaufsstellen, in  
den eigenen Niederlagen  
**Belleallianzstrasse 98/99**  
und  
**Rosenthalerstrasse 63/64**  
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:  
München, Sendlingerstr. 10. Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
Dachauerstr. 83. Bremen, Paulstraße 75.  
Landbergerstr. 7. Hannover, Klagenmarkt 7a.  
Frankfurt a. M., Reibranen- Hamburg, Bergstraße 3a.  
Berg 28. Leipzig, Reigerstraße 37.  
Düsseldorf, Bismarckstraße 91. Braunschweig, Göbe 4.

**Wiedererkauf**  
Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gefestesten Fabrikat,  
das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zu-  
riedengefesselt. - Unser Geschäftsgrundlag ist: Geringer Ver-  
brauch, rascher Umsatz. - Jedem unserer Freunde kann die  
Waare bestens empfohlen werden.  
Damenstiefel von M. 3,50. Herrenstiefel von M. 5,75.  
In der Belleallianz-Strasse bitte genau  
auf Nummer 98 zu achten.  
Für die  
Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

**Verehrte Damen!**  
Sie kaufen bei mir die neuesten und elegantesten  
Frühjahrsjacons, Blumen, Federn, Hüte, Verkauf:  
**Bänder, Schleier, Tulle, tuzs Alles zum**  
**Engrospreise** was zur Garnierung gehört. Federn  
welchen, Kränzen 25 Pf.,  
nur tränseln 10 Pf.  
**Paul Lentge,** Kommandantenstr. 77/79,  
Laden 2, Industrie-Geb.

**Möbel Weinbergsweg 15a Theilzahlung.**  
Hugo Lewent's Wwe. Auch

Die auf der  
**Berliner**  
Gewerbe-Ausstellung  
1896  
mit der Silbernen  
Staats-Medaille  
prämierte  
**PATZENHOFER BRAUEREI**  
Berlin NO., Landsberger Allee 24-27  
empfehlen ihre  
anerkannt reinen u. wohlschmeckenden Biere  
in Gebinden u. Flaschen (letztere ohne Pfand)  
Fernsprecher: Amt VII No. 2300 u. 5535.

**Lade**  
alle Freunde, Gönner und Bekannte zu meinem morgen am  
Sonntag, den 14. März 1897 stattfindenden **Schlachtefest** ein  
**Gustav Lindenhain, Gastwirth, Friedrichstr. 2.**

**Confirmationen-Stoffe**  
für Knaben und Mädchen in grosser Auswahl!  
Unsere **Frühjahrskollektion** in Herren- u. Damenstoffen  
reichhaltig versenden wir auf Wunsch **sofort franco.**

Für unsere sehr beliebten Spezialitäten „**Roland Chevot**“  
(zu Herrenanzügen), „**Brunhilde**“ (Hauskleiderstoffe)  
branchen wir, der starken Nachfrage wegen, ca. 8-10 Tage  
Lieferzeit u. bitten daher um **rechtzeitige Bestellung.**  
Alle Aufträge von 20 Mk. an und Muster **stets franco.**  
**Carl H. Klippstein & Co., Mühlenhaus 1, Thür. 11.**  
Weberei und Versand-Geschäft.

**Achtung!**  
**O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26,**  
echten alten Nordhäuser Aker M. 1,-, 1/2 M. 0,50,  
extra alte Waare „1,40“, „0,70“  
Kleinverkauf von 10 Pf. an.